

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 2. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 283

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Einheitsband 3 Mk. Einzelgenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werbefachzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefuß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Gintehaus). Fernsprecher 439 02. Druckzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Sozialdemokratie, Zentrum und Nazis verhindern Beratung kommunistischer Anträge auf wirkliche Winterhilfe

Kommunistischer Stadtverordneter mit Polizeigewalt von der Sitzung ausgeschlossen — „Vorwärts“ und „Angriff“ heken gegen die hungernden Arbeiter

Hungerdemonstrationswelle steigt

Breslau, 2. Dezember. Der deutschnationale Stadtverordnetenrat hat in der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung die kommunistischen Anträge gegen Hunger und Frost für wirkliche Winterhilfe nicht zur Beratung und Abstimmung zulassen lassen. Dieser Pöbel-Antrag berief sich auf die Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 2. November 1932. Diese Verordnung sieht vor, daß bei Erörterungen über Veränderungen der Ausgaben bzw. Einnahmen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplans in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen und ihren Ausschüssen unterzogen werden muß gleichzeitig über die finanzielle Deckung der geplanten Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen Vorkehrungen getroffen werden. Die kommunistische Fraktion protestierte auf das Entschiedenste gegen diese schändliche Abwürgungsmethode, und der Genosse Jhla, als Vertreter der Erwerbslosen, der in seiner Ansprache gegen das kapitalistische System und seine Stützen die Interessen der Erwerbslosen wahrzunehmen hatte, wurde mit der Polizei aus dem Saale geschickt. Nach ihm sprach der Genosse B o d e, der die Breslauer Erwerbslosen zur Einheitsfront der Tat, zur Rettung gegen Hunger

vorsteher und Gewerkschaftssekretär S i a r a auf Grund der Verordnung vom 2. November 1932 die Beratung über die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen und werktätigen Mieter nicht zugelassen. Gegen diese schändliche Maßnahme wurde von seiten der kommunistischen Fraktion auf das Schärfste protestiert und die Rolle der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Nazis als Notverordnungsnechte aufgezeigt. Dieser christliche Gewerkschaftsführer hatte mehrere Ordnungsrufe und Wortentzug gegen kommunistische Stadtverordnete verhängt. Dieser Polizei- und Notverordnungsnecht hat es abgesehen auf den Ausschluß der kommunistischen Fraktion von mehreren Sitzungen. S i a r a hatte bereits Polizei bereitgestellt, die die Kommunisten, die Vertreter aller Ausgebeuteten, mit Gewalt aus dem Saale schleifen sollten.

Berlin, 2. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) Im gestrigen Stadtparlament standen die Anträge der kommunistischen Fraktion für die Erwerbslosen und außerdem etwa 200 Anträge der SPD. zum Haushaltsplan auf der Tagesordnung. Bei der Behandlung der Anträge für die Erwerbslosen lehnte der sozialdemokratische Vorsteher die Abstimmung ab. Es kam zu heftigen Kundgebungen, insbesondere der Tribünenbesucher, daraufhin ließ der sozialdemokratische Vorsteher die Tribüne räumen.

Aus dem Inhalt:

- Grubenbarone wollen Rettungswesen beseitigen
- Lohnabbau-Diktat auf zehn Ruhrzechen
- Gewerkschaftsführer wollen Präsidialkabinett unterstützen
- Große Waffenfunde bei SA-Führer

Vor dem 17. Bezirksparteitag

Die politische Vorbereitung des 17. Bezirksparteitages des Bezirks Schlesien der SPD. ist mit den Unterbezirksdelegiertenkonferenzen am Sonntag, dem 27. November, abgeschlossen worden. 320 Delegierte sind zum Bezirksparteitag gewählt worden, die ihre letzten Vorbereitungen treffen, um am Sonnabend und Sonntag, dem 3. und 4. Dezember, nach Breslau zu kommen, um an den Beratungen des Bezirksparteitages im Auftrage ihrer Betriebs- und Straßengruppen teilzunehmen.

Die kapitalistische Krise, die immer mehr zur Katastrophe des kapitalistischen Systems heranreift, das große Vertrauen, das 6 Millionen Werktätige am 6. November der kommunistischen Partei haben, gibt der kommunistischen Partei eine große Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in die Hände. Von diesem Bewußtsein waren die Beratungen auf allen Unterbezirksdelegiertenkonferenzen getragen. Circa 200 Diskussionsredner von 850 gewählten Delegierten haben in den 13 Konferenzen in ernster und sachlicher Diskussion von den Erfolgen bei der Mobilisierung der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen berichtet, und unter dem Beifall der Delegierten, bei besonders guten Beispielen, gezeigt, daß durch Anwendung immer neuer Methoden der Massenmobilisierung alle Hindernisse, die uns die Bourgeoisie und ihre Lakaien in den Weg legen und alle Versuche, uns von den Massen zu trennen, überwunden werden. Die Vielfältigkeit des Betruges und der Täuschung der Arbeiter durch den Unternehmer im Betriebe, durch den Staatsapparat auf den Elementstellen, mit Unterstützung der „Anker“ Manöver der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der sozialen Demagogie der Nazis, hat aber auch dazu geführt, daß die Zellen und Ortsgruppen der Partei manchmal in ungenügender oder falscher Weise darauf reagiert haben. Die damit im Zusammenhang aufgetretenen Fehler und Schwächen in der Mobilisierung der Massen zu Aktionen gegen die Anschläge der Bourgeoisie wurden von den Delegierten in selbstkritischer Art auf den Konferenzen festgestellt. Das Aufzeigen jedes Fehlers war die Warnung an die gesamte Partei, das nicht zu wiederholen, um dadurch nicht einen Temporeinfluss in der Mobilisierungsarbeit zu erleiden. 90 Prozent der Diskussionsredner begnügten sich aber nicht nur mit der Feststellung der Fehler und Schwächen, sondern wandte eine schöpferische Selbstkritik an, durch das Vorklagen von Methoden zur Überwindung der Fehler. Durch die Tatsache, daß 90 Prozent aller Ortsgruppen und Zellen durch Delegierte auf den Unterbezirksdelegiertenkonferenzen vertreten waren, werden schon jetzt in der Woche bis zum Bezirksparteitag die vorhandenen Erfahrungen jedes Unterbezirks in die Ortsgruppen und Zellen des Bezirkes getragen. Die Diskussion über die Probleme unserer Massenarbeit, die mit der Vorbereitung der Unterbezirksdelegiertenkonferenzen am 15. November begonnen hat, wird nach dem 27. November auf einer höheren Zusammenkunft fortgesetzt und wird eine weitere Steigerung erfahren nach dem Bezirksparteitag, wenn die Delegierten der Zellen und Ortsgruppen den Bericht vom Bezirksparteitag geben werden, der nicht nur enthalten wird die Erfahrungen eines Unterbezirkes, sondern die reichen Erfahrungen der gesamten schlesischen Partei, die sie im harten Ringen um eine bolschewistische Massenpartei seit dem 16. Bezirksparteitag 1930 erworben hat. Durch die Steigerung der politischen Diskussion in den Zellen und Ortsgruppen werden damit auch die Beschlüsse des 2. Plenums und der 3. Reichsparteikonferenz wirklich zu dem täglichen Rüstzeug des letzten Kommunisten in Schlesien werden.

Die Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen, die im Zeichen der in Schlesien geführten etwa 70 Betriebsbewegungen und Streiks und der sich steigenden Erwerbslosenkämpfe standen, haben überall im Mittelpunkt der neuen Aufgaben die Steigerung der Massen-

Reißer Erwerbslose im Unterstützungstreit

3000 Erwerbslose am Wohlfahrtsamt und verweigern Annahme der Unterstützung — Sie fordern ungekürzte Unterstützung — Sozialdemokratische Führer wollen den Streik verraten — Polizei setzt ein — Zwei Verletzte

Reiße, 1. Dezember. Mehr als 3000 Erwerbslose erschienen heute dem Wohlfahrtsamt und erklärten geschlossen, solange keine Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung anzunehmen, bis sie die ungekürzten Zahlungen bekommen. In den Straßen kam es zu größeren Zusammenstößen. Die Polizei in Stärke von 50 Mann wurde eingesetzt und geht rüchschicklos gegen die Erwerbslosen vor. Unter den Demonstranten befinden sich große Massen Frauen und Kinder. Bisher gab es zwei Verletzte.

Im „Arankhaus“-Saal fand eine Massenversammlung der Erwerbslosen statt. Der Gewerkschaftssekretär J a b o n s k i sprach von den Zahlungen, worauf sich selbst unter den zahlreich vertreten sozialdemokratischen Erwerbslosen ungeheure Empörung bemerkbar machte, und Jabonski von seinen eigenen Parteigenossen unterbrochen verhindert wurde.

Die Versammlung beschloß einstimmig die Weiterführung des Streiks. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse wurden durch die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie unter Druck gesetzt, um Streikbruch durchzuführen, mit Empörung von denselben abgelehnt wurde. Gleichfalls die Parteifunktionäre der Reißer Betriebe beschloßen, die Erwerbslosen in ihrem Streik durch Streik in den Betrieben zu unterstützen. Vertrauensleute der Gewerkschaften, die den Gewerkschaftsführern den Reichsfluß der Parteifunktionäre mitteilten, erhielten auf Anfrage, ob sie den Kampf und den Streik unterstützen, eine ablehnende Antwort und Ausreden.

Die Gewerkschaftsbürokratie versucht mit allen Mitteln den Streik abzumürgen.

Berlin, 2. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) In verschiedenen Stadtteilen Berlins, besonders im Norden, fanden auch gestern wieder heftige Demonstrationen statt, und zwar in der Steintorstraße, Wilmerspark und in der Köpenickerstraße. In Neukölln demonstrierte eine Demonstrationsgruppe jugendlicher Arbeiter mit Transparenten, die der Polizei aufgelöst wurde, wobei ein Arbeiter von der Polizei verletzt wurde.

Nowawes, bei Berlin, 2. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) Donnerstagsvormittag kam es zu Kundgebungen von etwa 1000 Mitgliedern des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes, die ihre Arbeit verweigerten und im Erweichung vor dem Patkauß Pohnung warme Kleidung für den Winter forderten. Die Stadtverwaltung hat die Polizei rufen.

So erklärt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, am 1. Dezember:

„Seit Wochen treiben kommunistische Agitationstrupps in allen Stadtteilen Berlins mit der Tat der Erwerbslosen ein frevelhaftes Spiel. Unter falschen Vorwänden werden die Erwerbslosen nach den Wohlfahrtsämtern gelockt, um sich angeblich Kartoffeln und Kohlen abzuholen. Gleiches an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß in den Bezirks- und Wohlfahrtsämtern weder Kohlen noch Kartoffeln bereit liegen, gibt es immer wieder Hunderte von Verzeiwerten, die den bewußten kommunistischen Lügen Glauben schenken und sich zu den inzentrierten kommunistischen „Demonstrationen“ als untreuewillige Statisten hergeben.“

Ebenso niederträchtig wie der „Vorwärts“ hegt der „Angriff“ vom 30. November:

„Auch gestern abend mußte die Polizei wieder in verschiedenen Stadtteilen Berlins kommunistische Demonstrationen auflösen, die in den einzelnen Fällen etwa 200 Personen stark waren. Verschiedene der randollierenden Demonstranten wurden verhaftet.“

Für das Dittatortum sind die Arbeiter, die dort für ihre wirtschaftlichen Forderungen und gegen die neue Diktaturregierung marschierten, „randollierende Demonstranten“, deren Verhaftung die Gewchels und Hitler begeistert begrüßen.

So erweisen sich die NSDAP, Zentrum und SPD, täglich als Parteien des Kapitals, die — jede auf ihre Weise — das verrottete kapitalistische System unterstützen und die Todfeinde der hungernden und niedergebathenen Arbeiter und Werktätigen sind.

Wir rufen die Erwerbslosen auf, in der roten Einheitsfront für ihre berechtigten Forderungen auf sofortige Winterhilfe einzustehen.

Heute soll der „neue“ Diktatorkanzler ernannt werden

Berlin, 2. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) Der Wirtwart der Regierungsbildung ist noch nicht gelöst. Gestern abend 6 Uhr wurde Papen sowohl als auch Schleicher vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen. Nunmehr soll heute noch ein Empfang Hugenberg stattfinden, und dann will der Reichspräsident entscheiden, ob Papen oder Schleicher zum Reichskanzler ernannt wird.

Zwangsräumung gegen Erwerbslose nicht durchführbar!

Pandemie. Ein Erwerbsloser sollte am Dienstag, dem 29. November mit seiner Familie zwangsweise aus seiner Wohnung geräumt werden. Aus Grund der niedrigen Unterbringung, war es ihm nicht möglich, die Miete rechtlich zu bezahlen. Zahlreiche revolutionäre Arbeiter waren schon vor dem Eintreffen des Gerichtsvollziehers in der Wohnung des Erwerbslosen erschienen. Als der Gerichtsvollzieher in Begleitung der Polizei erschien, waren sämtliche Möbel von den Erwerbslosen besetzt. Jedes Möbelstück diente als Sitzplatz. Der Gerichtsvollzieher war gezwungen, zum Hauswirt zu gehen und zu verhandeln. Das Ergebnis war:

Die Räumung wurde um 6 Wochen verschoben.

Der Polizeibeamte bemerkte sich etwas neugierig und fragte, warum so viel Erwerbslose in den Stuben seien. Er gab darauf sich selbst eine Antwort, indem er sagte, die wollten sicher die Räumung verhindern. Als der Polizist zur Antwort erhielt: „Das kann wohl sein,“ meinte er, die Erwerbslosen sollten lieber zu Hause bleiben, denn wenn geräumt werde, würde nur unendlich Mühe fließen. Wir sind der Meinung, und sicher mit uns alle Erwerbslose, daß das angeklagte Blauvergehen höchstens dem Bestand der kapitalistischen Ordnung schaden würde. Im übrigen handeln die Erwerbslosen nach der Weimarer Verfassung:

Jedem eine gesunde Wohnung!

Dem ADAC ins Stammbuch

Vom Verband der Steinarbeiter Deutschlands, Filiale Waldenburg, wird uns geschrieben:

Auf Grund des in Nr. 277 des „Tageblattes“ unter „Sprechsaal“ erschienenen Artikels, zwingen Sie uns zu einer Richtigstellung, obwohl uns gar nichts daran liegt, mit Ihrem Sportklub eine Artikel-schlacht in dieser Zeitung anzutragen. Zunächst machen wir dem Verfasser Ihrer Erwiderung darauf aufmerksam, doch in Zukunft mit wahren Behauptungen anzutreten, denn die Leser des Artikels müßten sonst glauben, daß die Straßenbauhandwerker ihren Brutto-lohn ausgezahlt erhalten.

Weit gefehlt! Von der Summe, die wir auf Grund Ihrer Berechnung erhalten würden, sind noch keine Sozialabzüge und Steuern berücksichtigt. Außerdem haben Sie noch vergessen, oder absichtlich

verschwiegen, daß die Kammer nur 66 Pfennig und die Hilfsarbeiter nur 52 Pfennig pro Stunde, also einen Lohn, der tief unter dem Existenzminimum liegt, erhalten.

Nach den Angaben des ADAC werden jährlich 200 Millionen Mark an Automobilsteuern gezahlt, aber nicht allein vom ADAC.

Wenn das Geld nur zu Straßenunterhaltungsarbeiten Verwendung fände, dann brauchen wir nicht im Jahre 16 Wochen stempeln gehen und würden es nicht notwendig gehabt haben, gegen den 22prozentigen Lohnrückzug den bekannten Widerstand entgegenzusetzen.

Sie finden in Ihrem Schlussatz den Streifenarbeiter als „unverantwortlich“. Wir aber nicht! Bekanntlich macht doch immer der Verkäufer den Preis. Wir verkaufen in gewissem Sinne unsere Arbeitskraft. Also wollen wir um den Preis gefragt werden. Zitiieren lassen wir uns nichts. Ist aber die Regierung mit Notverordnungen in der Lage, Löhne „festzusetzen“, dann müßte sie auch die Kleinigkeit fertig bringen, die Preise der Kräfte, Konzerne und Syndikate mit Hilfe von Notverordnungen den gesunkenen Löhnen anzupassen. Da dies unter dem jetzigen Regime nie der Fall sein wird, haben wir unsere Existenzmöglichkeiten aufs äußerste bedroht, und haben diese Arbeit abgelehnt.

Neue Ortsgruppe der KPD. in Friedeberg

Friedeberg. Auch in Friedeberg hat die KPD. 30 Prozent Stimmen gewonnen und den Nazis, welche noch auf Zuwachs gehofft hatten, schwammen 100 Mann davon. In einer Studienversammlung ist es uns gelungen, fünf neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen, darunter das Mitglied des Reichsbanners Oskar Thiel, der ebenfalls hat, daß seine Führer mit dem kapitalistischen System eng verbunden sind. Es wurde der Beschluß gefaßt, Ende Dezember eine selbständige Ortsgruppe in Friedeberg ins Leben zu rufen und regelmäßig Bauern- und Arbeiter-Zeitungen zu verkaufen. Jetzt finden hier und in der Umgebung eine Woche lang Vorträge von Pastoren statt, die in der übelsten Weise gegen Sowjetrußland hetzen. Erzählte doch der Pfaffe in Rabitzhau, daß die russischen Kirchen jetzt überfüllt (!) wären, daß die Regierung Geld bewilligt hätte zum Kauf von Bibeln (!) und daß die Menschen ohne Gott auch in Rußland nicht leben (!) könnten. Wir können nur jedem Arbeiter

raten, aus der Kirche auszutreten. Das ist die beste Antwort, die man als denkender Arbeiter diesen Fügern zukommen lassen kann.

Konkordats-SPD. will „Moral“ predigen

Rauhn. Die Berliner Volkstante vom 23. November brachte einen Artikel unter der Überschrift: „Konfessionelle oder weltliche Schule?“ Darin wurde das Verhalten unseres Genossen Weiland kritisiert. Weiland hat eine Tochter, welche Eltern die Schule verläßt, aus dem Lebenskunde-Unterricht weggenommen, um sie wieder am Religions-Unterricht teilnehmen lassen. Es ist bestimmt ein großer Fehler, den er gemacht hat und wir werden ihn deshalb zur Rechenschaft ziehen.

Doch Grund zur Kritik habt ihr von der SPD. am allermeisten. Seht euch doch erst mal eure Führer genauer an, wenn ihr da anerkennen wollt, so wird wohl nichts mehr übrig bleiben! Ob diese Handlungsweise „die neueste Parole aus Moskau“ ist? Nun, mein lieber Kritiker, solche Parolen können doch nur von euren Führern herausgegeben werden. Wollen wir uns mal ihre Taten näher ansehen. Waren sie es nicht, welche 13 Jahre lang durch das Konkordat alles zuschanzten? Gaben sie nicht für die Konkordate gestimmt und dadurch der Kirche Millionen in den unterirdischen Kassen geworfen, während die Erwerbslosen nicht wußten, wo sie das Nötigste zum Leben hernehmen sollten? Wir als Bolschewisten dulden in unseren Reihen keine solche Elemente. Nun, SPD-Arbeiter, zieht ihr eure Konsequenzen daraus, verlaßt die Konkordatspartei und reißt euch ein in die rote Massenfront!

Der größte Lump im ganzen Land...

Polsnik. Eine Freiheitsondergleichen erlaubte sich das Mitglied der SPD. und der „Eisernen Front“ Oskar Koch. Dieser bringt es fertig, Arbeiter zu verpechen. Die Sache war folgende: Zwei Schweizer hatten beim Gutbesitzer Richard Schrot gekündigt. Als sie wegmachten, brachten sie die Koffer zu der Frau des einen Schweizer, Endberggasse Nr. 5. Dieser feine Herr Koch wohnt auch in der Nr. 5 und brachte es fertig, die Leute zu neckdächtigen. Eine Stunde später erschien der Polizeibeamte, um sich zu erkundigen, was in den Koffern eigentlich ist. Der Polizeibeamte mußte feststellen, daß nur Wäsche in den Koffern war, und mußte wieder abziehen, wie er gekommen war. Ob der Beamte gestohlene Sachen oder sogar ein Maschinengewehr suchte, konnte nicht festgestellt werden. Arbeiter, seht euch solche famose Herrn an.

Schauspielhaus
Täglich
2 Vorstellungen
16.30 und 20.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
Niedrigste Preise!

Görlitz
Feine Fleisch- und
Wurstwaren
Kurt Langnickel
Görlitz

Essig- und
Senz-Niederlage
B. Nicolaus
Görlitz, Bogitarke 3

Frederich Schubert
Lebensmittel
Görlitz
Haufigwalder Str. 11

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfehlen billigst
Paul Peterzelt, Scheitniger Straße 23

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

Spezialhaus
für Bastler
Bastlerquelle



Spezialität
Sperrplatten
Laubsägeholz
und alles was der
Bastler braucht
Brüderstraße 81
Telephon 57494
Friedr. Wilh. - Str. 62
LIEGNITZ, Burggr. 19

Inserate
haben n
unserer Zeitung

Guten
Erfolg

Herzberg & Co.

Häfchenstraße 48 Bücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Sneisenauplatz 7
Niederlage: Gräbschener Straße 66
Wiesen an vom Faß:
das ganze Liter
Breslauer 25% = 1.40
Breslauer 32% = 1.90
Weinbrand-Verschnitt 38% = 2.40
Weinbrand echt 38% = 3.80
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 2.85

Weine u. Obstweine v. Faß
das ganze Liter

Apfelwein süß per Liter 0.55
Kaislerbeerwein süß " 0.70
Johannisbeerwein süß " 0.70
Rheinwein zur Bowle " 0.70
Muskateller " 1.00
Deutscher Wermutwein " 0.70
Tarragona " 1.00
Malaga " 1.20
Süßer ungar. Dessertwein " 1.50
Prima April per Liter 4.60
Gebirgsbimbeersaft " 1.20

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Bitter, Leuchtler, Bergamotte,
Anis, Ingwer, Kummel, Anisette,
Pfefferminz u. a.
30% per 1/2 FL. 2.80 per 1/2 FL. 1.15
35% per 1/4 FL. 2.75 per 1/4 FL. 1.50



Großer Weihnachts-Verkauf

Damen-Pullover

Reine Wolle, elegante
Streifen mit Elasticrand
in allen modernen Farben ... **2.95**

Damen-Weste

starke Strapazier-Qualität, in
allen modernen Farben, **4.90**
Größe 42-46

Herren-Lumberjack

besonders starke Qualität
mit Reißverschluss, in schönen
Jacquardmustern ... **3.90**

Damen-Schlüpfer

feine Kunstseiden-Decke
mit angerautem, molligem
Flausfutter, völlig geschnitten,
Größe 42-46. ... **0.95**

Kinder-Schlüpfer

Kunstseiden-Decke, mit
mollig. Flausfutter, in schönen
Farben
Größe 36-38 **0.58**
Größe 32-34 **0.48**

Herren-Normal- oder Futterhose

2 erprobte, gute Qualitäten,
die exakt verarbeitet sind u. gute
Paßform haben, Gr. 4 und 5 **0.95**

Herren-Einsatzhemd

kräftige Imitat-Qualität, mit
schönen, durchgewebten Ein-
sätzen, Größe 4-6 ... **1.45**

Damen-Strümpfe

reine Wolle od. plattiert,
beides gute Strapazier-Quali-
täten für den Winter, in allen
modern. Farben, fehlerfrei, Paar **0.95**

Damast-Handtuch

schweres Halbleinen, sehr saug-
fähig und solide, ohne Füll-
Appretur, vollgroß 48x100 cm **0.58**

Kunstseiden-Decke

Damast mit indanthrenfarb. gem
Rand in blau, gold oder lachs,
schöne, hochglänzende Tee- und
Tafel-Decke, 120x150 cm ... **1.98**

Pastell-Ripsdecken

a part abgetönte Decke in den
modernen Farben, blau, yade,
nil und gold, 130x160 cm
1.85, ca. 130x130 cm **1.65**
ca. 110x110 cm ... **0.98**

Fleur Aigleletta

ca. 100 cm breit, der moderne,
einfarbige Kleiderstoff, die gute,
strapazierfähige, reinwollene
Qualität in riesigem Farbsorti-
ment, riesig billig ... **1.88**

Ein Posten

Winter-Tweed

in schwarz, marine, braun und
anderen dunklen Farbtönen,
warme, wollen. Kleider-
ware, weit unter Preis Meter **0.78**

Hammercrepe

ca. 95 cm br., das neue Mode-
gewebe der Saison, schwerfall,
Kunstseiden-Qualität in weiß
u. großen modernen Farb-Sorti-
menten, riesig billig
Meter **2.75, 2.38** **1.85**

Wachsamt-Druck

florfeiste, licht- und waschichte
Strapaz.-Qualität, in d. neuesten
Mustern, riesige Auswahl in
alten Preislogen, besonders
billig, Meter **1.38, 0.98** **0.66**

Jugendliche Kleider

Eine einmalige Gelegenheit, ganz be-
deutend unter Preis! Bis Größe 50
2.95 1.95

Welliné-Morgenrock

mit andersfarbiger Blende und Tasche,
in vielen Farben
3.95 2.95 1.95

Flotte Wintermäntel

in vorzüglich Qualität, mod.
Verarbeitung mit groß. Pelz-
kragen oder Sportvorn, teil-
weise auf Maroc. gefüttert, 1/2
gestepp. **29.75, 19.75** **14.75**

Für jeden Kunden eine reizende Weihnachts-Ueberraschung fürs Kind. Bei Einkauf ab RM 5.- Kalender-Gutscheine. Auf Wunsch alles in Geschenk-Packung.

Frohes Fest durch
ein Geschenk von **TIETZ**

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 2. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 283

für Schlesien

**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 499 02.
Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Gintzerhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Verlag:** Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Besondere Preis:
Abteil. 42 Pf. + 8 Pf. (Pollenlohn) = 50 Pf., monatlich 1,50 Mk. + 50 Pf.
Pollenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die
gewöhnliche Werkmutterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Ver-
sammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreigespaltene Werkmutterzeile
oder deren Raum im Text 70 Pf. — Ausnahmezustand in der
Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Sozialdemokratie, Zentrum und Nazis verhindern Beratung kommunistischer Anträge auf wirkliche Winterhilfe Kommunistischer Stadtverordneter mit Polizeigewalt von der Sitzung ausgeschlossen — „Vorwärts“ und „Angriff“ heßen gegen die hungernden Arbeiter

Hungerdemonstrationswelle steigt

Breslau, 2. Dezember. Der deutschnationale Stadtverordneten-
vorsteher Friedrich hatte in der gestern stattgefundenen Stadt-
verordnetenversammlung die kommunistischen Anträge gegen Hunger und
Kampf für wirkliche Winterhilfe nicht zur Beratung und Abstimmung
bringen lassen. Dieser Papen-Knecht berief sich auf die Verordnung
über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände
vom 2. November 1932. Diese Verordnung sieht vor, daß bei Erörte-
rungen über Veränderungen der Ausgaben bzw. Einnahmen gegen-
über den Ansätzen des Haushaltsplans in den Sitzungen der Stadt-
verordnetenversammlungen und ihren Ausschüssen unterzogen, wenn
nicht gleichzeitig über die finanzielle Deckung der geplanten Mehrausgaben
bzw. Mindererinnahmen Vorkehrungen getroffen sind. Die
kommunistische Fraktion protestierte auf das entschiedenste gegen diese
schändliche Abwürgungsmethode, und der Genosse Jolla, als
Vertreter der Erwerbslosen, der in seiner Anklageerbe gegen das
kapitalistische System und seine Stützen die Interessen der Erwerbs-
losen mahrgenommen hatte, wurde mit der Polizei aus dem Saale
geschleift. Nach ihm sprach der Genosse Brodke, der die Breslauer
Erwerbslosen zur Einheitsfront der Tat, zur Rettung gegen Hunger
und Frost aufrief.

Hindenburg, 2. Dezember. Im Hindenburg Stadtparlament,
das gestern tagte, hat ebenfalls der zentrumliche Stadtverordnete-

vorsteher und Gewerkschaftsekretär Siara auf Grund der Verord-
nung vom 2. November 1932 die Beratung über die kommunistischen
Anträge für die Erwerbslosen und werktätigen Mieter nicht zu-
gelassen. Wegen dieser faschistische Maßnahme wurde von Seiten der
kommunistischen Fraktion auf das schärfste protestiert und die Rolle
der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Nazis als Notverord-
nungsmischnichte aufgezeigt. Dieser christliche Gewerkschaftsführer hatte
mehrere Ordnungsrufe und Wortentzug gegen kommunistische Stadt-
verordnete verhängt. Dieser Polizei- und Notverordnungs-knecht hat
es abgesehen auf den Ausschluß der kommunistischen Fraktion von
mehreren Sitzungen. Siara hatte bereits Polizei bereitgestellt, die die
Kommunisten, die Vertreter aller Ausgebildeten, mit Gewalt aus
dem Saale schleifen sollten.

Berlin, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Stadt-
parlament standen die Anträge der kommunistischen Fraktion für
die Erwerbslosen und außerdem etwa 200 Anträge der SPD. zum
Haushaltsplan auf der Tagesordnung. Bei der Behandlung der
Anträge für die Erwerbslosen lehnte der sozialdemokratische Vor-
steher die Abstimmung ab. Es kam zu heftigen Rundgebungen, ins-
besondere der Tribünenbesucher, daraufhin ließ der sozialdemokratische
Vorsteher die Tribüne räumen.

Aus dem Inhalt:
Grubenbarone wollen Rettungswesen beseitigen
Lohnabbau-Diktat auf zehn Ruhrzechen
Gewerkschaftsführer wollen Präsidialkabinet unterstützen
Große Waffentunde bei SA.-Führer

Vor dem 17. Bezirksparteitag

Die politische Vorbereitung des 17. Bezirksparteitages des
Bezirks Schlesien der SPD. ist mit den Unterbezirksdelegierten-
konferenzen am Sonntag, dem 27. November, abgeschlossen worden.
320 Delegierte sind zum Bezirksparteitag gewählt worden, die ihre
letzten Vorbereitungen treffen, um am Sonnabend und Sonntag,
dem 3. und 4. Dezember, nach Breslau zu kommen, um an den
Beratungen des Bezirksparteitages im Auftrage ihrer Betriebs- und
Straßenzellen teilzunehmen.

Die kapitalistische Krise, die immer mehr zur Katastrophe des
kapitalistischen Systems heranreift, das große Vertrauen, das 6 Mil-
lionen Werktätige am 6. November der kommunistischen Partei be-
stundet haben, gibt der kommunistischen Partei eine große Ver-
antwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse und aller Werktätigen
in die Hände. Von diesem Bewußtsein waren die Beratungen auf
allen Unterbezirksdelegiertenkonferenzen getragen. Circa 200 Dis-
kussionsredner von 850 gewählten Delegierten haben in den
13 Konferenzen in erster und sachlicher Diskussion vor den Erfolgen
bei der Mobilisierung der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen be-
richtet, und unter dem Beifall der Delegierten, bei besonders guten
Beispielen, gezeigt, daß durch Anwendung immer neuer Methoden
der Massenmobilisierung alle Hindernisse, die uns die Bourgeoisie
und ihre Lakaien in den Weg legen und alle Versuche, uns von den
Massen zu trennen, überwunden werden. Die Vielfältigkeit des
Betruges und der Täuschung der Arbeiter durch den Unternehmer im
Betriebe, durch den Staatsapparat auf den Stempelstellen, mit
Unterstützung der „linken“ Mandatäre der sozialfaschistischen Gewerk-
schaftsbürokratie und der sozialen Demagogie der Nazis, hat aber auch
dazu geführt, daß die Zellen und Ortsgruppen der Partei manchmal
in ungenügender oder falscher Weise darauf reagiert haben. Die
damit im Zusammenhang aufgetretenen Fehler und Schwächen in
der Mobilisierung der Massen vor Aktionen gegen die Anschläge der
Bourgeoisie wurden von den Delegierten in selbstkritischer Art auf
den Konferenzen festgestellt. Das Aufzeigen jedes Fehlers war die
Warnung an die gesamte Partei, das nicht zu wiederholen, um da-
durch nicht einen Temporeinfluss in der Mobilisierungsarbeit zu
erleiden. 90 Prozent der Diskussionsredner begnügten sich aber nicht
nur mit der Feststellung der Fehler und Schwächen, sondern wollten
eine schöpferische Selbstkritik an, durch das Vorschlagen von Methoden
zur Überwindung der Fehler. Durch die Tatsache, daß 90 Prozent
aller Ortsgruppen und Zellen durch Delegierte auf den Unterbezirks-
delegiertenkonferenzen vertreten waren, werden schon jetzt in der
Woche bis zum Bezirksparteitag die vorhandenen Erfahrungen jedes
Unterbezirks in die Zellen und Ortsgruppen übertragen. Die
Diskussion über die Probleme unserer Massenarbeit, die mit der Vor-
bereitung der Unterbezirksdelegiertenkonferenzen am 15. November
begonnen hat, wird nach dem 27. November auf einer höheren
Ebenener fortgesetzt und wird eine weitere Steigerung erfahren
nach dem Bezirksparteitag, wenn die Delegierten der Zellen und
Ortsgruppen den Bericht vom Bezirksparteitag geben werden, der
nicht nur enthalten wird die Erfahrungen eines Unterbezirks, sondern
die reichen Erfahrungen der gesamten schlesischen Partei, die sie im
harten Ringen um eine bolschewistische Massenpartei seit dem
16. Bezirksparteitag 1930 erworben hat. Durch die Steigerung der
politischen Diskussion in den Zellen und Ortsgruppen werden damit
auch die Beschlüsse des 12. Plenums und der 3. Reichsparteikonferenz
wirklich zu dem täglichen Rüstzeug des letzten Kommunisten in
Schlesien werden.

Die Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen, die im Zeichen der in
Schlesien geführten etwa 70 Betriebsbewegungen und Streiks und
der sich steigenden Erwerbslosenkämpfe standen, haben überall im
den Mittelpunkt der neuen Aufgaben die Steigerung der Massen-

Weißer Erwerbslose im Unterstützungstreit

3000 Erwerbslose am Wohlfahrtsamt und verweigern Annahme der Unterstützung — Sie fordern ungekürzte Unterstützung — Sozialdemokratische Führer wollen den Streik verraten — Polizei setzt ein — Zwei Verletzte

Weiße, 1. Dezember. Mehr als 3000 Erwerbslose erschienen heute
am Wohlfahrtsamt und erklärten geschlossen, solange keine Zah-
lung von Wohlfahrtsunterstützung anzunehmen, bis sie die ungekürzten
Löhne ausgezahlt bekommen. In den Straßen kam es zu größeren
Versammlungen. Die Polizei in Stärke von 50 Mann wurde ein-
gesetzt und geht rüchichtslos gegen die Erwerbslosen vor. Unter den
Demonstranten befinden sich große Massen Frauen und Kinder. Bisher
es es zwei Verletzte.

Am „Brauhaus“-Saal fand eine Massenversammlung der
Erwerbslosen statt. Der Gewerkschaftssekretär Kaslowski sprach
über den Zahlungstreit, worauf sich selbst unter den zahlreich ver-
tretenen sozialdemokratischen Erwerbslosen ungeheure Empörung
ausbreiten machte, und Kaslowski von seinen eigenen Parteigenossen
zur Unterstützung verhindert wurde.

Die Versammlung beschloß einstimmig die Weiterführung des
Streiks. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Mitglieder
der Erwerbslosenvereinigungen wurden durch die SPD. und Gewerk-
schaftsbürokratie unter Druck gesetzt, um Streikbruch durchzuführen.
Auf die Empörung von demselben abgesehen wurde. Gleichfalls
in ihrem Streik durch Streik in den Betrieben zu unterstützen.
Vertrauensleute der Gewerkschaften, die den Gewerkschafts-
streik den Reichsverband der Beschlüssen mitteilten, erhielten auf
die Frage, ob sie den Kampf und den Streik unterstützen, eine ab-
weisende Antwort und Ausreden.

Die Gewerkschaftsbürokratie versucht mit allen Mitteln den
Streik abzubrechen.

So erklärt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, am
1. Dezember:
„Seit Wochen treiben kommunistische Agitationstrupps in allen
Stadtteilen Berlins mit der Not der Erwerbslosen ein frevelhaftes
Spiel. Unter falschen Vorwörungen werden die Erwerbslosen
nach den Wohlfahrtsämtern gelockt, um sich angeblich Kartoffeln
und Kohlen abzuholen. Obgleich an dieser Stelle wiederholt darauf
hingewiesen wurde, daß in den Bezirks- und Wohlfahrtsämtern
weder Kohlen noch Kartoffeln bereit liegen, gibt es immer wieder
Dunderte von Versagelerten, die den bewußten kommunistischen
Tugan Glaschen schenken und sich zu den inzentrierten kommunisti-
schen „Demonstrationen“ als unfreiwillige Statisten hergeben.“
Ebenso niederträchtig wie der „Vorwärts“ heßt der „Angriff“
vom 30. November:

„Auch gestern abend mußte die Polizei wieder in verschiedenen
Stadtteilen Berlins kommunistische Demonstrationen auflösen,
die in den einzelnen Fällen etwa 200 Personen stark waren. Ver-
schiedene der randalierenden Demonstranten wurden verhaftet.“

Für das Hitlerblatt sind die Arbeiter, die dort für ihre wirt-
schaftlichen Forderungen und gegen die neue Diktaturregierung
marschieren, „kambalierende Demonstrationen“, deren Verhaftung die
Goebbels und Hitler begeistert begrüßen.

So erweilen sich die NSDAP., Zentrum und SPD. täglich als
Parteien des Kapitals, die — jede auf ihre Weise — das verrottete
kapitalistische System unterstützen und die Todfeinde der hungernden
und niederbegebenen Arbeiter und Werktätigen sind.

Wir rufen die Erwerbslosen auf, in der roten Einheitsfront für
ihre berechtigten Forderungen auf sofortige Winterhilfe einzustehen.

Heute soll der „neue“ Diktatur- kanzler ernannt werden

Berlin, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Wirtswart der
Regierungsbildung ist noch nicht gelöst. Gestern abend 6 Uhr wurde
Papen sowohl als auch Schleicher vom Reichspräsidenten Hindenburg
empfangen. Nunmehr soll heute noch ein Empfang Hugenburgs statt-
finden, und dann will der Reichspräsident entscheiden, ob Papen oder
Schleicher zum Reichskanzler ernannt wird.

Namameß, bei Berlin, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Am Donnerstagsvormittag kam es zu Rundabredungen von etwa
200 Mitarbeitern des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes, die ihre Arbeit
verweigerten und im Erreichte vor dem Rathaus Cohnwache
eine große Meiburg für den Winter forderten. Die Stadtverwaltung
hat die Polizei rufen.

*
In Berlin wie auch in allen Teilen des Reichs demonstrieren
Tausende die Erwerbslosen und fordern Winterhilfe, Kohle,
Holz und Kleidung.
Die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Hitlerpartei rühren
den Kampf für die Erwerbslosen, es sei denn, um papierene „An-
träge“ im Reichstag einzubringen und zugleich desto leichter die
Erwerbslosen zu verraten.

Hintergrund: Der Wirtswart der Regierungsbildung ist noch nicht gelöst. Gestern abend 6 Uhr wurde Papen sowohl als auch Schleicher vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen. Nunmehr soll heute noch ein Empfang Hugenburgs stattfinden, und dann will der Reichspräsident entscheiden, ob Papen oder Schleicher zum Reichskanzler ernannt wird.

Kumpels, es geht um euer Leben!

Grubenbarone wollen das Rettungs- wesen beseitigen!

Das ober-schlesische Gruben-Rettungswesen soll erheblich eingeschränkt werden — Sozialdemokratische und christliche Arbeiter, Belegschaften der Zechen! Heraus zur Verteidigung eures Lebens!

Beuthen, 1. Dezember. Die „Voll.“ meldet, daß die „Ober-schlesische Hauptstelle für das Gruben-Rettungswesen“ auf Veranlassung der einzelnen Bergwerksdirektionen ganz erheblich eingeschränkt werden soll. Die Zahl der auf der Hauptstelle ständig in Bereitschaft stehenden Rettungsmannschaften soll auf fünf herabgesetzt werden. Die Krankenwagen der Zentrale sollen auf die einzelnen Grubenbetriebe verteilt, die Chausseure und die Krankenwärter entlassen werden. Das würde zur Folge haben, daß beispielsweise in Beuthen, wo Feuerwehr und Gruben-Rettungszentrale mit sechs Sanitätswagen arbeiten, vom nächsten Jahr ab nur zwei Wagen zur Verfügung stehen.

Die Grubenbarone fordern die Beseitigung des Rettungswesens, denn jeder Bergmann wird mit uns der Meinung sein, daß eine in dem Umfange eingeschränkte Grubenrettungsstelle ihre Aufgabe als Rettungsstelle nicht erfüllen kann.

Das bedeutet, daß die Kumpels bei Grubencatastrophen rettungslos dem Tode verfallen. Eine solche Rettungsstelle bedeutet nur noch Schein!

Katastrophe auf Katastrophe erfolgt. Dem großen Unglück auf der Beinhilfgrube folgte Karben-Zentrum, und dieser Tage Delbrück. Täglich gehen infolge der Unterebene und der Beseitigung der berg-

baupolizeilichen Vorschriften Schlemmassen zu Bruch und begraben Kumpels. Nach dem Willen der Zechenbarone sollen diese Kumpels rettungslos dem Tode verfallen.

Die brutale Ausbeuterfrage der Zechenbarone wird mit diesem gegen die Bergkumpels geführten Schlag für jeden Bergarbeiter offensichtlich. Erbärmliche Menschheit stellen die Reden, Telegramme und Halbmaßflaggen der Grubenbarone und ihrer Trabanten anlässlich der Grubencatastrophen dar.

Nach hat man die vier gemordeten Kumpels von Delbrück nicht geborgen — und angeichts dieser gemordeten Kameraden fordert man Beseitigung des Rettungswesens. Brutaler und offener kann die Sprache der profitgierigen Zechenbarone nicht mehr sein.

Ungehore Erregung herrscht über die Maßnahmen in der Bergarbeiterchaft. Kumpels! Brecht hervor aus den dunklen Schächten, den Todesfällen und Unterebenen! Hier gibt es kein Ueberleben mehr! Es geht um euer Leben!

Sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter! Schart euch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, den Einheitsverband der Bergarbeiter und die roten Betriebsräte, und kämpft geschlossen unter ihrer Führung zur Verteidigung eures Lebens.

Waffenfunde bei SA.-Führer

In Bad Wisnau nahm die Polizei im Hause des SA-Führerunternehmers Georg Niemann, Sturmführer bei der SA, eine Durchsuchung nach Waffen vor. Gefunden wurden:

- 1 vollständiges Maschinengewehr mit allem Zubehör,
- 2 Karabiner,
- 3 Gewehre, Modell 98,
- 1 russisches Militärgewehr,
- 2 Stielhandgranaten,
- 2 Trommelrevolver,
- 6 Maschinengewehrpatronen,
- 6 Seltengewehre,
- 1000 Schuß Munition.

Der SA-Führer wurde nicht verhaftet, da er angeblich an Grindrunk ist!

Findet man bei einem Arbeiter einen verrosteten Revolver, so droht ihm jahrelanger Kerker.

Vor dem 17. Bezirksparteitag

(Schluß)

aktionen auf eine höhere Stufenleiter gestellt. Bei dieser Arbeit geht es um die Einbeziehung der Großbetriebe und der strategisch wichtigsten Betriebe in den Kampf unter gleichzeitiger Verbindung der gesteigerten Erwerbslosenkämpfe mit den Kämpfen der Betriebsarbeiter. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben der Partei nur zu eindeutig bewiesen, daß diese gewaltige Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn man in jäher unermüdlicher Kleinarbeit Positionen in den entscheidenden Betrieben und auf den größten Stempelstellen erobert und sie beharrlich ausbaut unter gleichzeitigen starken Einwirkungen in den freien und christlichen Gewerkschaften, vom Betriebsrat und von der Stempelstelle aus, zur Eroberung der jetzt noch rein müßlich beeinflussten Arbeitermassen. Auf allen Konferenzen wurde deshalb vorgeschlagen und zu einem großen Teil durch Beschlüsse festgelegt, daß zur Lösung dieser Aufgabe im Vordergrund stehen muß: Registrierung von Betriebsarbeitern, von gewerkschaftlich organisierten, von Erwerbslosen und Zusammenfassung derselben in kleinen Zirkeln in Stubenverammlungen. Die hierdurch erzielte systematische mündliche Beeinflussung der Arbeiter und auch der werktätigen Mittelstandes durch Stubenverammlungen der Arbeitergewerbetreibenden, der Bauern usw. schaffen die besten Voraussetzungen zur Organisierung eines Vertrauensmännerstems in den Betrieben und von der Stempelstelle zum Wohngelände, von der Stadt zum Lande. Das Vertrauensmänner- und Delegiertenstems ist die beste Voraussetzung zur schnellen Mobilisierung der Massen unter Führung der kommunistischen Partei.

Die Feststellung, daß alle Konferenzen im Zeichen der Verwirklichung dieser bolschewistischen Kleinarbeit standen, kennzeichnet am besten den gewaltigen Fortschritt der schlesischen Partei gegenüber der Vorbereitung der Januarbewegung 1932. Die 70 betrieblichen Bewegungen seit Anfang September 1932 haben der schlesischen Partei nicht nur einen ungeheuren vorwärtstreibenden Impuls gegeben, sondern diese entscheidende Lehre vermittelt. Was im Januar 1932 auf den Unterbezirks-Delegiertentag der schlesischen Partei Kenntnis nur von wenigen Delegierten war, ist jetzt zum Allgemeinwissen jedes Kommunisten geworden.

Dieser Prozeß der Bolschewisierung der schlesischen Partei, der auch organisatorisch in der gründlichen Umstellung auf Zellen und Ausdruck kommt, ist begleitet von dem Abstoßen von Schlägern der Partei, die in Form von unfähigen Funktionären, die den Kampf geben nicht mehr gewachsen waren, austraten.

In den meisten Unterbezirken ist dieser Prozeß der Erneuerung der Funktionärslader schon zum größten Teil auf den Unterbezirks-Delegiertentag abgeschlossen worden. Die Zusammenfassungen der neugewählten Unterbezirksleitungen zeigen das sehr deutlich. In 13 Unterbezirksleitungen sind etwa 160 Funktionäre vertreten, von denen über 40 Betriebsarbeiter sind. Das ist gegenüber der alten Zusammenfassung der Unterbezirksleitungen eine gewaltige Veränderung, die den Betriebsarbeiter in den Mittelpunkt des Funktionärsladers stellt. Eine andere Schwäche der schlesischen Partei ist auch jetzt noch nicht übermunden worden, und zwar die Einbeziehung der Frauen in den Funktionärslader; nur etwa 8 Prozent der Delegierten der Unterbezirksleitungen sind Frauen, und etwa 10 Prozent der Gesamtdelegierten zum Bezirksparteitag sind Frauen.

Die Unterbezirks-Delegiertentagungen haben das Tempo des Reiferwerdens der Partei demonstriert, gleichzeitig aber auch die eiserne Geschlossenheit der Partei, die es uns ermöglicht wird, weiter ins Lager des Sozialfaschismus, des Reformismus und der Hitler-Kaschisten einzubrechen und ihren Massenimpuls zu verankern. Der Geschlossenheit der Partei unter Führung des Parteivorsitzenden des Genossen Thälmann an der Spitze können wir entgegenkommen den tiefen Differenzen, die im Lager der Bourgeoisie herrschen können wir entgegengehen die große Kluft, die zwischen Arbeiterschaft und Führungen in der SPD, den reformistischen und christlichen Gewerkschaften, dem Zentrum und der KATAP besteht.

Die Unterbezirks-Delegiertentagungen waren ein außerordentlich wichtiger Tag am 3. und 4. Dezember stattfindenden Bezirksparteitag unter der Leitung steht:

„Steigert die Massenaktionen zum politischen Massenstreik!“

Lohn- und Pensionsraub in der Julienhütte

Sobret-Kars, 1. Dezember. Die Verwaltung der Julienhütte hat bekanntgegeben, daß der Lohn im Stahlwerk um 10 Prozent gekürzt wird. Darüber hinaus werden die Pensionen der alten Arbeiter gekürzt.

Der reformistische Betriebsrat Mantel hat bis jetzt, obwohl der Lohnraub seit einigen Tagen bekannt ist, noch nichts unternommen. Die Gewerkschaftsführer Stara und Weisner haben mit dem Unternehmer Verhandlungen angekündigt, die unter Ausschluß des Betriebsrats bzw. der roten Betriebsräte vor sich gehen. Unter der Herrschaft herrscht über den Lohnraub ungeheure Erbörung.

Sofort muß die Belegschaft des Stahlwerks und auch in allen anderen Abteilungen zu dem Lohnraub Stellung nehmen.

Ohne Rücksicht der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit muß die Belegschaft gegen den Lohnraub Kampfgeschlüsse fassen.

Wählt sofort im Betrieb eine Delegation, die der Verwaltung eine ultimative Forderung auf Nichtdurchführung des Lohnraubes unterbreitet. Sollte die Forderung nicht erfolgen, tritt die Belegschaft in den Streik. Her mit der Einheitsfrontaktion gegen Lohnraub!

Lohnabbau-Diktat an der Ruhr

Essen, 1. Dezember. (Via Bericht.) Gestern haben die Unternehmer überfallartig auf zehn Ruhrzechen Lohnabbau-Diktate ausgehängt.

Die Kohlenbarone fordern folgenden Lohnabbau für die 31. bis 40. Arbeitsstunde:

Auf Ruhr-Gesellsch. von 15—20 Prozent, Auguste-Viktoria 18—20 Prozent, alle I.H.F. und H.F. 10 Prozent, Grim-Castrop-Maurel 10 Prozent, Vederwerth 1½ Prozent vom Gesamtlohn, Sansa 10 Prozent, Gordenberg 10 Prozent, Minister Stein 10 Prozent.

Dieses Lohnabbau-Diktat auf den Ruhrzechen ist ein Alarmzeichen nicht nur für die Arbeiter an Rhein und Ruhr, sondern für die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands. Die Presse der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer bemüht sich in diesen Tagen, den Arbeitern vorzureden, daß es nun mit dem Lohnabbau ein Ende habe. Die Verträge der Ruhrkapitalisten zeigen, daß im Gegenteil verhängte Lohnabbauangriffe einlezen. Nachdem die Nordwest-Unternehmer bisher in einzelnen Abteilungen und kleineren Betrieben angegriffen haben, sind sie nun zu einem größeren Angriff übergegangen.

In dieser Situation müssen die Lohnabbauangriffe in jeder Abteilung, in jedem Betrieb geschlossen im Kampf zurückgewiesen werden. Das ist die einzige Möglichkeit, einen weiteren unerträglichen Lohnabbau zu verhindern. KPD, und SPD, die schon seit Wochen die bevorstehenden neuen Anschläge des Unternehmertums signalisiert haben, rufen den Arbeitern zu, die Einheitsfront des Kampfes in allen Betrieben fester zu schließen.

Gewerkschaftsführer wollen Präsidialkabinett unterstützen

Neue Verhandlungen mit Schleicher — Was wird gespielt?

Zunehmend deutlicher zeigt es sich, daß die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dem General von Schleicher Zuversicht über ihre Mittels zu den weiteren Plänen der schlesischen Reichsregierung im Ausschicht gestift haben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in seiner Morgenausgabe am 1. Dezember:

„Der Unterschied zwischen einem Kabinett Schleicher und einem Kabinett Papen würde nicht nur darin bestehen, daß den radikalen Parteien eine unumschränkte Opposition gegen Papen leichter wäre als gegen Schleicher. Vielmehr würde ein Kabinett Schleicher im Gegensatz zu einer von Papen gebildeten Regierung auch von der ersten Stunde an bestrebt sein, eine möglichst enge Verbindung mit den Gewerkschaften zu finden, zunächst mit den christlichen Gewerkschaften, dann aber auch mit den freien Gewerkschaften. Es würde also zwar keine Basis im jetzigen Reichstag gesucht werden, wohl aber ein sehr hartes Fundament in den breiten Massen. Diese politische Verbindung würde durch die tatsächliche Handlungsweise des Kabinetts Schleicher vermutlich fast unterkühlt werden, vor allem durch die Beseitigung einer Reihe der unpopulärsten sozialistischen Maßnahmen, durch die völlige Zurückhaltung bei Besatzungsplänen, durch eine weitgehende Revision der Sondergerichtsbarkeit und schließlich durch energische Raingriffnahme der Arbeitsbeschaffungsfrage, die bisher im wesentlichen doch nur „beredet“ worden ist. In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, daß Minister von Schleicher gestern abend um 6 Uhr die Führer der christlichen Gewerkschaften zu einer Aussprache über die Arbeitsbeschaffungsfrage empfangen hat.“

Diese Enthaltungen zeigen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften schon in aller Öffentlichkeit für ein Präsidialkabinett Schleicher oder ein ähnliches Kabinett Stellung nehmen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stehen seit jeher in enger Gemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaftsführern gemeinsam gegen die KPD und die kämpfende Arbeiterchaft. Die sozialdemokratischen

Gewerkschaftsführer in Verbindung mit den Nazis und mit Schleicher, sie haben aber auch direkt mit Schleicher verhandelt, und die Sprache der SPD-Presse beweist, daß auch das kommende Präsidialkabinett mit ihrer Hilfe rechnen kann.

Die Presse der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer bemüht sich mit allen Kräften, General Schleicher als „kleines Übel“ gegenüber Papen hinzustellen. Zu diesem Zweck wird behauptet, daß es unter einem Kabinett Schleicher ein Ende würde mit dem Lohnabbau, daß Arbeit beschafft werde usw. Insbesondere mit den Versicherungen der „Arbeitsbeschaffung“ hat die Arbeiterchaft Erfahrungen genug sammeln können. Das die Lohnabbauangriffe anbelangt, so sind zahllose Anzeichen dafür da, daß das Unternehmertum mit verschärften Lohnabbauangriffen einlezen wird. Die Lohnabbau-Diktate der Krupp, Thyssen und der übrigen Nordwest-Unternehmer sind alarmierend. Es wird ein Streikverbot vorbereitet. Die Verweigerung der Arbeitslosenforderungen, die Pläne zur Zusammenlegung aller Unterstützungskassen, die Ausdehnung des Arbeitsdiensts und das rigide Ersatzgesetz zeigen, daß auch neuer Unternehmerraub geplant ist. Wer seine Bereitschaft erklärt, ein neues reaktionäres Präsidialkabinett zu stützen, der erklärt seine Bereitschaft, die Pläne der Bourgeoisie zu unterstützen. Beim Berliner Parteitag hat die ganze Arbeiterchaft gesehen, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Papen-Politik unterstützen.

Die Arbeiterchaft kann ihre Lebensinteressen nur verteidigen, indem sie gegen jede kapitalistische Regierung die schärfste Kampfhandlung einnimmt. Da die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer die Politik der Bourgeoisie unterstützen, im Interesse der Durchführung des weiteren Lohn- und Unterstützungsabbaus die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf abhalten wollen und den Streikbruch organisieren, so muß überall gegen sie die Einheitsfront des Kampfes geschlossen werden. Wir rufen allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu:

Her zur Einheitsfront!

Der Bezirksparteitag schmiedet die Waffen der kommenden Kämpfe!

Alle Ortsgruppenleitungen sichern die Finanzierung des Bezirksparteitages durch den Vertrieb der Parteitagsmarken an sympathisierende. Alle Ortsgruppen rechnen bis Sonnabend für jedes Mitglied eine Parteitagsmarke ab. Bezirksleitung, Abt. Kasse.

„Wir sind die Antifaschisten der Tat!“

Das politische Referat des Führers der KPD., Genossen Thälmann, auf dem Antifaschistischen Einheitskongress in Berlin

„Genossen und Genossinnen! Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich euch heute den Gruß der brüderlichen revolutionären Kampfesgrüße. Eure heutige Tagung hat eine große und wichtige Bedeutung für den Klassenkampf, für den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse. Aus allen Ecken Deutschlands richten sich die Blicke der besten antifaschistischen Kämpfer heute nach Berlin zu dieser Tagung, die der Antifaschistischen Aktion des deutschen Proletariats, der kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus einen mächtigen Auftrieb geben soll.“

Genossen, ungefähr 6 Wochen sind verstrichen, seit der Aufruf zur Schaffung der Antifaschistischen Aktion vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben wurde. Seitdem die SA-Banden Adolph Hitlers durch das Dekret der Papen-Regierung wieder legalisiert sind, haben mehr als 20 antifaschistische Kämpfer unter dem Mordhieb der nationalsozialistischen Banditen ihr Leben lassen müssen. Wir können mit vollem Recht aussprechen, daß diese Zahl noch größer wäre, daß der faschistische Mordterror einen noch brutaleren und blutigeren Charakter angenommen hätte, wenn nicht schon die ersten Anfänge der Antifaschistischen Aktion den Nazis das Handwerk erschwert hätten.

In diesen sechs Wochen haben wir eine mächtige Welle des antifaschistischen Massen-kampfes

In ganz Deutschland. Tausende von Formationen des Roten Massen selbst haben sich in allen Bezirken Deutschlands, im Norden und Süden, im Osten und Westen, wie hier in Berlin entstanden. In vielen Hunderten von Betriebsversammlungen wurde zur Frage der Antifaschistischen Aktion Stellung

Nicht „Burgfrieden“, sondern antifaschistische Tat!

Dort zerbricht man sich den Kopf, wie man die Organisationen von der Einheitsfront fernhalten kann.

Dort zerbricht man sich den Kopf, was man den Kommunisten für „Bedingungen“ zur Vereitelung der Einheitsfront stellen kann.

Dort zerbricht man sich den Kopf, wie man statt des gemeinsamen wirklichen Kampfes der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Faschismus einen „Burgfrieden“ zustande bringen kann, durch den Mandate und Ministeressel der SPD-Führer gerettet werden könnten.

Und hier bei uns, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, wird praktisch die kämpfende rote Einheitsfront geschmiedet!

Die Frage der Einheitsfront gegen den Faschismus, des geschlossenen Massenkampfes aller Klassenbewußten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter und der Werktätigen aus den übrigen Schichten, die bereit sind, mit der Arbeiterklasse zu marschieren — das ist die Lebensfrage für das deutsche Proletariat! Das ist die Frage, die heute jeden Arbeiter beschäftigt. (Sehr richtig! Lebhaftige Zustimmung.)

Und auf diese Frage muß man eine klare, scharfe und einfache Antwort geben, wenn man den Anspruch erhebt, dem Proletariat einen Weg in der heutigen schwierigen Situation angeht der faschistischen Todesfinsternis aufzuzeigen.

Dieser Kongress ist keine Parteiangelegenheit, sondern eine Sache der Berliner Arbeiterklasse, eine Sache, die das ganze deutsche Proletariat angeht. Das wissen die sozialdemokratischen Genossen, die hier anwesend sind, und die an der Wahl der Delegierten teilgenommen haben, sehr wohl. Und Ihr, sozialdemokratische Genossen, habt Euch in die Antifaschistische Aktion eingereiht, ohne deshalb aufzuhören Sozialdemokraten zu sein. Wir wissen sehr gut, daß Ihr nicht plötzlich, von heute auf morgen, Kommunisten werden wollt. Aber wir glauben Euch, daß Ihr entschlossen seid, das, was Ihr eben so wollt, wie wir Kommunisten, nämlich den Faschismus schlagen, — das mit uns gemeinsam durchzuführen! (Beifall.)

Und genau ebenso, wie es für uns klar ist, daß Ihr auch in den Reihen der Antifaschistischen Aktion, auch in der roten Einheitsfront als sozialdemokratische Arbeiter euch nicht plötzlich in Kommunisten verwandelt, genau so wird es euch klar sein, daß wir, wenn wir hier für die Sache der Antifaschistischen Aktion eintreten, damit zugleich unsere Pflicht als Kommunisten erfüllen!

Ja, Genossen, für uns gilt das Wort von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem kommunistischen Manifest, daß es niemals einen Unterschied zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der Kommunisten geben kann. (Lebhafte Beifall.)

Das Parteiinteresse der kommunistischen Partei ist immer in vollster Übereinstimmung mit dem Klasseninteresse des Proletariats!

Und darum, wenn das Klasseninteresse des Proletariats die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus erfordert, brauchen wir Kommunisten uns durchaus nicht erst lange zu überlegen, ob wir für dieses notwendige Klasseninteresse der Arbeiter eintreten, oder etwa „Bedingungen“ dagegen stellen sollen. Wir handeln einfach entsprechend diesem Klasseninteresse. Und wir wissen, daß wir gerade damit zugleich im Interesse unserer Partei handeln, die unauslöschlich und unverbrüchlich mit der Arbeiterklasse verbunden ist.

Wir stellen keine Bedingungen für die proletarische Einheitsfront außer der einen: daß die sozialdemokratischen Klassengenossen, die die Einheitsfront mit uns schließen wollen, bereit sind, gemeinsam mit uns gegen den Faschismus zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Wir denken nicht daran, aus der Frage der proletarischen Einheitsfront einen üblen Führerhändel zu machen, ein Schachergeschäft zwischen zwei Parteien, mit gegenseitigen Bedingungen, Vertragslaufschneln und Paragraphen.

Das alles ist Schwindel, um die Massen vom Kampfe abzuhalten. Und solchen Schwindel machen wir nicht mit.

Wir denken nicht daran, darauf zu verzichten, eine Politik zu bekämpfen, die so schädlich, verwerflich und verhängnisvoll für die Arbeiterklasse ist, wie die Brüning- und Hindenburg-Politik der NSDAP- und SPD-Führer.

genommen. Tausende von Stempelstellenversammlungen fanden im Zeichen der Antifaschistischen Aktion statt. Gewerkschaftsversammlungen, Arbeitersportlerversammlungen, Versammlungen aller Schichten der Werktätigen beschloßen die Unterstützung der Antifaschistischen Aktion.

Ja, sogar unter den armen bäuerlichen Schichten hat die Antifaschistische Aktion Widerhall gefunden. So erfahren wir, daß z. B. in Südbraunschweig sich berittene antifaschistische Bauernstafeln gebildet haben. Wir marschieren also vorwärts, nicht nur zu Fuß, sondern auch zu Pferde. (Bravorufe, Beifall.)

Tausende von sozialdemokratischen Klassengenossen, von Reichsbannerarbeitern, von freigewerkschaftlichen Funktionären, die auf dem Boden der SPD stehen, haben im Rahmen der Antifaschistischen Aktion praktisch den Weg zur gemeinsamen Kampffront mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern gefunden.

Das alles, Genossen, bildet zusammen jene einfache aber schwerwiegende Tatsache, die ich in den Beginn meiner Ausführungen stelle:

Ich meine die Tatsache, daß in Deutschland im Zeichen der Antifaschistischen Aktion von uns Kommunisten gemeinsam mit einem großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter praktisch die Einheitsfront verwirklicht wird!

Diese Tatsache besteht. Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Und das ist das Gegenstück zu jenen Erklärungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der seine Mitglieder und Organisationen vor lokalen Verhandlungen mit den Kommunisten warnt. Das ist das Gegenstück zu jenen Reden sozialdemokratischer Führer, wie des „Vorwärts“-Chefredakteurs Stampfer über „Bedingungen“ für die Einheitsfront.

Das ist der Unterschied, Genossen:

Wer das von uns verlangt, wer das als „Bedingung“ für die Einheitsfront aufstellt, der fordert nicht mehr und nicht weniger, als daß die kommunistische Partei plötzlich aufhört, eine kommunistische Partei zu sein. (Sehr richtig.) Der fordert, um es einmal scherzhaft zu formulieren, daß der Genosse Thälmann sich von heute auf morgen in Noske oder Zörgiebel verwandelt soll. (Heiterheit, Zustimmung.)

Kein denkender sozialdemokratischer Arbeiter wird das von uns erwarten oder auch nur wünschen. Denn es wäre das tiefste Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse!

Aber was wir wollen, was wir unter proletarischer Einheitsfront verstehen, das will ich mit klaren und unzweideutigen Worten aussprechen. So deutlich, daß kein Stampfer, kein Künftler, kein Breitscheid und Wels daran herumdeuteln kann:

Wohin hat die Weimarer Republik geführt?

Wie ist die Lage heute in Deutschland? Ich will nicht viele Sätze prägen über das Millionenelend in Stadt und Land. Die grauen Kolonnen der Erwerbslosen an den Stempelstellen kennzeichnen Armut und Not. Immer breitere Massen begreifen es, daß die kapitalistische Profitwirtschaft die Quelle des Elends ist, das sich mit der Verschärfung der Krise und gesteigert durch die Versailles Knechtschaft über die Millionenmassen der Werktätigen Deutschlands ergießt.

Mit dem Sturz Brünnings, mit der Einsetzung des Kabinetts Papen-Schleicher-Gaß durch die herrschende Klasse hat diese eine bedeutungsvolle Wendung vollzogen.

Die Saat ist ausgegangen, die seit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den damaligen Reichsinnenminister Carl Severing, seit den Notverordnungen Brünnings und Groeniers gesät wurde. Ja, man kann noch einige Jahre weiter zurückgehen und kann aussprechen: das, was heute in Deutschland ist, der freie Frontalangriff der Bourgeoisie auf alle Rechte und Errungenschaften des Proletariats, auf die Freiheit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, — das ist die Krönung jener Politik, die seit 1918 von allen Regierungen in Deutschland betrieben wurde.

Mit der Niederschlagung von Spartakus, der Abhebung der Soldatenräte, der Wiederbewaffnung und Wiedereinsetzung des monarchistischen Offiziersgefelds, mit der Aufstellung der konterrevolutionären Freikorps durch Noske, Lüttich und Seeden sind es an.

Zuerst nannte es sich „Rat der Volksbeauftragten“ oder „rein sozialistische Regierung“ und das Programm nannte sich: „Der Sozialismus marschiert“.

In Wirklichkeit aber war es Entwaffnung des Proletariats und Bewaffnung der Konterrevolution.

Dann nannte es sich „Weimarer Koalition“, „Schwarz-rot-goldene Front der Republikaner“. Und das Programm hieß: „Der Feind steht links.“

In Wirklichkeit aber war es Stabilisierung der kapitalistischen Klassenherrschaft, Republiklichung des Gesetzes, das keinen Faschisten, aber hunderte revolutionärer Arbeiter auf Tausende von Jahren ins Zuchthaus und Gefängnis sperrte!

Dann hieß es „Große Koalition“ und das Programm nannte sich „Völkerverständigung“, „Wirtschaftsdemokratie“, „Hineinwachsen in den Sozialismus“.

In Wirklichkeit aber gab es Panzerkreuzer, 33 Tote am 1. Mai 1929, gab es Verbot des Roten Frontkämpferbundes und maßlose Ausplünderung des Proletariats durch Rationalisierung, Youngplanverze, und immer neuen Lohn- und Unterstützungsabbau!

Dann hieß es „Regierung des kleineren Übels“ und das Programm nannte sich „Schutz vor dem Faschismus“!

In Wirklichkeit aber regnete es immer neue Notverordnungen, Demonstrationsverbote, Gewaltmaßnahmen, Ausplünderung an Löhnen, Unterstützungen, mit Steuerwucher und Zollraub, Aufschwärzung des Antifaschismus, Entrechtung der Arbeiter, der Arbeiterinnen und besonders der werktätigen Jugend.

Dann kam die Hindenburgwahl und das Programm nannte sich „Schlagt den Faschismus“!

Und dann jagte Hindenburg seinen treuen Diener Brüning

Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen! (Beifall.)

Wir wollen, daß gegen den Mordterror der Nazis, der von der Papen-Regierung entfesselt und legalisierten Mordkolonnen in ihren braunen Notverordnungsjacken, der gemeinsame rote Massenkampf aller Klassenbewußten Arbeiter geschaffen wird. (Bravos!)

Wir wollen, daß gegen die Diktatur-Notverordnungen der Papen und Schleicher, aber auch der Länderregierungen, wie Braun-Sebering in Preußen, der gemeinsame Massenkampf aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert, ob christlich oder freidenkerisch, eingeleitet wird!

Wir wollen, daß gegen die Aufrechthaltung der faschistischen Diktatur, gegen die Verschlagung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Presse, Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren! (Bravos! Lebhafter Beifall.)

Das sind unsere Vorschläge für die kämpfende rote Einheitsfront.

Das ist unsere Antwort auf die „Bedingungen“ des Herrn Stampfer, unsere Antwort auf die „Warnungen“ des sozialdemokratischen Parteivorstandes vor der Einheitsfront.

Die deutsche Arbeiterklasse mag selber prüfen und entscheiden, welche Politik richtig ist: die der „Bedingungen“, der „Warnungen“, d. h. des Kampfes gegen die Einheitsfront oder die Politik der Vorschläge für den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter gegen die faschistischen Todesfinsternis des Volkes!

Es ist klar, welche Entscheidung die Massen treffen. Die Tatsache, daß die Antifaschistische Aktion wächst und sich ausbreitet, daß das Banner des antifaschistischen Freiheitskampfes immer stürmischer von immer breiteren Millionenmassen in Deutschland entfaltet wird — das ist die Entscheidung für die kämpfende rote antifaschistische Einheitsfront! (Bravos!)

Wir sagen mit einem Wort von August Bebel: Nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf die Taten! Die Wirklichkeit, das Leben selbst mit seinen täglichen Kämpfen zwischen der proletarischen Klasse und ihren Todesfeinden, bringt die Lösungen der Antifaschistischen Aktion zur Geltung!

weg, setzte Papen und Schleicher ein, ließ die SA legalisieren und marschieren und wir standen dort, wo wir heute stehen:

Die Bourgeoisie hat die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur über Deutschland begonnen!

Die Leute, die den Massen des arbeitenden Volkes erzählten, die Republik von 1918 sei ihr Staat, die Reichswehr des Herrn von Schleicher sei ihr Volksheer, der kaiserliche Generalfeldmarschall sei ihr Kandidat gegen den Faschismus, haben den Massen solange zugeredet, sich auf die Schultern Hindenburgs zu stützen, bis diese Schultern sich in die Bajonette der faschistischen Diktatur verwandelt haben.

Und heute, wo die Saat ausgegangen ist, wo die herrschende Klasse bei der Ausübung ihrer Diktatur von den betrügerischen „demokratischen“ Methoden zu den faschistischen Herrschaftsmethoden übergeht, kommen dieselben Leute, die noch vor wenigen Wochen zur Wahl Hindenburgs trommelten, und geben die Lösung aus, für eine „zweite Republik“ zu kämpfen.

Ist das eine Lösung gegen den Faschismus?

Gibt es im Klasseninhalt einen Unterschied zwischen der Republik von 1918 und 1919, der Republik von Weimar, und der faschistischen Diktatur, wie sie von den Papen-Schleicher und Hitler aufgerichtet wird?

Wer das behauptet, der betrügt die Massen. Wer das behauptet, der will alle Lehren der geschichtlichen Erfahrungen von 1918 bis heute den Massen vorenthalten und verfältschen! Die Lösung der sogenannten „zweiten Republik“, d. h. zurückzugehen zur Weimarer Republik 1918/19 — das ist keine Lösung gegen den Faschismus, sondern ein Massenbetrug!

Das bedeutet, daß man die Massen abermals für jenen 14-jährigen Leidensweg einspannen will, der in der Republik bei Ebert und Haase begann und bei Papen, Schleicher und Hitler endete!

Wir sagen:

Nicht die Weimarer Republik, die Novemberrepublik ist vom Faschismus besiegt worden, sondern im Gegenteil: der Klasseninhalt der Weimarer Republik, die Diktatur der Bourgeoisie, hat im Faschismus, im Regime der Papen und Hitler ihre Erfüllung, ihre Vollendung, ihren kräftigsten, unverbüßtesten Ausdruck gefunden!

Kampf gegen Faschismus ist Kampf gegen Kapitalismus

Wir sagen:

Wer wirklich gegen den Faschismus kämpfen will, der darf nicht den Massen das trügerische Banner der bürgerlichen Demokratie vorantreiben, der darf ihnen nicht vorzählen, daß Demokratie und Faschismus zwei entgegengesetzte Systeme seien, von denen man das eine schlagen könne, indem man das andere verteidigt, sondern der muß klar aussprechen:

Kampf gegen den Faschismus — das ist Kampf gegen das kapitalistische System, proletarischer Klassenkampf!

Kampf gegen den Faschismus kann nicht geführt werden mit dem Ziel, an die Stelle der offenen Versähter der faschistischen Diktatur wieder ihre Wegbereiter zu setzen, an die Stelle Papens wieder Brüning, an die Stelle Schleichers wieder Goerner oder ähnliche Gestalten, sondern nur mit dem Ziel, die herrschende Klasse vernichtend zu schlagen und der Arbeiterklasse, den Werktätigen die volle Macht unter Hegemonie des Proletariats zu erringen. (Bravo, lebhaftest Zustimmung.)

Wer an einer Politik festhält, die Brüning führte, die in den bürgerlichen Lager die Macht brachte und die faktisch zu Papen und Hitler führte, der kämpft nicht gegen den Faschismus, sondern hilft dem Faschismus!

Wer den Faschismus schlagen will, muß für eine Arbeiter- und Bauernregierung und für ein freies sozialistisches Deutschland kämpfen!

Wer den Faschismus endgültig schlagen will, muß dafür kämpfen, daß an die Stelle der Reichswehr (Gustav Noske) und des Herrn von Schleicher und der Schupo der Herren Seering, Jörgel und Grzesinski die Nachorgane der streikreichen Arbeiterklasse treten: eine proletarische Armee und eine Arbeitermiliz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wenn die deutschen Arbeiter in der schweren und überaus ernsten Situation, die gegenwärtig vorhanden ist, angesichts der ungeheuren faschistischen Bedrohung erfolgreich kämpfen wollen, dann müssen sie die Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

Das vergessen, was geschehen ist und was zu der heutigen Lage geführt hat, sich mit Phrasen über die Vergangenheit hinwegsetzen — das wäre das größte Verhängnis!

Wer den Arbeitern vermeintlich vor schlägt, wer ihnen sagt: „Laßt alles Vergangene vergessen sein!“ — der schlägt ihnen die Waffen für den heutigen Tag aus der Hand!

Ohne Klarheit können wir den Feind nicht schlagen! Und wir müssen ihn schlagen, wenn wir die Existenz unserer Klasse, die Freiheit der proletarischen Bewegung und die sozialistische Zukunft des deutschen Proletariats verteidigen und sichern wollen.

Was die Papen, Schleicher, Gajl und ihre Helfer, die Hitler, Goebbels und Straßer, treiben und planen, das bedeutet, die deutsche Arbeiterklasse auf das Niveau der ausgeplünderten malaisischen Kolonialsklaven oder chinesischen Kulis herabzubringen.

Ein Verbot der kommunistischen Partei und aller revolutionären Klassenorganisationen des Proletariats — das ist eine Kriegs erklärung gegen jeden Arbeiter in ganz Deutschland!

Und wir sagen der herrschenden Klasse offen: Wir sind gewillt, daß die Millionenmassen des deutschen Proletariats diese Kriegserklärung, die in den Verbotsplänen der Papen-Regierung liegt, beantworten werden mit dem immer entschlosseneren Klassenkrieg an allen Fronten in ganz Deutschland bis zur Beseitigung der Papen-Regierung! (Beifall.)

Die kämpfende proletarische Einheitsfront hat im November 1918 das waffenstarrende wilhelminische Deutschland auf den Reichtthausen der Geschichte befördert. Feige und jämmerlich verkroch sich damals die monarchistische Offiziersmeute und das feudale Junkerghesinde.

Die kämpfende rote Einheitsfront des Proletariats hat 1920 die Kapp-Lüttich-Regierung der Junker und Generale in wenigen Tagen gestürzt.

Die kämpfende rote Einheitsfront hat 1923 mit der Waffe des Generalstreiks Cunos Diktatur zu Fall gebracht.

Wenn die Papen und Schleicher glauben, daß sie, gestützt auf ihre Sajakette und Maschinengewehre und die Hitlerschen Terrorbanden, unantastbar seien, so täuschen sie sich. Wenn sie sich einbilden, mit Verböten und Diktaturverordnungen, mit blutigem Terror und mit brutaler Gewalt die Arbeiter niederzuschlagen zu können, so täuschen sie sich.

Die Millionenmassen des deutschen Proletariats sind eine Tatsache, die keine Notverordnung des Herrn von Papen und kein Regimentsbefehl des Herrn von Schleicher aus der Welt schaffen kann.

Diese Millionenmasse und ihr Freiheitswille und ihr Kampfwille und die Verkörperung dieses Kampfs und Freiheitswillens, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats werden noch bestehen, wenn die Geschichte über Papen und Schleicher längst zur Tagesordnung geschritten ist. (Beifall.)

Wenn heute in Deutschland die Führer der Hitlerpartei dank der Politik der SPD-Führer sogar im roten Berlin die freche und provozierende Drohung aussprechen konnten, daß es ungewiss sei, ob die revolutionären Arbeiter im nächsten Jahr ihren 1. Mai-Kumtag noch begehen können, wenn die faschistischen Landsknechte, diese Hörenzollerbrüt, die sich wieder in Deutschland breitmacht, glaubt, Deutschland marxistenzeit machen zu können (Zwischenrufe: Niemals!), so antworten wir ihnen:

Ihr werdet euch an der granitenen Millionenfront der Antifaschistischen Aktion die Zähne ausbeißern! (Bravo und großer Beifall!)

Die Stiefel der marschierenden Arbeiterbataillone werden früher oder später auch die braune Nordpest in Deutschland niederstampfen und den faschistischen Meuchelmord endgültig auslöschen! (Stürmische Zustimmung.)

Alldings wird uns der Sieg über die Volksfeinde, über den Faschismus nicht in den Schoß fallen. Es gibt keinen größeren und schamloseren Betrug an den Massen, als wenn man ihnen erzählt: „Die Faschisten werden sich schon abwickeln lassen.“ Laßt sie schon regieren!

Jene Parole des „Anlassens“, wie sie Seering seiner Zeit prägte, muß aus höchster Geradmark und zurückgewiesen werden. Sie ist ein Schlag ins Gesicht jedes Antifaschisten, genauso wie das Wort Seerings in seiner Nienburger Rede, wo er der Papen-Regierung beifälligte, daß sie „gute Patrioten“ und von dem guten Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit besetzt seien.“ Nach dem 1. Mai Schlag ins Gesicht aller Antifaschisten

sozialdemokratischen Arbeiter. Und in den letzten Tagen schrieb der gleiche Seering im „Vorwärts“ vom 9. Juli wörtlich:

„Ich halte mich für besorgt, dem „Vorwärts“ zu beheimagen, daß er die Arbeiten der Regierungen des Reiches und Preußens stets nach besten Kräften gefördert hat. Er hat an der Arbeit der Kabinette mit deutschnationalen Männern anerkannt, was anzuerkennen war.“

Was erfordert der antifaschistische Kampf?

Der antifaschistische Kampf erfordert, daß wir in den Betrieben und auf den Stempelstellen alle Arbeiter zum Kampf gegen jede Unterdrückungs- und Raubmaßnahme der Bourgeoisie mobilisieren.

Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir den roten Massen selbstbewußt gegen den braunen Mordterror kämpfen!

Das bedeutet, daß wir unter allen proletarischen und werktätigen Schichten den Kampf um die Zerückgewinnung der Hitler-„Demagogie“, um die Zurückgewinnung der vom Hitler-Faschismus irreführten und verunsicherten Massen in die Klassenfront des Freiheitstempes betreiben!

Das bedeutet, daß wir angesichts des neuen Tributpaties von Lausanne die nationalfaschistische Demagogie der Bourgeoisie und ihrer Hitler-Dalaien vor den Massen entlarven und aufzeigen, daß nur der revolutionäre Ausweg aus der Krise durch den Sieg des Proletariats zugleich den Weg zur Freiheit von der imperialistischen Versailles-Sklaverei bringt!

Das bedeutet, daß wir die Streiks und Massenaktionen gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen die Zerückgewinnung der letzten Reste der Sozialversicherung, gegen Unternehmerrückgehe, gegen Zwangsarbeit organisieren und durchführen! Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir in ganz Deutschland rufen und trommeln für den politischen Massenstreik, ja für den Generalstreik, um damit die faschistischen Machthaber zu schlagen und die faschistischen Anschläge abzuwehren!

Antifaschistischer Massenkampf — das bedeutet, daß wir den 31. Juli nicht als einen Tag auslegen, wo man mit dem Stimmzettel, mit einem Stückchen Papier die Machtverhältnisse verändern könnte — denn das ist ein einfacher puter Schwundel, auf den heute nach allen bitteren Erfahrungen der vergangenen

Wir müssen offen aussprechen, daß mit solchen Parolen und solchen Worten eine neue Toleranzpolitik für die Papen-Schleicher-Regierung eingeleitet wird, wie sie heute in Preußen schon von der dortigen geschäftsführenden Regierung praktisch be lebten wird.

Mit antifaschistischem Kampf hat das alles nichts zu tun

Wahlen kein klassenbewußter Arbeiter mehr hereinfallen darf! Sondern daß wir diesen 31. Juli in den Dienst der Massen mobilisierung für den außerparlamentarischen Massenkampf stellen.

Wir müssen den 31. Juli zu einem Millionenbekenntnis für den antifaschistischen Freiheitstemp machen. Dabei gilt es, alle Wahlmüden an die Wahlurne heranzubringen, alle antiparlamentarischen Stimmungen zu überwinden, damit der 31. Juli ein mächtiger Antrieb für die Antifaschistische Aktion, ein mitreißendes Bekenntnis zur Sache der revolutionären Proletariats und zur einzigen antifaschistischen Kraft ergibt!

Antifaschistischer Massenkampf — das bedeutet, alle Kampfmethoden anzuwenden und alle Kampforgane zu schaffen, um einen neuen roten Vormarsch der Arbeiterklasse durchzusetzen!

Dazu ruft die Antifaschistische Aktion!

Die Antifaschistische Aktion — das ist keine neue Organisation neben den alten. Denn wir brauchen keine neuen Organisationen. Antifaschistische Aktion — das ist die lebendige Wirklichkeit der von unten her, von den Massen geschaffenen, kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus!

Mit besonderem Nachdruck muß sich die Antifaschistische Aktion die Aufgabe stellen, die Massen des Jungproletariats, der Jungarbeiter und Arbeitermüdel, zu mobilisieren, die vom den Angriffen des kapitalistischen Systems, von den Plänen der Arbeitsdienstpflicht, der faschistischen Verklawung und nationalfaschistischen Verhehung am meisten bedroht werden.

Die Freiheitsarmee der antifaschistischen Kämpfer gegen die faschistischen Machthaber

Die Machthaber der heute wollen Rüstungspolitik, militärische Verhehung der Jugend und imperialistische Kriegshekel!

Die Massen wollen weder Militarismus noch Krieg!

Die Machthaber von heute wollen die Hungerperücke schwarzeiler kapitalistischer Scharfmaherei über die arbeitende Bevölkerung schwingen und das herrschende Elend vervielfachen. Die Massen wollen nicht länger Not, Hunger, Armut und Elend kampflös erdulden!

Die Machthaber von heute wollen beispiellose Reaktion, brutalen Terror und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, Verbote, Verbote und immer neue Verbote.

Die Massen wollen sich nicht länger entrechten, unterdrücken, knechten und mit Füßen treten lassen.

So scharf sind die Klassenfronten in Deutschland geworden:

Dort die Tributarmee der herrschenden Klasse

in ihren Notverordnungsjacken! Dort die Unter-

nehmergeißel! Dort das faschistische Rutenbündel!

Hier die Freiheitsarmee aller antifaschistischen

Kämpfer für ein neues, freies, sozialisti-

ches Deutschland!

Die Freiheit und Zukunft marschieren in unseren Reihen — in

den Reihen der Antifaschistischen Aktion, die heute schon eine Bewegung von vielen Hunderttausenden der besten Klassenkämpfer ist und morgen die Millionenbewegung aller Antifaschisten sein wird!

Die antifaschistischen Kämpfer in Deutschland denken bei der Behandlung der Probleme des Kampfes gegen den Faschismus an die Ereignisse in Italien. Das italienische Beispiel mahnt nicht nur das Weltproletariat, sondern zeigt vor allem auch der deutschen Arbeiterklasse in der heutigen Situation, daß jedes Zögern und Säubern maßloses Elend hervorruft würde.

In Italien wird der Arbeiter tyrannisiert. In den Vipari-Sümpfen verrecken Tausende der besten antifaschistischen Kämpfer. In den italienischen Städten strecken hungrige Kinder den Reisenden ihre Hände entgegen. Die Kleinhäuer werden in Italien von der Steuerlawine immer mehr zerplatzt und von der Scholle verjagt. Der Aufhitzers, dieses Landsknechts der Industriekönige und Junker nach dem sogenannten „Dritten Reich“ zeigt, daß die Faschisten auch in Deutschland die Tyrannei und Barbarei Mussolinis aufzurichten wollen.

In Italien haben die führenden Reformisten vom Schläge D'Aragnona sich offen zum Faschismus bekannt. Das ist eine ernste Warnung für die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter auch in Deutschland.

Das einzige Land ohne Faschismus

Wir kennen ein Land, in dem es keinen Faschismus gibt! wo es undenkbar wäre, daß die faschistischen Meuchelmörder auf den Straßen der Arbeiterviertel ihr blutiges Handwerk ausüben könnten wie in Deutschland: das ist die Sowjetunion!

Dort herrscht nicht die Diktatur der Bourgeoisie, wie in allen kapitalistischen Ländern, in den Ländern der Demokratie und des Faschismus. Dort herrscht die proletarische Diktatur, die eine Diktatur der gewaltigen werktätigen Millionenmassen über eine ganz geringe Minderheit der Kapitalisten, der Ausbeuter darstellt und die wirkliche proletarische Demokratie ist. Dieses Land, in dem es keine Erwerbslosigkeit gibt, zeigt den Proletariats aller Länder das große Beispiel des revolutionären Auswegs und des Aufbaues des Sozialismus (Stürmischer Beifall).

So fühlen wir uns in unserem antifaschistischen Kampf engste verbunden mit dem internationalen Proletariat. Der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland, das ist zugleich Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, das ist zugleich aktive Solidarität mit den vom Faschismus blutig unterdrückten proletarischen Klassenbrüdern in Italien, Polen, auf dem Balkan (lebhaftest Zustimmung).

Wir senden von dieser Stelle allen antifaschistischen Kämpfern, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, die brüderlichen und revolutionären Grüße. (Bravo!)

Wir gedenken am heutigen Tage aller jener namenlosen Kämpfer, die auf dem Schlachtfeld der Freiheit im Kampf gegen den blutigen Faschismus von uns gerissen wurden. (Der Kongreß erhebt sich.) Ich stelle fest, daß der Kongreß sich zu Ehren der gemeuchelten und gefallenen Freiheitskämpfer von den Sigen erhoben hat. Ich danke euch!

Wir erheben besonders unser Sturmbanner gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher. Der ein Land wie die Sowjetunion an der Gurgel lassen will, der greift die Lebensinteressen des Proletariats in Deutschland und der ganzen Welt an und der wird es mit den revolutionären Arbeitern in der ganzen Welt zu tun bekommen! (Bravobender, langanhaltender Beifall.)

Eure heutige Tagung kann, wenn wir alle gemeinsam unsere Pflicht erfüllen, eine große Bedeutung für die kommenden Kämpfe gewinnen. Von hier aus muß ein lebendiger Strom des Einheitswillens und des Kampfwillens in die Lande hinausgehen, der Hunderttausende mit sich reißt und zu antifaschistischen Freiheitskämpfern macht.

Hier soll nicht nur durch die Waffe ein...

Reichsausschusses der Antifaschistischen Aktion

ein Organ geschaffen werden, daß die zahlreichen in ganz Deutschland bestehenden Körperschaften der proletarischen Einheitsfront zu einer großen, gemeinsamen Freiheitsarmee zusammenschließt und leitet.

Hier soll der Austatt für die beginnende Antifaschistische Kampfwoche gegeben werden.

Hier soll zugleich durch die Annahme eines

Manifestes der Antifaschistischen Aktion

ausgesprochen werden, was die Ziele sind, für die wir die Einheitsfront der Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und sonstigen Organisationszugehörigkeit für die jetzigen Kämpfe kämpfen wollen.

Hier soll schließlich ein

Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion

beschlossen werden, das in Zukunft in jeder Arbeiterversammlung von den Massen feierlich beschlossen und bekräftigt werden soll und das in wenigen Sätzen zusammengefaßt, das Wollen und die Zielsetzung der Millionen antifaschistischer Freiheitskämpfer von ganz Deutschland zum Ausdruck bringen muß.

So wie im Freiheitskampf der chinesischen Arbeiter und Bauern lange Zeit hindurch in allen Versammlungen der chinesischen Werktätigen der Brauch bestand, das Testament Sun-Yat-Sens, des großen nationalrevolutionären Führers, zu Beginn feierlich zu verlesen, so muß es in Zukunft

eine Ehrenpflicht der klassenbewußten Arbeiter sein, in jeder Zusammenkunft von Proletariats das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion gemeinsam zu sprechen.

So wollen wir uns, wir deutschen Arbeiter und Antifaschisten, jedertags ins Bewußtsein rufen, welche Kampfaufgaben vor uns stehen und gelöst werden müssen, wenn wir unsere Pflicht als klassenbewußte Arbeiter und antifaschistische Freiheitskämpfer erfüllen wollen.

Geschoffen, ich schlage eurem Kongreß diese beiden Dokumente: Das Manifest der Antifaschistischen Aktion und das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion zur Annahme vor.“

Genosse Thälmann schließt mit der Verlesung des Kampfgelöbnisses der Antifaschistischen Aktion unter lärmlichem Beifall des Kongresses.

Kampf gegen Hunger und Frost im Stadtparlament

Forderungen der Breslauer Erwerbslosen — Einheitsfront der Tribüne — Stadtverordnetenvorsteher Friedrich als Breslauer Diktator — Faschistische Gewaltmethoden gegen den Genossen Zylla

Breslau, 2. Dezember. Im Breslauer Rathause spielten sich gestern anlässlich der Stadtverordnetenversammlung Szenen ab, wobei die Methoden, die Vertreter der Arbeiterschaft mundtot zu machen, auf diese aufgezeigt wurden.

Die Sitzung begann mit der Einführung des neuentretenden deutschnationalen Schöpe für den durch einen Skandal bloßgestellten deutschnationalen Gewerkschaftssekretär Büchner.

Genosse Guhr stellte fest, daß selbst der Magistrat zugeben muß, daß die Angestellten der Volkshilfsstellen trotz der großen Erwerbslosigkeit bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit überstundenlos arbeiten müssen.

Um dem Wunschspruch „Nehmen ist seliger denn Geben“ gerecht zu werden, verlangte eine weitere Vorlage die Übernahme einer Bürgerpflicht von 25 000 Mark auf die Dauer von fünf Jahren für den katholischen Gesellenverein durch die Stadt.

Genosse Brodde als Sprecher der Kommunisten verpflichtete die vom Zentrum-Spitzen vorgetragene Bittschrift. Genosse Brodde stellte fest, daß diese 25 000-Mark-Bürgerpflicht ein Mittel zum Zweck der Volksverdummung sind.

Die Vorlage wird dann mit Mehrheit gegen S.P.D., S.N.P. und S.P.D. angenommen. Um die Koalitionswilligkeit der Nazis mit dem Zentrum zu beweisen, stimmen die drei Parteien für Rom.

Vorsteher Friedrich gegen die Armen

Als letzte Vorlage, die zu den bereits oben skizzierten faschistischen Methoden und der Mundtotmachung der Sprecher der Hungernden und Frierenden führte, kommt dann die Vorlage 313 auf die Tagesordnung.

„Die Ausgabe der Kohlen- und Lebensmittelscheine erfolgt rückwirkend ab 15. Oktober, wie in der Sitzung vom 20. 10. 32 beschlossen worden ist. Desgleichen ist auch die Erhöhung der Lichtsätze ab 1. November durchzuführen.“

Eistein (S.N.P.) fordert die Bereitstellung der erforderlichen Mittel aus dem Haupt-Extraordinarium.

Zilch (S.P.D.) münzt die Betreuung der Hungernden und zeigt einige Mißstände auf. Zilch muß bekennen, daß der Magistrat erst auf den Druck der kämpfenden Breslauer erwerbslosen Frauen hin die Kohlenheine statt im Dezember schon im November ausgegeben werden mußten.

Genosse Zylla widerspricht den Ausführungen des Kammerers. Stadtrat Daumann hat ja selbst erklärt, daß für Winterhilfsmaßnahmen Mittel bereitgestellt worden sind.

weisung ist notwendig, sondern die bereits zutage getretenen Mißstände erfordern eine sofortige Behandlung.

Der Kammerer beweißt abermals die Dedeung. Pletsch (S.N.P.) ersucht als Dedeung eine Erhebung eines Berufsgebührentrages vorzunehmen.

Polizei gegen Hungernde

Während im Stadtverordnetenraate die Kommunisten um die Zulassung der Anträge der Hungernden und Frierenden kämpften, erschallten auf dem Ring Rufe nach Brot von dort befindlichen Erwerbslosen.

Bei Eröffnung der unterbrochenen Sitzung wird die Ueberweisung des kommunistischen Antrages an den Ausschuß VIII bekanntgegeben.

Der Sprecher der Erwerbslosen, Genosse Zylla, brandmarkte dieses Verhalten. Die hungernden und dem Frost ausgelieferten Erwerbslosen können nicht erst auf das Begräbnis im Ausschuß VIII warten, sondern sie verlangen sofortige Beratung.

„Die Unterzeichneten beantragen: Die vom Magistrat beschlossenen Winterhilfsmaßnahmen werden wie folgt ergänzt:

Tribünenbesucher gehen mit den Kommunisten

Friedrich will den Tribünenbesucher hinausweisen lassen.

Zylla: Soweit sind wir noch nicht, jeder hat das Recht zu kritisieren. In seinen weiteren Ausführungen stellt Genosse Zylla die angelegliche Bedürftigkeitssprüfung fest.

Genosse Zylla zeigte an einigen Fällen, wie man mit den Opfern des Hungers und des Frostes umspringt. Um den Opfern eine bessere Winterhilfe zu gewähren, wurde folgender Antrag gestellt:

Die Unterzeichneten beantragen:

- Der Magistrat wolle beschließen die Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe in Höhe von 20 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 10 Mark für die Ehefrau, 5 Mark für jedes Kind.

Zur Dedeung der dadurch entstehenden Ausgaben werden folgende Beträge veranschlagt:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'vom Haupt-Extra-Ordinarium 300 000 M' and 'durch Streichung der noch nicht gezahlten Subventionen für die Breslauer Theater, Sinfonische Philharmonie, Flugverkehr 250 000 M'.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

„Die Unterzeichneten beantragen: Der Magistrat wolle beschließen:

- Dem Solidaritätsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft werden mit sofortiger Wirkung in allen Stadteilen Räume, Kessel und Einrichtungsgegenstände zur Errichtung von Wärmehallen und Speisestellen für die Erwerbslosen zur Verfügung gestellt.

Der Vorsteher versucht, dem Genossen Zylla das Wort zu entziehen.

Der Vorsteher verlangt den Ausschluß des Genossen Zylla. Als der Stadtverordnetenvorsteher dem Genossen Zylla aus der Sitzung ausschließt, läßt er die Tribüne räumen.

Unter Rufen: „Nieder mit der Hungerdiktatur!“ — „Ihr habt keinen Hunger, ihr sitzt auf eurem Geld!“ mit „Rot-Front!“-Rufen und unter „Freiheit!“-Rufen der sich mit den Kommunisten solidarisch erklärenden Reichsbannerleuten wird die Tribüne unter der Leitung Günthers von der politischen Abteilung geräumt.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

Genosse Zylla bewußtete die vom Magistrat vorgenommene Speisung der alleinstehenden Personen durch die Mittelhandflächen.

Die Ausgabe von Kohlenheinen erfolgt auch an solche alleinlebende Unterstützungsempfänger, die in möblierten Zimmern wohnen.

Das Quantum der Milch, das für die Kinder unter zwei Jahren an Stelle der Brotmarken gegeben wird, ist von ein Viertel auf ein Viertel Liter pro Tag zu erhöhen.

Für kinderreiche Familien werden die Brotmarken in vollem Umfang ausgegeben, und nicht, wie bisher, ab der 6. Person nur 1 Pfund in der Woche.

Genosse Zylla trägt den Magistrat, ob er der Meinung sei, daß die Erwerbslosen in möblierten Zimmern von liebevollen Zimmervermieterinnen die Zimmer umsonst geheizt bekommen.

Genosse Brodde erklärte weiterhin, daß die Polizei schon wieder Arbeitstote verhaftet. Den Arbeitstoten wird durch diese Methode auf das Beste eingehämmert, daß sie sich auf parlamentarische Aktionen und Beschlüsse nicht verlassen dürfen.

Genosse Brodde: „Ihr werdet reichlich mit allen reden!“ Unter dem Beifall der Tribünenbesucher beendet Genosse Brodde seine Anklagerede.

Genosse Brodde erklärte weiterhin, daß die Polizei schon wieder Arbeitstote verhaftet. Den Arbeitstoten wird durch diese Methode auf das Beste eingehämmert, daß sie sich auf parlamentarische Aktionen und Beschlüsse nicht verlassen dürfen.

Genosse Brodde erklärte weiterhin, daß die Polizei schon wieder Arbeitstote verhaftet. Den Arbeitstoten wird durch diese Methode auf das Beste eingehämmert, daß sie sich auf parlamentarische Aktionen und Beschlüsse nicht verlassen dürfen.

Ein letztes Rot Front!

Am Sonntag, dem 27. November, ist unser langjähriges Mitglied, der rote Betriebsrat der Straßenbahn, unser Kollege Erich Zeise, an einer Proletarierkrankheit verstorben.

Wir verlieren in ihm einen Kollegen, der sich für die Befreiung des Proletariats von dem Joch des Kapitalismus, für die Revolution, unermüdet, ohne Rücksicht auf seine Gesundheit, einsetzte.

Wir wissen aber, daß er in einem Sonntagsraute die Mittel gehabt hätte, seine Gesundheit wieder herzustellen, die ihm im kapitalistischen System verjagt worden sind.

Wir geben unserem Kollegen das letzte Geleit und geloben, in seinem Sinne weiter zu kämpfen und nicht eher zu ruhen, bis sein und unser Ziel erfüllt ist.

Die Einäscherung findet heute Freitag, dem 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Arematorium Gräbischen statt.

Wir rufen alle Kollegen auf, zu der Einäscherung unseres Kollegen zu erscheinen, um die Verbundenheit mit unserem Genossen zu beweisen.

Masch

Heute Freitag 20 Uhr Vortrag über „Moderne Literatur und Marxismus“. Referent Genosse Arno. Unkostenpreis 10 und 15 Pf.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gaffron, in Breslau. — Für die übrigen Sektionen: Alfred F. J. Berlin. — Für Inserate: Albert Calla, in Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H. Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Weiß Zähne: Chlorodont

Die Zahnpaste die von mehr als 5 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität.

Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

PROLETON Tonfilmbühne Gabsitzstraße 20 Höfchenstraße 49. Der stärkste Publikumserfolg der neuen Saison. Mädel im Boot. Die Geschichte der ersten Mädchenliebe, von Un- erfahrenheit, Irrungen und Liebe mit Karin Hardt, Th. Loos und den Mitgliedern des Ruderklubs Seeschwalbe. Willig Fritsch Der Fredadach. Ein witziges, charmantes, übermütiges Lustspiel mit Camilla Horn, Ralph Arthur Roberts, Elsa Elster. Neueste Tonwochenschau — Wochent. Eintritt Erwerbl. ab 30 Pfg. Täglich 4,30 Uhr, 6 Uhr und 8,45 Uhr. Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 1/3 3 Uhr: Kindervorstellung: „Charlie Chaplin“ Kurzfilme und Tonfilmprogramm Arbeiter-Sport-Karteil. Kinder ab 20 Pfg.

RUND UM DEN ERDBALL

Einwanderungssperre in Argentinien

Nach dieses letzte Emigrationsland schließt seine Tore — Nur noch mit gefüllten Briefstaschen kann man nach Argentinien gelangen

Buenos Aires, 30. November. In Argentinien wurde ein neues Einwanderungsgezet erlassen, demzufolge nur solche Ausländer nach Argentinien einwandern dürfen, die nachweislich über größere Vermögen verfügen.

Argentinien gehörte vor dem Kriege zu denjenigen Ländern, in das man am leichtesten einwandern konnte. Die Auswanderer entschlossen sich nur sehr schwer, nach Argentinien zu gehen. Man pflegte nur hinzugehen, wenn man schon gar keine anderen Möglichkeiten mehr hatte. Als Haupteinwanderungsland und als Ziel der meisten Auswanderer galt damals die Vereinigten Staaten von Amerika. Immerhin mußte man bei der Einwanderung den Besitz einer — wenn auch geringen — Summe nachweisen. Argentinien verlangte damals gar keine Vermögen. Im Gegenteil: Die argentinische Regierung war an einer Einwanderung sehr stark interessiert und finanzierte auch die Schiffsgesellschaften, damit sie die Fahrpreise für eine Reise nach Argentinien ermäßigten. Denn ungeheure Gebiete liegen in Argentinien brach und warten auf die Erschließung.

Die Lebensbedingungen in Argentinien waren seit jeher die denkbar schlechtesten. Der Mitteleuropäer konnte sich nur sehr schwer an das dortige Klima gewöhnen. Die Industrie in Argentinien ist nur sehr schwach entwickelt. Möglichkeiten gab es hauptsächlich für solche, die sich in der Landwirtschaft betätigen wollten. Und auch da konnte sich nur der durchs Leben schlagen, der den Strapazen dieses Klimas gewachsen war.

Auch in den Nachkriegsjahren, als sich schon die meisten Länder gegen die Einwanderer abschlossen, machte man in Argentinien der Einwanderung noch keine Schwierigkeiten.

Nun kam die Krise. Sie brach mit besonderer Wucht über Argentinien als Agrarland aus. Argentinien ist ein Land,

das hauptsächlich Weizen und Mais produziert. Aber gerade für diese Produkte ist am wenigsten Absatz vorhanden. Die Arbeiterklasse in der ganzen Welt hungert. Überall gibt es Millionen Arbeitslose, deren Konsumkraft auf ein Minimum herabgesunken ist. Dies hat dazu geführt, daß die Farmer Argentiniens, die seinen Absatz für ihre Produkte finden, in ungeheurem Not sind. In Argentinien herrscht die schärfste reaktionäre Diktatur. Mit Feuer und Schwert werden die vereinten Bauernmassen hier gehalten, wird gegen die Arbeiterklasse vorgegangen.

Nun hat Argentinien seine Tore für die Einwanderer geschlossen. Dies aus zwei Gründen: Erstens befürchten die Diktatoren Argentiniens, daß die Einwanderer mit sich den Bolschewismus bringen. Zweitens wollen sie gerade eine weitere Erschließung des Bodens, eine Hebung der Produktion verhindern. Gewalttätige Ladungen von Getreide werden ins Meer versenkt. Und da will man nicht zulassen, daß noch mehr produziert wird. Dies sind die Hauptursachen der Einwanderungssperre.

Mit der Sperrung der Einwanderung nach Argentinien hat so ziemlich das letzte Einwanderungsland seine Pforten geschlossen. Es gibt für den europäischen Auswanderer heute keine Möglichkeiten mehr. Es gibt kein Land, in das man noch emigrieren kann. Dies bedeutet noch mehr wie früher, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes sich in dem Lande, in dem sie lebt, die Lebensbedingungen erkämpfen muß. Nur durch die Niederwerfung des Kapitalismus im eigenen Lande kann man aus dem Elend herauskommen, kann man die Lebensmöglichkeiten schaffen, neue Lebensmöglichkeiten unter dem Sozialismus.

Gesetzlicher Giftmord in Amerika

Zahllos sind die schändlichen Morde der amerikanischen Klassenjustiz. Gerade in dem Lande der Dollarhünen und Tischtüfeln zeigt sich die Justiz krasser und unerbittlicher als die Beschüherin der herrschenden Klasse. Bisher geschah die Morde unter besonders „humanen Umständen“, wie durch den elektrischen Stuhl, wo der Delinquent durch Anlegen einer elektrischen Kopfmaste bei lebendigem Leibe gefoltert wurde. Stellte diese Art kapitalistischer Gerechtigkeit schon eine entsetzliche Grausamkeit dar, so soll diese Ungehörlichkeit noch übertroffen werden. Aus Neuwad kommt die Nachricht, daß in Carlson im State Newada gegenwärtig die letzten Vorbereitungen zur Hinrichtung eines zum Tode verurteilten Sträflings getroffen werden. In eine kleine Kammer, in der sich der Delinquent befindet, soll Giftgas eingelassen werden, und durch ein Fenster werden einige auserwählte Lumpenbürger beobachten, wie der Mensch von den giftigen Gasen betäubt wird und seinem Ende entgegengeht. Der Sträfling als Versuchsanimchen für das nächste imperialistische Weltgemetzel — kennzeichnet zur Genüge die Praxis des Kapitalismus.

2. Internationales Polarjahr

Auf der Sitzung des Präsidiums des Zweiten Internationalen Polarjahres erklärte der in Moskau weilende Vorsitzende der Internationalen Kommission, der dänische Gelehrte Professor Lauer:

„Die Forschungen der Sowjetunion in den Polarländern interessieren die internationale Kommission außerordentlich. Die Sowjetunion hat in der Arktis glänzende Siege errungen, und ich gratuliere dem Sowjetkomitee herzlich.“

In der Sitzung des Komitees wurden zwei Berichte erstattet, der eine vom Chef der Expedition auf dem Schiffe „Anipowitsch“, Prof. Subow, der andere vom Chef der Expedition nach Franz-Joseph-Land, G. Ushakow.

Prof. Subow berichtete über die Rekordfahrt auf dem „Anipowitsch“, der mit einem Heizstoffvorrat für dreißig Tage und einem Nahrungsmittelvorrat für vierzig Tage 3000 Meilen zurückgelegt und zum erstenmal in der Geschichte der Polarfahrten Franz-Joseph-Land umschiffte.

Außerordentliches Interesse rief der Bericht G. Ushakows hervor, der mit drei anderen Genossen zwei Jahre auf Sewernaja Semlja zugebracht hat. Ushakow hat gemeinsam mit seinen Gefährten zur Untersuchung der Inselgruppe von Sewernaja Semlja unter den schwierigsten Verhältnissen 6000 Kilometer zurückgelegt und eine vollständige topographische und geologische Aufnahme von Sewernaja Semlja gemacht.

Die Deutsch-Sowjetische Gesellschaft „Kultur und Technik“ ruft am 25. November in Moskau eine Konferenz über die Probleme der Korrosion der Metalle ein. Auf dieser Konferenz werden einige bedeutende deutsche Fachleute Referate halten. Z. B. der wissenschaftliche Mitarbeiter des Physikalisch-Technischen Instituts in Berlin, Dr. L. Graf, Dr. G. Schiffor, der über die Theorie der Korrosion von Eisen und seiner Legierungen sprechen wird, ferner ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Krupp-Betriebes in Essen. Außerdem werden die deutschen Gelehrten über die Fragen der Korrosion der Metalle noch Konsultationsabende veranstalten.

Aus aller Welt

3000 Tote die Opfer des letzten Orkans auf Kuba

Die kubanische Regierung teilt amtlich mit, daß bei dem Wirbelsturm, der kürzlich über einen Teil des Landes hinweggegangen ist, dreitausend Personen getötet worden sind.

Ein furchtbarer Lustmord an einem Knaben

Strasbourg, 1. Dezember. Ein scheußliches Verbrechen, das an einem elfjährigen Knaben einer hiesigen angesehenen Familie begangen wurde, ist in der Vorstadt Maastricht entdeckt worden. Arbeiter fanden die Leiche des Knaben völlig nackt im Felde liegen. Die Kleider lagen mehrere hundert Meter von der Leiche entfernt. Der Körper des Knaben wies 29 Stiche, darunter eine tiefe Wunde am Hals auf. Vor dem Tode scheint der Knabe auf die schändlichste Art mißbraucht worden zu sein. Von dem Täter hat man bisher keine Spur.

Ein Riesenfeuer im Belgrader Hauptbahnhof

Belgrad, 1. Dezember. Im hiesigen Hauptbahnhof brach heute kurz nach Mitternacht ein großer Brand aus. Das Feuer war durch einen schadhaften Kamin im Dachstuhl entstanden und breitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit über einen großen Teil des Bahnhofsdaches aus. Sämtliche Belgrader Feuerwehren rüdten mit ihren Löschzügen an und arbeiteten die ganze Nacht hindurch an der Eindämmung des Brandes. Erst in den Morgenstunden gelang es, dem Feuers Herr zu werden, das einen Schaden von mehreren hunderttausend Dinar angerichtet hat. Der Zugverkehr, der eine Zeitlang Störungen unterworfen war, konnte nach Löschung des Brandes wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

In dem Dorfe Bracht (Niederrhein) hob die Polizei eine Falschmünzwerkstatt aus, die in einem Hühnerstall untergebracht war. Man fand zahlreiche falsche Fünfmärkstücke.

In Zwickau hat der badiische Oberverwaltungsinspektor Demrich sich erschossen, weil er Betrugsteuerungen in Höhe von 14 000 Mark begangen hat.

Auf der Madrider U-Bahnstation Granvía stürzte ein vollbesetzter Fahrgast durch Seilbruch 15 Meter tief ab. 18 Personen wurden schwer verletzt.

Im Aermekanal wurden bei schwerem Sturmwetter zwei Mann des englischen U-Bootes „Thames“ über Bord gespült. Sie ertranken.

Fünf Kinderleichen in Apfelstiefen

Ein gräßliches Verbrechen

Newport, 1. Dezember. In der Stadt Kobburn im kanadischen Staate Manitoba wurde die Polizei durch einen anonymen Brief auf die Spur eines gräßlichen Verbrechens gebracht.

Die Polizei gibt der Mitteilung nach und es gelang ihr, in der Nähe einer einsamen Farm fünf Kinderleichen, die in Apfelstiefen verpackt waren, auszugraben. Es handelt sich um fünf neugeborene Kinder, die erstickt worden sind.

Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden der Besitzer der Farm und seine Haushälterin verhaftet. Das Rätsel des Kindesmordes bleibt aber noch ungeklärt, da man den beiden die Tat nicht auf den Kopf zusagen konnte. Die Polizei setzt ihre Feststellungen fort.

Feuertamp im Postamt

Zwei Tote, sieben Verletzte

Warschau, 1. Dezember. Auf dem Postamt in Grodzel Jagiel-sonka bei Lemberg wurde am Mittwoch ein blutiger Raubüberfall verübt. Zwei Personen wurden getötet und sieben verletzt. Der Überfall hatte folgenden Verlauf:

acht maskierte und mit Revolvern bewaffnete Männer drangen in das Postamt, in dem sich zwei Beamte und ein Postdiener sowie vier weitere Personen befanden, ein und eröffneten sofort das Feuer. Die Beamten setzten sich mit der Schußwaffe zur Wehr, und es entspann sich ein regelrechter Nahkampf, in dessen Verlauf zwei Banditen getötet wurden und sämtliche Anwesenden auf dem Postamt Verletzungen davontrugen.

In Hamburg wurde die 36jährige Frau eines Gemüsehändlers von einem Kunden in ihrem Gemüseteller besinnungslos geschlagen. Der Täter raubte 135 Mark.

Zwölf Jahre armenische Sowjetrepublik

Von einem 80prozentigen Analphabetismus bis zu seiner vollständigen Liquidierung

Moskau, 1. Dezember 1932. Gestern feierte die Armenische Sowjetrepublik ihren zwölften Jahrestag. Vor nunmehr zwölf Jahren haben die Werktätigen in dem von den Bolschewiken (die Partei der nationalistischen armenischen Bourgeoisie) ausgeraubten und zugrunde gerichteten Armenien unter Führung der Kommunistischen Partei die Sowjetmacht aufgerichtet. Diese Sowjetmacht hat ein vollkommen verheertes und zerstörtes Land übernommen müssen.

Über 35 Prozent der armenischen Bevölkerung waren infolge der Hungersnot, der Krankheiten und des weißen Terrors zugrunde gegangen. Dank der ungeheuren Energie und der Begeisterung der jungen kommunistischen Partei Armeniens konnte der Wiederaufbau des Landes sowie der sozialistische Aufbau konkret in Angriff genommen werden. Die richtige Durchführung der Leninischen Nationalitätenpolitik der Partei hat Sowjetarmenien eine nie dagewesene wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung gesichert.

Die Arbeiterklasse Armeniens ist in diesen zwölf Jahren ungeheuer gewachsen. Die Zahl der Industriearbeiterklasse, die sich im Jahre 1913 auf insgesamt 5000 belief, beträgt jetzt, im Jahre 1932 über 60 000. Der Wert der Gesamtproduktion der armenischen Industrie beträgt im laufenden Jahr 140 bis 150 Millionen Rubel gegen 2 Millionen Rubel des kapitalistischen Armeniens. Im Jahre 1919 betrug die Gesamtkapazität der armenischen Kraftwerke nur 450 Kilowatt. Gegenwärtig beträgt sie 36 000 Kilowatt.

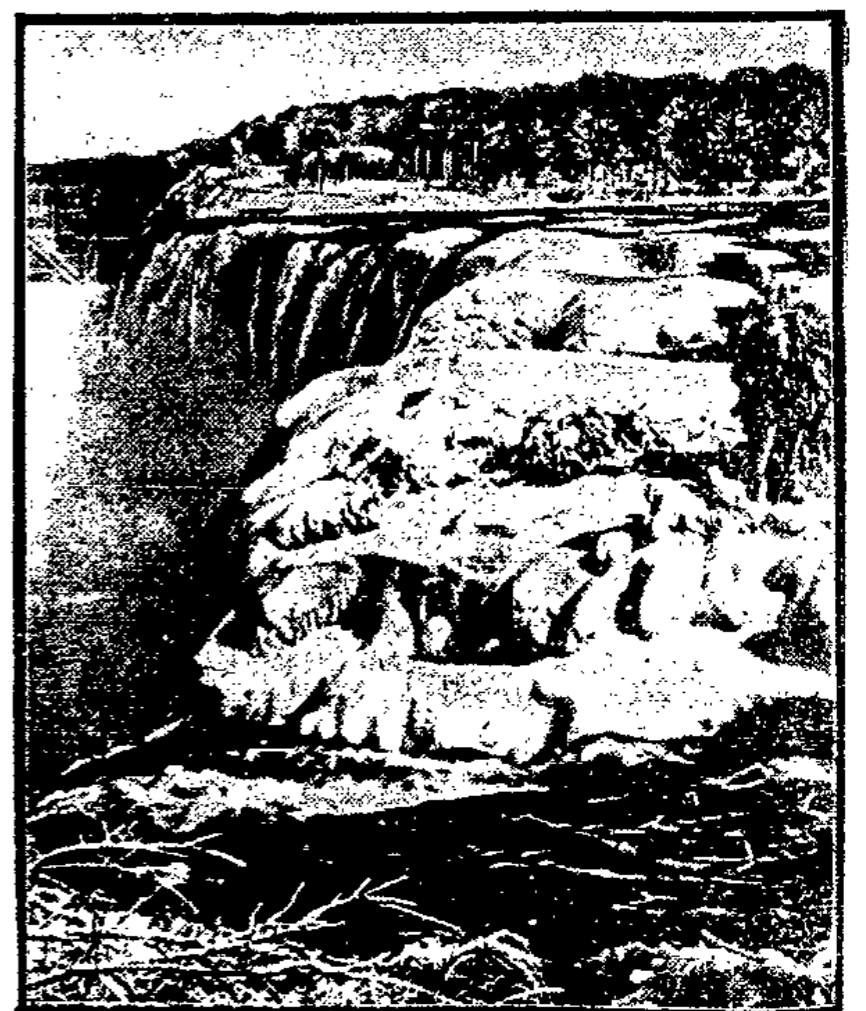
Am 15. November wurde das elektrische Herz Armeniens, das neu erbaute Kraftwerk Dzorages, dem Betrieb übergeben. Auch die Landwirtschaft von Sowjetarmenien hat eine ungeheure Entwicklung erfahren. Die landwirtschaftliche Produktion Sowjetarmeniens betrug im Jahre 1931 bereits 108 Millionen Rubel gegenüber 24 Millionen Rubel im Jahre 1919. Der Aufschwung der armenischen Landwirtschaft ist das Ergebnis ihrer sozialistischen Umgestaltung, ein Ergebnis der gewaltigen Entwicklung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften.

Der kulturelle Aufstieg der werktätigen Bevölkerung von Sowjetarmenien wird aus den Angaben über die Liquidierung des Analphabetentums deutlich ersichtlich. Unter der zaristischen Herrschaft waren 80 Prozent der armenischen Bevölkerung Analphabeten. Gegenwärtig genießen 216 700 Personen Schulunterricht. Anjara 1932 wird das Analphabetentum unter den Erwachsenen völlig beseitigt sein. Für die Kinder ist in Sowjetarmenien die allgemeine Schulpflicht eingeführt.

In Eriwan, der Hauptstadt Armeniens, gibt es schon jetzt keine Analphabeten mehr. Sowjetarmenien besitzt sieben

Hochschulen, ein medizinisch-chemisches Institut, ein Institut für Tierheilkunde, ein Bauinstitut, ein pädagogisches Institut, ein Handels- und Genossenschaftsinstitut und ein Konservatorium. Die Hochschulen, Techniken und Arbeiterfakultäten von Sowjetarmenien zählen insgesamt 31 200 Hörer.

Die Niagarafälle unter einer Schneedecke



Unser Bild gibt die berühmten Niagarafälle an der kanadisch-amerikanischen Grenze wieder, die jetzt nach dem ersten Schneefall ein besonders reizvolles Aussehen haben.

Erwerbslosen schließt euch zusammen zur

Einheitsaktion um die Deffnung der Kohlenhalde

Waldburg. Infolge Schachtarbeiten traten auf dem Lorenberg Kohlenflöße zu Tage. Die Kohle ist durch die geringe Tiefe minderwertig und wird niemals abgebaut. Da den Erwerbslosen Bergleuten von den Hundstausenden Tonnen Kohlen, die sich auf den Halde gen Himmel türmen, nichts gegeben wird, sind diese gezwungen, an solchen Stellen wie hier auf dem Lorenberg ab und an selbst Kohle zu holen. Die Polizei geht gegen Arbeiter, die es wagen, an dieser Stelle Kohlen zu holen, damit ihre Frauen und Kinder nicht erfrieren, mit aller Brutalität vor. Ein Arbeiter beklagt uns, wie er selbst sah, daß einer der beiden Schupos, die die Kohlen auf dem Lorenberg bewachen, beim Erscheinen eines Erwerbslosen sich hinter der Fichtenschonung verdeckte, während der andere den Erwerbslosen anhielt. Ein Pfiff des Schupos, und der andere kam mit dem Gummihüpfel in der Hand aus der Schonung heraus.

Beide prügelten auf den Erwerbslosen ein. Es wurden ihm die Arme ausgereckt, und so mußte er mit auf die Polizeiwache folgen. Gleich darauf wurden zwei Jungarbeiter, die in ihrem Muffel etwas Kohle hatten, von den zwei Polizisten gefangt und wie wilde Tiere geprügelt!

Vorfälle der hier geschilderten Art ereignen sich im Waldburger Kohlenrevier immer häufiger. Das Vorgehen der Polizei gegen die Erwerbslosen, die selbst noch den notwendigen Heizmaterial suchen, um ihre Frauen und Kinder vor dem Erfrieren zu schützen, zeigt deutlich, daß das Geschrei über die bürgerliche „Winterhilfe“ großer Schwindel ist. Die Erwerbslosen Bergleute, denen man nicht gestattet, sich auf diesem Wege ihre Kohlen zu beschaffen, müssen sich zur

Einheitsaktion um die Deffnung der Kohlenhalde, zum Schutz der erwerbslosen Familien vor dem Frost, zusammenschließen! Nur durch den gemeinsamen Kampf aller Notschließe! Nur durch den gemeinsamen Kampf aller Not- und Frost zu schützen!

Wohlfahrtsempfängerin soll von 5,75 Mark leben ...!

Waldburg. Die Wohlfahrtsempfängerin K. aus Waldburg-Altmaier erhielt 9,15 Mark Unterstützung, von der 3,70 Mark abgezogen wurden, so daß sie nur noch 5,75 Mark wöchentlich erhält. Auf den Protest auf dem Wohlfahrtsamt wurde ihr mitgeteilt, daß ja ihre Schwester, mit der sie zusammen wohnt, 9,15 Mark Armenlohn und der zwanzigjährige Sohn im selben Haushalt 4,80 Mark wöchentlich Wohlfahrtsunterstützung erhalte. Diese ungeheure Zumutung, daß die Schwester von ihrem Armeelohn sie mit ihrem Sohn noch ernähren und bekleiden helfen soll, brachte die Wohlfahrtsempfängerin K. in veränderte Erregung. Sie protestierte weiter aufs Schärfste gegen diese Zumutung und forderte Weiterbefreiung der alten Unterstützung. Weil sie das Zimmer nicht freiwillig verließ, rief der Angestellte Spulak einen Schupoanführer, der die kleine körperlich schwache Frau aus dem Büro weisen mußte. Auch der Weg in das Büro des Herrn Hennig war unheimlich. Die Bestimmungen lauteten eben so, und damit hätte.

Die „Winterhilfs“-Sammlungen der Schupo sind kaum beendet und schon müssen die Beamten (vielleicht mit Widerwillen) die grausamste Durchführung der Gläubigerbestimmung gegen verzweifelte Menschen durch ihr Eingreifen gewährleisten. Vielleicht bekommt die kleine, schwache Frau aus der „Winterhilfe“ ein paar von der populären „Gnädigen“ abgelagerte Schlüssler, vielleicht auch gar nichts.

Nur der geistlose Kampf aller Erwerbslosen wird jedem Hungernden wirkliche Winterhilfe bringen!

Es ist ja nur eine Proletarierfrau ...

Waldburg. Die junge Frau des Wohlfahrtsempfängers A. C. Herr Altmayer, Parade am Vorwerkbusch, erkrankte schwer an Rheumatismus, so daß sie das Bett nicht verlassen konnte. A. bestellte den Bezirksarzt für Wohlfahrtsempfänger, Dr. Schweitzer, in die Wohnung. Bei Antritt sagte ihm A., daß er den Wunsch äußern will, worauf Dr. Schweitzer antwortete, daß er kein Interesse daran habe, weil er nichts verdienen. Er verschrieb Medizin und verabfolgte der Kranken eine Spritze, die eine ungeheure Wirkung hatte. Die Kranke wandte sich vor Schmerzen und konnte am Tage und der folgenden Nacht weder schlafen, noch essen. Auf das Ersuchen des A. in der Wohnung des Arztes, doch etwas zur Linderung der Schmerzen zu verschreiben, „tröstete“ Herr Schweitzer: „Morgen wird's besser sein.“ Von einem solchen Trost wird natürlich ein trauriger Mensch nicht viel halten. Anders mochte darüber Herr Schweitzer denken, denn er summerte sich drei Wochen lang um die Kranke nicht. Es war ja nur eine Proletarierfrau, und dazu noch die Frau eines Wohlfahrtsempfängers, wo er nichts verdienen konnte.

Deshalb mußte also eine Frau drei Wochen lang unter den schlimmsten Schmerzen leiden. Sie mochte zugrunde gehen, was kümmert das einen Dr. Schweitzer, der nur schwer verdienen will. Ein Bourgeoisweibchen, denen mal ein Floß über die Leber hebt, wird dieser Herr anders befragt sein, weil eine solche Dame erstens einmal schon mehr Wert hat und zweitens der schwerverdienende „Bulwer“. Man stellt sich den Arztberuf gewöhnlich anders vor.

Nach Beschwerde beim Wohlfahrtsamt wurde ein anderer Arzt

angewiesen, nach dessen guter Behandlung eine Besserung der Kranken zu verzeichnen ist.

Dr. Schweitzer wird, wenn überhaupt, eine Krüge erhalten. Auch das würde ihm, ebenso wie der Zustand der Kranken, fern sein. Aber es ist möglich, daß das deutsche Proletariat nach dem Vorbild der russischen Brüder die Bourgeoisie ausschaltet und ein Sowjet-Deutschland aufbaut. Dann wird Herr Dr. Schweitzer froh sein, wenn die Arbeiterschaft für ihn eine Beschäftigung übrig hat.

Ohne einen Pfennig Unterstützung ...

Langwallerdorf. Nicht genug, daß den Erwerbslosen die Unterstützung dauernd gekürzt wurde, blieb bei der letzten Auszahlung die Unterstützung für eine große Zahl Erwerbsloser ganz aus. Nachdem der Beamte am letzten Freitag eine halbe Stunde lang Unterstützung ausgezahlt hatte, erklärte er plötzlich: „Jetzt ist Schluss, ich habe kein Geld mehr!“ Unter der größten Empörung mußten die Erwerbslosen ohne Geld zu ihren hungernden Frauen und Kindern zurückkehren.

Die Erwerbslosen dürfen sich bei Nichtauszahlung der ihnen zustehenden Unterstützung niemals damit abfinden. Es ist nicht Sache der Erwerbslosen, zu untersuchen, an welcher Person die Schuld der Nichtzahlung ihrer Unterstützungsgelder liegt. Die Verantwortung trägt das kapitalistische System, das die kleinen Gemeinden immer mehr dem Bankrott entgegenführt. Nur durch den gemeinsamen Kampf aller derer, die gemeinsam Not leiden müssen, ist es möglich, die regelmäßige Auszahlung der Hungerunterstützung zu sichern. Darüber hinaus müssen die Erwerbslosen mit ihren Frauen und Kindern den gemeinsamen Kampf um Brot, Kartoffeln und Kohlen aufnehmen.

In der Gemeinde Langwallerdorf leisten die SPD-Vertreter „praktische Arbeit“. Sie stimmten begeistert für die 500 Prozent Bürgersteuer und konnten nicht begreifen, warum die kommunalistischen Vertreter dagegen stimmten. Bei der Abweisung der Steuerarten mit den 500 Prozent Bürgersteuer wurde auch nicht ein Einwohner vergessen. Das kommt nur bei der Auszahlung von Unterstützung vor. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich mit Ekel von den SPD-Vertretern, die den Verteilungen noch mehr Steuerlasten aufbürden, abwenden, und sich in die Einheitsaktion einreihen.

Bürgerkriegsübungen der SA in Schlesien

Arbeiter, seid wachsam! Verstärkt den roten Massenelbstschutz!

Häslicht. Am vergangenen Sonntag fand in der gesamten Umgebung eine große Bürgerkriegsübung der Nazis statt. Sämtliche SA-Leute waren mit Holzgewehren und zum Teil sogar mit Karabinern bewaffnet. Die Übung dauerte den ganzen Sonntag von früh bis in die Nacht. Sie erstreckte sich auf die Dörfer von Hohenriedeberg bis Jauer. In den Straßengräben vor und in den Orten Hohnstod, Pölkau, Wederau, Mander, Wörchen usw. lagen die SA-Leute der sachsische Bürgerkriegsarmee der Nazi wie Wegelagerer und zielten mit ihren Holzgewehren auf Straßenpassanten. Die bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der SA wurde durch eine Kanone, bespannt mit vier Pferden, vervollständigt. Das Gefährt und Gefolge hielt bis zum Einbruch der Dunkelheit an. Die Übungen wurden von zwei Parteien, rot und blau, durchgeführt. Die Nazis waren aus der ganzen Umgebung, ja sogar von

Schönau und Goldberg, in dem Landgebiet von Jauer zusammengezogen.

Die Meldung von Häslicht bestätigt, daß die Bourgeoiselle Kräfte daran setzt, um in dem Grenzland Schlesiens die faschistischen Bürgerkriegsarmee zu stärken. Die Art der Übung läßt auf den ersten Blick erkennen, daß die SA-Leute bewußt zur Niederschlagung der Arbeiterklasse in Stadt und Land gedrückt werden. Diesen sieberhaften Kriegsrüstungen muß die Arbeiterklasse die größte Unmerklichkeit schenken. Es gilt, diesen faschistischen Rüstungen die Einheitsfront der Arbeiterklasse in Stadt und Land entgegenzusetzen. Die Stunde ist ernst! Sorgt überall für den Ausbau und die Verstärkung des roten Massenelbstschutzes! Nur die vereinigte Macht der Arbeiterklasse in Stadt und Land kann den faschistischen Terror brechen!

Betriebsstörung auf dem Bahnschacht

Schuld: Unfinnige Sparmethoden der Direktion — Kumpels fordert Bezahlung der ausgefallenen Schicht! — Antwortet mit der Bergarbeiter-Einheitsfrontaktion!

Waldburg. Auf dem Bahnschacht machte sich das Ausweichen des Förderseils auf Schacht 3 notwendig. Die Betriebsleitung wollte bei Ausführung dieser Arbeit Zeit und Arbeitskräfte sparen. Früher wurde dieselbe Arbeit in der Sonntags-Nachtschicht und in der Sonntag-Früh-, Mittag- und Nachtschicht ausgeführt, damit die Anzahl Montag früh wieder anfahren konnten.

Diesmal sollten bei der Auswechslung Arbeitströste und eine Schicht geparkt werden. Ein Handwerker, der diese Arbeit schon mehrere Male mitgemacht hatte und Spezialist ist, machte den leitenden Beamten den Vorschlag, im Nebenschacht einen Mann mitzuführen zu lassen, um zu beobachten, daß das Seilende, welches hinabgelassen wird, nicht hängen bleibt und sich in Schlingen legt. Des weiteren standen auf den Zwischenschichten Leute zur Kontrolle, was diesmal aus Sparankheitsgründen unterlassen wurde. Der Vorschlag wurde nicht beachtet, das Seil blieb im Oberbau hängen und legte sich in Schlingen. Dadurch machte sich eine ungeheure Mehr-

arbeit notwendig und am Montag war das Aufsteigen des Seiles noch nicht fertig, so daß die Kumpels nicht anfahren konnten.

Gerade vor Weihnachten, wo die Kumpels mit jedem Pfennig rechnen müssen, werden durch solche unfinnige Sparmethoden der Sonntagsarbeit noch gekürzt.

Kumpels, nehmt in der Adeltaxe Stellung dazu und fordert Bezahlung der ausgefallenen Schichten, da die Betriebsleitung einzig und allein Schuld an diesen Feiertagschichten trägt.

Klempner der Firma Kandelka, Dittersbach, schieben in der Porzellanfabrik Tielsch Ueberstunden

(Arbeiterkorrespondenz)

Waldburg. Bei Tielsch arbeiten von obengenanntem Klempnermeister einige Gesellen und Lehrlinge. Seit April dieses Jahres schieben diese Klempner wöchentlich drei Ueberstunden. Während einer Schicht wird eine halbe Stunde Pause gemacht und Sonntagabends gibt es keine Vorpause. Die Lehrlinge bekommen die Ueberstunden natürlich nicht bezahlt. Weigern sich die Jungen, länger zu arbeiten, oder bringen ihren Unwillen zum Ausdruck, wird ihnen mit allerhand Maßnahmen gedroht. Der Zentrumsgeselle Mendel, der sich durch seine Aufschmückeri Stellung verschafft hat, sagt den Lehrlingen, wenn sie protestieren, daß sie am nächsten Tag nicht erst wieder kommen brauchen.

So werden jugendliche Arbeiter ausgebeutet, ohne daß sie machen dürfen, wenn sie ihre Lehrtelle nicht verlieren wollen. Und die Gesellen? Nun, auch sie müssen von der großen Arbeitslosigkeit schon etwas gehört haben und an ihre Verursachenden denken, die schon jahrelang auf der Straße liegen. Was sie seit April tun, ist keine Solidarität, sondern ein Verbrechen an ihren eigenen Kollegen. Was sagt übrigens der Genereral dazu und das Arbeitsamt?

Lehrlinge, lehnt es ab, Ueberstunden, die ihr gar nicht bezahlt bekommt, zu schieben. Kämpft mit der kommunistischen Jugend für kürzere Arbeitszeit und menschenwürdige Behandlung, gegen die Lehrlingszuchterei!

Sieben Jungbannerkameraden kommen zur Jugend Liebfnechts

Massenkundgebung in Liebau für Verteidigung der Sowjetunion!

Liebau. Die Ortsgruppe der SPD führte eine Novemberkundgebung durch, die sich zu einem begeisterten Bekenntnis für die seit 15 Jahren bestehende Sowjet-Union für den Kampf um eine Arbeiter- und Bauernrepublik gestaltete. Über 500 Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche hatten sich im Saalbau, „Liebezah“, eingefunden und das Gelöbnis abgegeben, den Wahlvolk der Partei zu sichern, die Arbeit fortzusetzen zur Erringung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Der Referent Genosse Koppel fand begeisterte Zustimmung. Zwei sozialdemokratische Jungarbeiter wurden über das „soziale Arbeitslaster“ und über den Kampf der Jungarbeiter gegen diese SPD-Schande

Unter dem Beifall der ganzen Versammlung erklärten sie

sich und noch fünf Jungbannerkämpfer aus Liebau, daß sie gewillt sind, sich endgültig der roten Einheitsfront anzuschließen und in die Reihen des KPD einzutreten.

In der Kundgebung spielte die Agitproptruppe „Die hungernden Weber“ aus Landesbühne und die Spielgruppe der SPD Liebau. Besondere Wirkung erzielten die KPD-Jungpioniere mit ihren Sprechstücken und Kampfsliedern. In der Versammlung traten sieben Jungarbeiter dem kommunistischen Jugendverband, zwei Arbeiter der roten Hilfe und drei Arbeiter der kommunistischen Partei bei. Durch den Uebertritt der Jungbannerkameraden zum KPD konnte eine Ortsgruppe des KPD gegründet werden.

Judas 2. Internationale

Der Führer der japanischen Sozialdemokratie erklärt den Krieg in der Mandschurei für „notwendig vom Standpunkt der Zweiten Internationale“

Prag, 1. Dezember. Dieser Tage weihte in Prag ein Führer der Sozialdemokratischen Partei Japans und Leiter der reformistischen japanischen Gewerkschaftsbewegung, Suguti, Er wurde unter anderem vom sozialdemokratischen Fürsorgeminister Dr. Ezech und vom Generalsekretär des reformistischen Gewerkschaftsverbandes Tagerte empfangen. Das in deutscher Sprache erscheinende Regierungsorgan „Prager Presse“ brachte ein Interview Sugutis über mandchurische Probleme. Die Ausführungen dieses prominenten Vertreters der Sozialdemokratie Japans zeigen eindeutig die imperialistische Rolle der japanischen Sektion der 2. Internationale. Suguti erklärte nämlich:

„Die japanische Arbeiterschaft bedauert sehr, daß Japan gezwungen wurde, mit militärischer Gewalt in der Man-

Staates auch deshalb wichtig, weil er ein Bollwerk sein will gegen das Vordringen des Kommunismus und der faschistischen Bewegung. Die Arbeiterschaft Japans steht zwischen zwei Feuern, demjenigen des Kommunismus und der faschistischen Bewegung. Wir sind überzeugt, daß die Existenz des Staates Mandschurien als Hindernis für die weitere Entfaltung des Kommunismus in Asien auch für die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Europa nur wohlthätige Folgen zeitigen würde.“

Deutlicher kann die verräterische Rolle der 2. Internationale nicht aufgezeigt werden.

Auch der „Vorwärts“, der angesichts dieser blutigen, verräterischen Haltung der japanischen Sozialimperialisten noch die Unversämtheit ausdrückt, den Antikriegsstampfer der Kommunisten und der Sowjetunion zu verleumden, brachte vor einigen Tagen in einer versteckten Ecke eine kleine Notiz, daß „Genosse Suguti“, der „Begründer der japanischen Gewerkschaftsbewegung“, bei seiner Europareise auch Berlin besuchen wird. Herr Suguti war inzwischen auch schon in Berlin und hat mit den Führern der SPD konferiert. Aber über diese Konferenzen schweigt sich der „Vorwärts“ tuschlerweise aus. Er möchte sonst mitteilen, daß nicht nur die japanischen Sozialdemokraten den blutigen Krieg des japanischen Imperialismus unterstützen, sondern auch die Führer der deutschen Sozialdemokratie.



Während die Sozialdemokratie die Kriegsräuber unterstützt,

werden Kommunisten wegen ihres mutigen Antikriegskampfes gegen den japanischen Imperialismus eingekerkert. In Tokio fand kürzlich ein Riesenprozeß gegen 184 japanische Kommunisten statt, die beschuldigt wurden, gegen den Krieg und für die Verbrüderung der Arbeiter und Soldaten gekämpft zu haben. Sämtliche Genossen wurden zu schweren Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Unser Bild zeigt den Genossen Cholchiro Kōsuryo, einen der Führer der japanischen Kommunisten, beim Betreten des Gerichtssaales gefesselt und unter schwerer Polizeibewachung.

schurei einzugreifen. Es war aber dazu durch die Tatsache bewegen, daß in China keine Regierung besteht, die die Kontrolle über das gesamte Land in den Händen hätte, und daß also niemand chinesischerseits den bestehenden Verträgen zur Achtung verpflichtet konnte. Japan hat seine Armee nach der Mandschurei entsandt, um die Verträge durchzuführen. Die Arbeiterschaft Japans ist gegen jede Gewalt, aber in dem konkreten Falle der Mandschurei gab es kein anderes Mittel.“

Tamit ja kein Zweifel besteht, warum die Sozialdemokratie die imperialistische Politik der japanischen Kapitalisten unterstützt, erklärte Suguti weiter:

„Die Bildung dieses Staates (der Mandschurei) war für Japan und seine Arbeitenden notwendig. (!) Wir sind der Ansicht, daß das, wenn man — und hier spreche ich vom Standpunkt der japanischen Arbeiterföderation — keine Exploitation der Arbeit durch den Kapitalismus in der Mandschurei zulassen wird, die Mandschurei geradezu zu einem Paradies der modernen Arbeit (!) gestaltet werden könnte. Vom Standpunkt der 2. Internationale ist die Schaffung des mandchurischen

Revolutionäre Arbeiterkämpfe in Polen

Die Antwort auf die faschistischen Pogrome

Warschau, 1. Dezember. Die Versuche des Pilsudski-Faschismus, durch Organisation blutiger Judenpogrome die wehrfähigen Massen vom Kampf um ihre Lebensinteressen, gegen die faschistische Diktatur, abzulenkten, sind mißglückt. Unter Führung der illegalen Kommunistischen Partei antworteten die Arbeitermassen in Warschau, Wlawa, Warschau, Kraslau und Czestochau mit großen Hungerdemonstrationen, wobei die Massen die großen Lebensmittel-lager stürmten und sich die Nahrungsmittel holten, die sie für sich und ihre Familien zum Leben benötigten. Einzelheiten stehen noch aus, da die polnische Regierung die schärfste Zensur durchführt.

Auch die Bourgeoisie erkennt mit Angst und Schrecken das Ansteigen der revolutionären Welle in Polen. So schreibt zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“: „Von diesem Punkt her (gemeint ist das Stürmen der Lebensmittel-lager unter Führung der Kommunisten) ist der wahre Charakter der Kämpfe zu erkennen. Polen gleicht seit drei Jahren in steigendem Maße einem überhitzten Kessel.“

Japan überfällt die Jehol-Provinz

Schanghai, 30. November. Die amtliche chinesische Agentur Howng teilt mit, daß die japanischen Truppen in der Provinz Jehol nach einem vernichtenden Artilleriefeuer zum Angriff übergegangen sind. Japanische Flugzeuge warfen über mehreren Orten Flugblätter ab, in denen mitgeteilt wird, daß die Japaner zwei Divisionen zusammengezogen hätten, um die Provinz zu besetzen.

Die Hungernden marschieren

Große Arbeitslosendemonstrationen in USA. aus Anlaß des Hungermarsches

Newport, 1. Dezember. 12 000 Newporter Arbeiter fanden sich zur Begrüßung des etwa 1000 Mann starken Zuges der aus dem Staat New-England und aus Newport abmarschierenden Teilnehmer am Hungermarsch nach Washington zusammen. Die Versammelten erklärten sich mit der Forderung der Hungermärscher: Auszahlung einer Winterunterstützung in Höhe von 50 Dollar und regelmäßige Arbeitslosenunterstützung — einverstanden und machten sich diese Forderungen zu eigen. Obwohl der Bürgermeister von Newport alle Forderungen abgelehnt hatte, lehten die Versammelten durch, daß die aus New-England unterwegs nach Washington in Newport eingetroffene Abteilung der

Hungermärscher auf städtische Kosten untergebracht und ernährt wurde. Die Versammlung forderte weiter einstimmig die Einstellung aller gegen die Hungermärscher vorbereiteten Maßnahmen.

Gegenwärtig sind neun verschiedene Marschabteilungen mit insgesamt 3000 Teilnehmern auf dem Wege nach Washington, wo die Polizei und Militär mit Tränengasbomben in Bereitschaft stehen. Der Leiter des Arbeitslosenzuges aus dem Staate New-England ist festgenommen worden und soll deportiert werden; der Führer der proletarischen Kriegsteilnehmer von Detroit wurde verhaftet.

Bergarbeiterstreik in Oesterreich

Wien, 1. Dezember. Die etwa 1200köpfige Belegschaft des einzigen Steinkohlenbergwerks in Grünbach (Niederösterreich) ist geschlossen in den Streik getreten, nachdem bei einer vorgenommenen Abstimmung die überwältigende Mehrheit von 82 Prozent für den Streik gestimmt hat. Die Belegschaft fordert eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Die Sabotage der reformistischen Führer wurde durch das Austrreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition verhindert.

Kommunistische Demonstrationen bei der Reichstagsöffnung in Dänemark

Kopenhagen, 30. November. Anlässlich der Eröffnung des neugewählten Folketing fand in Kopenhagen eine gewaltige kommunistische Demonstration statt, an der sich etwa 5000 Arbeiter beteiligten. An der Spitze der Demonstration marschierten die beiden neugewählten kommunistischen Abgeordneten. Zum Schluss der Eröffnungsfeierung kam es erneut zu lebhaften Demonstrationen

Kerenski will nach Berlin kommen

Berlin, 30. November. Wie die Telegraphenunion meldet, wird in den nächsten Tagen der berühmte Führer der letzten konterrevolutionären Regierung in Rußland, Kerenski, nach Berlin kommen, um auf Einladung deutscher Stellen hin in Berlin Sehreden gegen die Sowjetunion zu halten. Augenblicklich hält sich Kerenski in Paris auf und ist Führer einer weltgardistischen Organisation. Wir protestieren dagegen, daß dieser Kriegshäher gestattet wird, in Deutschland seine verbrecherische Tätigkeit aufzunehmen.

Gegen das Blutregime in Jugoslawien

Die rote Hilfe Deutschlands sandte anlässlich des Blutterrors in Jugoslawien folgendes Telegramm dem Ministerpräsidenten: Telegramm. König Alexander, Ministerpräsident Stjefitsch, Belgrad.

Protestieren gegen grauenhafte Folterung Arbeiters Militic. Mißhandlungen politischer Gefangener Mitrovica. Mobilisieren Weltöffentlichkeit gegen Blutregime in Jugoslawien. Rote Hilfe Deutschlands.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

52. Fortsetzung

Aber von den 700 Mann der Panzerkreuzerbesatzung gehörte kaum ein Drittel (200 bis 250 Mann) zu den Sozialdemokraten, das mehr oder weniger bereit war, den Auffstand zu Ende durchzuführen. Der Rest bestand aus einer schwankenden Mehrheit aus einer Minderheit, die dem Auffstand gegenüber feindselig gesinnt war und an ihn nicht glaubte. Unter dieser Minderheit waren auch wirkliche Verräter, wie zum Beispiel Wedemeyer und Dr. Galjenta. Wedemeyer stellte absichtlich die Geschütze, die der Panzerkreuzer am 16. Juni abends auf den Regierungstribun richtete. So ein, daß die Geschütze nicht das Ziel trafen und Dr. Galjenta hielt heimliche Versammlungen der Deskoffiziere des Panzerkreuzers gegen die aktive Minderheit ab.

Solange man noch auf einen Auffstand in Odessa selbst und auf den Anbruch der ganzen Schwarzen-See-Flotte an den meuteren Panzerkreuzer hoffen konnte, ging die Mehrheit der Besatzung mit der aktiven revolutionären Minderheit und war bereit, ihr Leben für die Revolution zu opfern. Kaum stellte es sich aber heraus, daß keine Hoffnung mehr auf eine Erhebung des ganzen Weltwaders vorhanden, daß der günstige Augenblick zur Übernahme der Nacht am Ufer verflüchtigt worden sei, begann die passive Mehrheit der Matrosen den Begnern des Auffstandes, den Deskoffizieren Gehör zu schenken.

„Das Ufer schweigt. Auf dem Ufer stehen weittragende Geschütze, die gegen den „Batjomkin“ gerichtet sind. Der Panzerkreuzer hat keine Basis, keine Verbindung mit dem Ufer, keine Kohle, kein Trinkwasser, keine Lebensmittel. Was kann ihn unter diesen Bedingungen schon in der nächsten Zukunft erwarten?“

Der Leichnam Watalinkshuls, bedeckt mit einer Kriegsfahne, mit einem Ausruf, der an seiner Brust angebracht war, machte einen revolutionierenden Eindruck auf die Arbeiter Odessas.

„Voll von Odessa!“ lautete der Zettel, „vor euch liegt der Leichnam des Matrosen Grigorij Watalinkshul, der in bestialischer Weise vom 1. Offizier getötet wurde, weil er erklärte, daß die Krautsuppe nicht zu essen sei. Bekräftigen wir uns und sagen wir: „Friede sei seiner Asche! Rache den blutrünstigen Vampiren! Tod den Unterjochern! Tod den Blutlaugern! Es lebe die Freiheit! Einer für alle, alle für einen!“

Die Untätigkeit, die Unentschlossenheit, zu der die „Bereinigte Kommission“ den „Batjomkin“ vom Ufer aus verurteilte, jene Untätigkeit, die mehr als einmal auch die größten Armeen schon zerlegt und demoralisiert hat, wirkte sich vernichtend für jene Sache aus, für die der revolutionäre Panzerkreuzer „Batjomkin“ sich erhoben hatte.

Feuersbrunst im Odessaer Hafen

Die Plünderungen der Hafenlager, die Feuersbrunst im Hafen, die zweifellos sehr vorteilhaft für die Regierung war, wirkten sich sehr zum Schaden der Revolution aus. Hätte die „Bereinigte Kommission“ beschlossen, anders vorzugehen, wäre die Stadt von den Aufrührern besetzt worden, so hätten die bewaffneten Arbeiter die Hafenlager vor Plünderung und Feuer vielleicht schützen können.

Im Hafen gab es, wie schon erwähnt wurde, eine ungeheure Masse von Bogabunden und Halbbugabunden. Schon am 15. Juni begannen die Plünderungen. An den Plünderungen beteiligten sich alle. Gut angezogene „Herrschaffen“ kamen im Wagen angefahren und nahmen, was sie nur konnten, mit. Leute aus der Klein- ja sogar aus der Mittelbourgeoisie waren dabei.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Propagatoren die Leute zu den Plünderungen aufhetzten. Man versicherte mir, daß die Anarchisten, die damals in Odessa erst in Erscheinung zu treten begannen, die „hungrigen und nackten“ Hafenarbeiter aufriefen, sich alles, was sie nur brauchen, aus den Hafenlagern zu holen.

Der schwüle, häßliche 15. Juni ging zu Ende, der Abend begann. Ich aßte mich noch immer in meinem dunklen Zimmer, in dem ich wegen meiner heftigen Augenentzündung eingesperrt war. Es war ganz still. Von der Straße tönte der gewohnte Lärm der vorbeifahrenden leichten und schweren Wagen herauf. Sonst waren die Straßen menschenleer. Da ich aus meinem Zimmer nicht ins helle Licht gehen durfte, hatte ich keine Ahnung,

was auf den Straßen vorging. Auch in der Wohnung herrschte lautlose Stille. Die Hauswirte sprachen nur flüsternd miteinander und hatten Angst, Licht zu machen.

„Feuer, Feuer!“ schrie plötzlich die Tochter meiner Hauswirte. „Kommen Sie rasch her“, wandte sie sich an mich, „schauen Sie sich einmal den Feuerhain am Himmel an.“

Ueber dem Hafen breitete sich tatsächlich der Widerschein einer Feuersbrunst aus, wurde immer größer, immer greller, deckte fast den ganzen Himmel zu. Sehr bald ertönten von dort laute Schüsse und Explosionen von Spiritus- und Benzinflaschen. Nach jeder solchen Explosion erhoben sich Millionen Funken zum Himmel, die das Bild noch bedrohlicher, noch düsterer machten. Die Hausfrau und ihre Tochter begannen zu weinen.

„Dort geht etwas vor!“ sagten sie.

„Unheimlich ist es... Was erwartet uns erst morgen! Bitte, bleiben Sie bei uns im Zimmer, wir fürchten uns so schrecklich...“

Sie erschrakten noch mehr, als gegen Mitternacht Maschinengewehre zu rattern begannen und Gewehrsalven trachten.

„Man schießt auf alle, die im Hafen sind!“ erzählte der Sohn meiner Hauswirte, der von der Straße leuchend geklommen kam. „Alle Ein- und Ausgänge zum Hafen sind von Militär abgeperrt.“

Die Arbeiter, die in dieser Nacht vom 15. auf den 16. Juni im Hafen massenweise eingesperrt worden waren, machten den Versuch, aus der Falle, die man ihnen vorbereitet hatte, herauszukommen, doch die Kugeln mähten sie, wie die Sense das Gras haufenweise nieder.

Gegen Morgen legte sich das Feuer. Am nächsten Tag war das Begräbnis Watalinkshuls. Gegen Abend ertönten plötzlich Schüsse, die vom Panzerkreuzer kamen, und alle in wilde Angst versetzten. Ich erinnere mich genau an zwei Schüsse, die die Fensterhaine erzittern machten. Ich glaubte, daß der Panzerkreuzer endlich zum Entschluß gekommen war, die Stadt zu bombardieren. Ich irrte mich aber. Das Bombardement verstummte nach diesen zwei Schüssen.

Die Geschütze, die auf das Stadttheater gerichtet werden sollten, trafen infolge des Verrats Wedmeyers nicht das Ziel.

(Fortsetzung folgt.)

RUND UM DEN ERDBALL

Die Woche der Sowjetmedizin

Die Medizin im Dienste der Werktätigen der Sowjetunion

Gegenwärtig findet in Berlin die „Woche der Sowjetmedizin“ statt, während der von hervorragenden sowjetrussischen Ärzten und Sozialhygienikern eine Reihe von Vorträgen über die Arbeit der Sowjetmedizin auf allen Gebieten der Heilkunde gehalten werden. Schon an der Auswahl der Themen und dem Inhalt der bisher gehaltenen Vorträge ist ein gewaltiger Unterschied zur bürgerlichen Klassenmedizin zu erkennen. Es ist eben der Unterschied, der uns berechtigt, die Sowjetmedizin gegen und über die bürgerliche Klassenmedizin zu stellen.

Alle Referenten dieser viel beachteten Vortragsreihe beschäftigten sich mit ihrem Spezialgebiet immer nur im Zusammenhang mit der Gesundheit des ganzen Volkes. Professor Marzinowski-Moskau, sprach über die „Bedeutung der Malaria und ihre Liquidierung in der Sowjetunion“, Professor Holzmann über die „Bekämpfung der Tuberkulose“, Professor Paffis über die „Sozialhygiene in der Sowjetunion“. Kein einziges der Referate war in dem Sinne „fachwissenschaftlich“, wie man es von deutschen Gelehrten gewöhnt ist. Überall wurde sofort die praktische Anwendung auf das Volksganze gezogen.

Alle medizinischen Errungenschaften in der Sowjetunion stehen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch den Werktätigen in volstem Umfang zur Verfügung. Die riesenhaften Einrichtungen der Kurorte, in denen man nach der Enteignung der Großgrundbesitzer und Industriefürsorge mehr als 300.000 Betten in Sanatorien oder umgebauten Schlössern geschaffen hat, die über die ganze Sowjetunion wie ein Netz gelagerter Dispensaries (Polikliniken) und Gesundheitspunkte, die Fabrikambulatorien mit ihren Kinderkruppen, Laboratorien, Röntgenapparaturen, sie alle kann der Arbeiter in Anspruch nehmen, und er nimmt sie in Anspruch.

17.000 ärztliche Fürsorge-, Beratungs- und Behandlungsstellen gab es alleine schon im Jahre 1930. Hier wurde in 4 1/2 Milliarden Fällen ärztlicher Rat und Auskunft erteilt. Jeder einzelne Sowjetbürger hat also durchschnittlich 25mal im Jahr diese Beratungs- und Behandlungsstellen in Anspruch genommen. Der Etat des Volkskommissariats für das Gesundheitswesen betrug im Jahre 1932 allein 1.975.000.000 Rubel, eine Summe, die im Vergleich zu den Aufwendungen, die in der demokratischen deutschen Republik hierfür gemacht werden, geradezu phantastisch hoch erscheint.

Aber in der Sowjetunion steht eben das Wohl und Wehe der Werktätigen über allen Entschlüssen, die vom Rat der Volkskommissare, also der Regierung, gefaßt werden. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Hebung des Gesundheitszustandes ist der Leitfaden. In ihrer Verfassung erkennt die Sowjetunion ausdrücklich die Pflicht des sozialistischen Staates an, dem Kranken, dem Gefährdeten in allen Fällen die Möglichkeit zu geben, sich nach den letzten Erkenntnissen der Wissenschaft ärztlich behandeln zu lassen.

Trotzdem auf die Vorbeugung vor Krankheiten, auf die Ausrottung der Ursachen, die zum Entstehen der Seuchen führen, das allergrößte Gewicht gelegt wird, — die Behandlung der Kranken wird nicht vernachlässigt! Ein mustergültiges Institut

für experimentelle Medizin“ ist jetzt in Leningrad geschaffen worden. Diesem zentralen Forschungsinstitut unterstehen eine Reihe von Laboratorien, von denen das bekannteste das Pawlowische Institut ist, dessen Arbeiten über das Nervensystem und die Reflexe die gesamte Irrenheilkunde, wie die Gehirnschirurgie auf eine ganz neue Basis gestellt haben.

Ebenso wie die Bekämpfung der gesellschaftlich wichtigen Erkrankung die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird, und zu diesem Zweck Riesensummen zur Verfügung stehen, ebenso wird der wissenschaftlichen Forschung die Wege gebahnt. Am 80. Geburtstag des Professor Pawlow, der in der ganzen Welt mit großer Feierlichkeit begangen wurde, schenkte die Sowjetunion dem In-

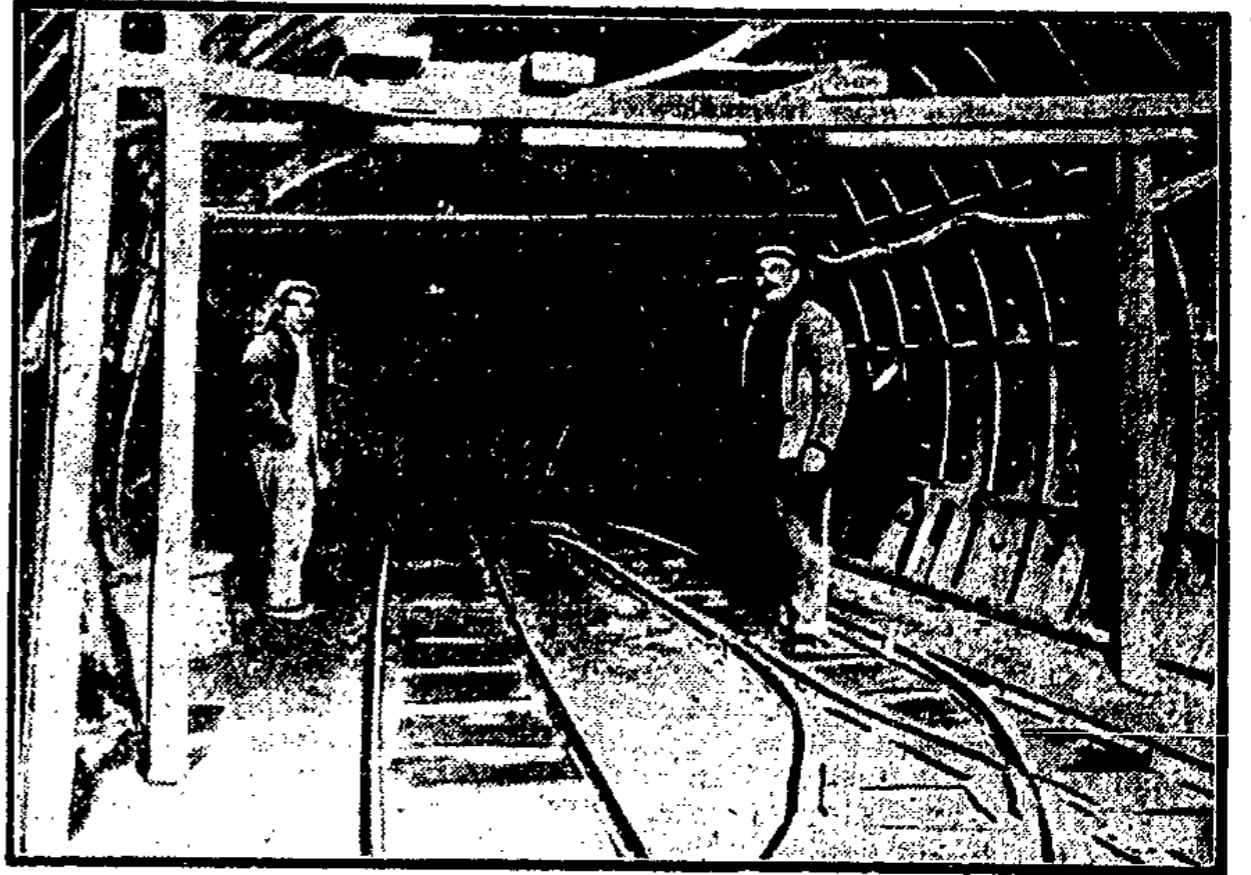
stitut außer einer großen Geldsumme noch zwei Straßen. Zwei Straßen . . . ? Jawohl! Durch diese Straßen, die an dem Faun des Instituts gelegen waren, fuhrn Lastautos, Kollwagen, die den Boden so erschütterten, daß die Instrumente im Keller des Pawlowischen Instituts die feinen Lebensäußerungen der Nerven und Tiergehirne nur ungenau aufzeichneten. Um diese Erschütterungen zu vermeiden, die wissenschaftliche Arbeit zu fördern, wurden die Straßen in Rasenstreifen umgewandelt. Seither fährt kein Lastfahrzeug mit seinen Erschütterungen Pawlow und seine Assistenten bei ihrer Arbeit.

Nur ein Gegenbeispiel: In der vergangenen Woche haben 140 hervorragende deutsche Gelehrte eine Eingabe an den Reichspräsidenten verfaßt, indem sie „auf die erste Gefahr hinweisen, welche der deutschen Kultur droht, wenn nicht ausreichende Mittel für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt werden“. Sie weisen darauf hin, daß im Rahmen des Gesamtetats Wissenschaft und Forschung in Deutschland mit mehr als bescheidenen Mitteln bedacht seien . . .

Dr. med. Wilhelm Swlenty.

Ein Riesentunnel unter der Schelde

Unser Bild berichtet von den Bauarbeiten an einem Riesentunnel unter der Schelde in Brüssel, der einer der größten seiner Art sein wird; er ist nahezu fertiggestellt.



Wuch einer, der anfurbelet

Was mit den Geldern, die aus den Knochen der Arbeiter ausgepreßt werden, geschieht — Der geflüchtete Leiter der Deutschen Bank, Filiale Düsseldorf

Düsseldorf, 2. Dezember. Die Affäre des geflüchteten Filialleiters der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Dr. Wilhelm Schäfer, wächst sich immer mehr zu einem ungeheuren Skandal aus. Die Summe, die der Mann veruntreut hat, wird nicht genau angegeben. Während es ursprünglich geheißt hat, daß es sich um 5 Millionen handelt, spricht man jetzt bereits von 12 Millionen Mark. Aber es verlautet, daß es sich eher um einen noch weit größeren Betrag handelt.

Dieser Fall Wilhelm Schäfer ist charakteristisch dafür, wie sehr „parlam“ diese Herren mit Geld umgehen. Es ist in allgemeiner Erinnerung, daß im vorigen Jahr, zur Zeit der Bankentule, das Reich hunderte Millionen in die Banken hineingesteckt hat, „zur Rettung der Volkswirtschaft“ 12 Millionen und mehr konnte ein Herr Bankdirektor im Verlauf von Jahren unterschlagen, ohne daß die „notleidende“ Bank etwas davon gemerkt hat. Man „kurzelt an“, man kürzt die Löhne, man kürzt die Arbeitslosenunterstützung, man hängt den Brotkorb höher, weil die Volkswirtschaft in Not sei. Und hier unterschlagen einzelne Duzende Millionen.

Wer ist dieser Herr Schäfer? Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt wörtlich:

„Schäfer genos das Vertrauen der Groß-Industrieherrn Poensgen und andere Magnaten spekulierten bei ihm Wilhelm Schäfer führte die Sekretariatsfonten, jene vertraulichen Kon-

ten, die nicht durch die Hände und Buchungsmaschinen der Angestellten gehen.“

Dieser Herr Schäfer war auch der Mann, der die Verbindung zu den Nazis aufrecht erhielt. Und hier liegt die Ursache, weswegen er jahrelang Millionen unterschlagen konnte, ohne daß man etwas davon merkte.

Auffallend ist hier noch folgendes: Von der Flucht dieses Herrn Schäfer mit den vielen Millionen, bis zur Erstattung der Anzeige durch die Bank dauerte es eine lange Zeit. Komisch. Ein Direktor flüchtet mit 12 Millionen Mark oder noch mehr und seine Vorgesetzten sind gar nicht so eilig, den Mann wiederzubekommen. Warum? Der Herr Schäfer weiß offenbar vieles, von dem man gern möchte, daß es nicht ans Licht der Öffentlichkeit dringt. Aus der Art, wie gegen den Betrugsvorgang vorgegangen wird, ist zu ersehen, daß die Bank alles eher wünscht, denn eine Ergreifung Schäfers. Es heißt, daß Schäfer nach Holland geflüchtet sein soll. Die holländische Polizei beklagt sich jetzt über die mangelhafte Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden.

Auf jeden Fall zeigt der Fall Schäfer klar und eindeutig, wohin die sogenannten Anfurbelungsgelder fließen, was mit den Summen, die aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt werden, geschieht, aus welchen Mitteln die SA. finanziert wird.

Herenverbrennung in Columbien

Buenos Aires, 2. Dezember. In Bogota, der Hauptstadt von Columbien, wurden eine der Hexerei verdächtige Frau und ihre Tochter verbrannt. Zehn Personen wurden verhaftet.

Columbien ist ein Land, das vollständig unter dem Einfluß der katholischen Kirche steht. Die Kirche beherrscht hier die Schulen und das gesamte „geistige“ Leben. Der Prozentsatz der Analphabeten ist ein sehr großer.

Patentschwindel einer Deutschen

Neuport, 2. Dezember. Die Neuporter Polizei verhaftete die Reichsdeutsche Therese Holl wegen umfangreicher Patentschwindelen. Frau Holl soll von Deutschamerikanern über 100.000 Dollar mit einem Patent für ein angeblich unsinkbares Boot erschwindelt haben.

Mord an einem Bahnhofsvorsteher

Lübeck, 2. Dezember. Am Donnerstagmorgen wurde der Bahnhofsvorsteher Stuhlmann in Bad Schwartau im Dienzimmer des Bahnhofsgeländes ermordet aufgefunden. Der tote hat eine klaffende Wunde am Hinterkopf, so daß das Gehirn frei liegt. Die Verletzung muß durch einen Schlag mit einem schweren Eisenstück herbeigeführt worden sein. Wahrscheinlich liegt Raubmord vor, da in der Stationskassa ein Betrag von etwa 50 Mark zu fehlen scheint. Die oldenburgische Polizei hat gemeinsam mit der Lübecker Kriminalpolizei die Ermittlungen aufgenommen. Stuhlmann hatte seinen Dienst erst um 5.30 Uhr früh angetreten.

Die Gattin erdrosselt und dann aufgehängt

Znaim, 2. Dezember. In der Gemeinde Sechowy bei Znaim hat der 44 Jahre alte Häusler Johann Seethaler seine 60jährige Gattin Elisabeth erwürgt und dann aufgehängt. Die Gendarmen fanden in einem Zimmer des Wohnhauses die Leiche der Frau, blutbedeckt, an einem Balken erhängt vor. Da der Gendarm verschiedene Umstände verdächtig schienen, nahm sie Seethaler ins Verhör, der gestand, seine Frau im Bett erwürgt und hierauf aufgehängt zu haben. Dann war er zur Gendarmen gegangen und hatte die Anzeige erstattet, daß seine Frau während seiner Abwesenheit von Räubern überfallen und erhängt worden sei. Die Ursache der unglücklichen Tat liegt in künftigen Streitigkeiten wegen des Vermögens der Frau.

An die Telegraphenstange gerast

Pinz, 2. Dezember. Die Fleischhauergehilfen Leopold Gansborgl und Leopold Kurzbauer unternahmen am Sonntag auf dem Motorrad einen Ausflug. Bei einer schwachen Kurve raste Kurzbauer an eine Telegraphenstange. Beide Fahrer wurden im Bogen weggeschleudert und blieben bewußtlos liegen. Kurzbauer starb noch in den Abendstunden des Sonntags. Gansborgl wurde operiert, doch besteht keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Im Zusammenhang mit dem Mord an dem früheren Postkassierer Paul Dura wurden die Ehefrau des Ermordeten, Maria Dura, und sein achtzehnjähriger Stiefsohn Kurt W., verhaftet.

Aus aller Welt

Im Spital an Gift gestorben

Graz, 2. Dezember. Von der Staatsanwaltschaft Graz wurde die Untersuchung wegen eines Todesfalles im Hartberger Krankenhaus eingeleitet. Der 40 Jahre alte Landwirt Josef Kernbichler aus Arzberg erschien am 23. September im Krankenhaus in Hartberg, um sich röntgenisieren zu lassen. Vor der Durchleuchtung wurde ihm ein „Röntgenfrühstück“ verabreicht, das aus einer dreierartigen Mischung von Wasser und Bariumsulphat bestehen sollte. Kernbichler aß einen Teller mit Griech, der die Mischung enthielt, damit die Magenwände infolge der Bleiweismischung bei der Röntgenisierung sichtbar werden sollten. Eine halbe Stunde nach dem Verzehren der Griechspeise starb Kernbichler unter entsetzlichen Qualen. Als Todesursache wurde Vergiftung festgestellt. Die Untersuchung ergab, daß er statt Bleiweiß ein sofort tödlich wirkendes Gift, und zwar salpetersaures Barium, erhalten hatte. Die Spitalleitung hat bisher die Nennung der Namen der verantwortlichen Spitalangestellten verweigert.

Im Zusammenhang mit dem grauenhaften Fund von fünf Kinderleichen in Apfelsitten in Roxbourn im kanadischen Staate Manitoba wurde die Haushälterin eines Farmers verhaftet, die gestand, die fünf Kinder nach der Geburt erwürgt zu haben. Der Besitzer der Farm ist der Vater der Neugeborenen, er hat mit der Haushälterin noch fünf lebende Kinder und drei Kinder aus einer früheren Verbindung.

Der 17jährige Kassenbote einer halleischen Fabrik wurde von zwei Männern niedergeschlagen, die ihm die Geldtasche mit 1800 Mark Lohngebern raubten und auf ihren Rädern flüchteten.

In Köln-Rail erschöß der 46jährige Straßenhändler Schmetz nach einem Streit den 36jährigen Sohn der Eheleute Link.

In der Hedwigsmühle bei Goslar haben in der Nacht zum Donnerstag der Mühlenbesitzer Kruse und sein vierzehnjähriger Sohn Gift genommen und sich erschossen. Wirtschaftliche Not ist die Ursache der Verzweiflungstat.

Der zwölffährige Realschüler Alfred Storian aus Wien verbrannte sich in der elterlichen Wohnung mit Leuchtgas. Heute vormittag wurden auch die Eltern des Knaben in der Wohnung tot aufgefunden. Sie waren ihrem Kinde aus Gram in den Tod gefolgt.

Paris-London funken SDS.!

Frankreich und England drohen mit Eintreibung der Youngtribute — Wirtschaftskrieg gegen USA. — Ergreift gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder die Offensive gegen die Tributräuber und Kriegstreiber!

London, 2. Dezember. In der gestrigen Nacht ist die zweite Schuldennote der englischen Regierung nach Washington gefahndet worden. Auch diesmal hat sich England wieder mit Frankreich vorher verständigt, zur gleichen Zeit wie die englische Note ist auch die französische Note gefahndet worden. Die englische Note ist heute bereits im Wortlaut veröffentlicht worden.

Die ersten Kapitel der Note beschäftigen sich mit der Hoover'schen Auffassung, daß keine genügende Begründung für einen Zahlungsausschub bei der Neuregelung der Kriegsschulden gegeben sei. Diese Kapitel sprechen von der tiefgehenden Erschütterung des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzgebäudes in der ganzen Welt.

Dann erst kommen die entscheidenden wichtigen Teile der englischen Schuldennote.

England droht seinem amerikanischen Ribalen offen und eindeutig mit einem Wirtschaftsbölkott.

Es heißt in der Note, England würde sich gezwungen sehen, die Einfuhr amerikanischer Waren durch neue Maßnahmen noch mehr einzudämmen. Aber nicht nur gegenüber den Vereinigten Staaten selbst will der englische Imperialismus zu Repressalien greifen, wenn Amerika auf der Schuldzahlung besteht. Die britische Note droht vielmehr darüber hinaus mit einer Neuaufrollung des gesamten Schuldenproblems in der ganzen Welt. England würde, so heißt es in der Note, unverzüglich die Wiederaufnahme der Schuldzahlungen von seinen Schuldnern, nämlich Frankreich, Italien, Portugal, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und beziehungsweise auch von den britischen Dominions fordern. Sodann droht die englische Regierung unverhüllt mit der

Sprengung des Lausanner Abkommens und der Eintreibung der Young-Tribute.

„Die Wiederaufnahme der Schuldzahlungen würde alle Staaten dazu zwingen, das Lausanner Abkommen rückgängig zu machen und von Deutschland eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan zu erzwingen. Ohne die Revision der Kriegsschuldenabkommen könne das Lausanner Abkommen nicht aufrecht erhalten werden. Die ganze Frage der Reparationen bliebe weiter ungelöst.“

Zum Schluß beschäftigt sich die Note mit der am 15. Dezember fälligen Rate, die für Großbritannien insgesamt 95 Millionen Dollar betragen würde. Die Note erklärt, daß die Beschaffung der notwendigen Devisen die gefährlichsten Auswirkungen auf die Stabilität der englischen Währung sowie für die internationale Wirtschaft haben müßte. Es wird jedoch in der Note ausdrücklich kein Wort darüber verloren, daß etwa England die Dezember-rate verweigern wolle. In ähnlichen Bahnen wie die englische Note soll sich auch die französische halten, die jedoch noch nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde.

Was wir bereits an dieser Stelle voraus sagten, ist durch die englische Schuldennote reiflos bestätigt worden. Durch die Neuaufrollung des Kriegsschuldenproblems droht ein neuer Milliardentributraub für das deutsche werktätige Volk, und vollzieht sich eine unerhörte Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze, die letzten Endes zum imperialistischen Krieg führen muß, dessen erstes Kapitel bereits in der Mandchurei begonnen hat. Immer wieder rufen wir die Werktätigen zum entschlossenen Kampf für die Beseitigung der Tributjeheln und aller Verzinsungsverträge. In diesem Kampf wissen wir uns einig mit unseren Klassenbrüdern in Frankreich, England und Amerika. Dieser

Kampf wird nicht ausgefochten auf dem Parkett der Parlamente und der internationalen Tagung der Imperialisten, sondern dieser Kampf wird ausgefochten in den Betrieben und auf den Stempelstellen für die Lebensinteressen der werktätigen Massen. Dieser Kampf wird ausgefochten, indem das Proletariat jedes Landes die Offensive gegen die eigene räuberische Bourgeoisie, gegen die Kriegstreiber und Tributräuber im eigenen Lande eröffnet.

Die „Humanite“ zur Schuldenfrage

Paris, 2. Dezember. Unser französisches Bruderorgan schreibt zum Schuldenproblem: „Das Proletariat erkennt die Verpflichtungen nicht an, die seine heutigen Herren eingegangen sind. Marin spricht eine ebenso chauvinistische Sprache wie Hitler, während wir den Standpunkt des proletarischen Internationalismus ebenso wie gegen die amerikanischen Gläu-

biger, wie auch gegen die deutschen Tribute an den französischen Imperialismus vertreten.“

Der „Daily Worker“ zur Schuldenfrage

London, 2. Dezember. Unser englisches Bruderorgan schreibt unter der Ueberschrift „Die Schuldenfrage führt zum Krieg“: „Die kommunistische Partei kämpft für die Vernichtung sowohl der inneren wie der äußeren Kriegsschulden. Bei der gegenwärtigen Lage ist die Basis des sogenannten Lausanner Abkommens, welches abhängig gemacht würde von der Haltung Amerikas, erneut erschüttert. Das wird die gesamte Frage des infamen Versaillesystems verschärfen und damit alle imperialistischen Gegensätze, die sich aus ihm ergeben. Jetzt wie stets muß die Arbeiterklasse Großbritanniens den härtesten Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber im Lande führen.“

Und der Krieg tobt

Furchtbare Schlachten in der Mandchurei — Nur die chinesische Revolution und die internationale Solidarität rettet das chinesische Volk vor seinen Peinigern

Schanghai, 2. Dezember. Nach chinesischen Meldungen sind in der Mandchurei furchtbare Schlachten im Gange. Die Japaner haben nach schnellem March längs der ostchinesischen Bahn die Stadt Schalantun in heftigen Kämpfen mit den Aufständischen eingenommen. 6 japanische Flugzeuge haben Schalantun mit Bomben belegt. Zahlreiche Zivilisten sind getötet und viele Gebäude zerstört worden. Die Japaner marschieren nordwestlich von Tschitar und für heute morgen wird eine große Schlacht erwartet. Ein blutiges Gefecht spielte sich auch am Nonnifluß ab, wo ein japanisches Kanonenboot von Aufständischen angegriffen wurde.

Der Völkerbund verschleppt weiter

Genf, 2. Dezember. Der Neunzweihnerausschuß des Völkerbundes beschloß, daß die am 6. Dezember beginnende Vollversammlung zu dem Ljntonbericht Stellung nehmen soll, dann wird erst der Ausschuß wieder einen Entschließungsentwurf ausarbeiten. Da die Aussprache in der Völkerbundversammlung allein mehrere

Wochen in Anspruch nehmen soll, wird jetzt schon erklärt, daß von einer Entschliebung in diesem Jahre wohl keine Rede mehr sein kann.

„Das chinesische Volk zum Aufstand bereit“

Die mandchurischen Aufständischen haben ein Telegramm an den Völkerbund geschickt. In diesem Telegramm wird gesagt, daß „das chinesische Volk zum Aufstand bereit ist und ebenso bereit ist, den imperialistischen Räubern Widerstand zu leisten.“ Die Zahl der Aufständischen in der Mandchurei wird mit 1 Million angegeben. Das chinesische Volk werde niemals den Mandchuren anerkennen. Das Telegramm schließt mit den Worten: „Es ist möglich, daß die chinesische Regierung nicht in der Lage ist, die Mandchurei wiederzuerobern. Das chinesische Volk ist jedoch fest entschlossen, die imperialistischen Räuber zu verjagen.“

Der 102. Hochofen in der Sowjetunion

Die Arbeiter und Spezialisten des Kossogorer Hüttenwerks berichteten an das ZK. und den Volkskommissarenrat: „Der dritte Hochofen des Kossogorer Hüttenwerks überschritt am 27. November, um 18.12 Uhr, in die Reihen der bereits in Betrieb stehenden Hochöfen der sozialistischen Industrie getreten. Der Hochofen arbeitet normal, alle Aggregate arbeiten ausgezeichnet.“

Neue Kommunistenverhaftungen in Tokio

Von Sozialdemokratie an die Polizei denunziert

Tokio, 2. Dezember. Die Polizei gibt bekannt, daß sie eine Verhaftung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgeführt und 11 Funktionäre verhaftet habe. Die Verhafteten hätten gerade neue Streikmaßnahmen gegen Lohnabbau und gegen den Krieg besprochen. Die verhafteten Arbeiter sollen von der Sozialdemokratie der Polizei denunziert worden sein.

Generalfstreik der Athener Verkehrsarbeiter

Athen, 2. Dezember. Nachdem bereits seit mehreren Tagen die Arbeiter und Angestellten der Privatautobusse im Streik stehen, haben sich jetzt auch die Straßenbahner und Gasarbeiter dem Kampf angeschlossen, so daß im Athener Verkehrsweisen der Generalfstreik herrscht. Der gesamte Verkehr in Athen liegt still und die Stadt ist ohne Gasversorgung. Auch die Bäckergehilfen haben sich dem Streik angeschlossen, so daß bereits morgen die Brotvorräte anzugehen drohen. Streikbrecher, die von der Regierung eingeführt wurden, wurden von den Massenstreikposten gemeinsam mit der sympathisierenden Arbeiterbevölkerung verprügelt. Die Regierung will den Belagerungszustand verhängen.

Die Matrosen des „Patjomkin“ bewiesen, wessen sie fähig waren, als sie sich endlich von der ihnen aufgezungenen Unfähigkeit befreien durften. Schon am Tage vorher erfuhr sie aus aufgefundenen Telegrammen, und durch die Auslandschaftung des Dampfers „Smjely“, daß zwei Geschwader sich gegen den „Patjomkin“ in Bewegung gesetzt hatten und bereiteten sich noch am selben Abend zum energischen Kampf vor. In ihrer Entschlossenheit, im Kampf zu liegen oder ehrenvoll zu sterben, kamen sie zum Beschluß: nimmt der Kampf ein ungünstiges Ende, so bohren wir den Kreuzer in den Grund.

Endlich zeigten sich am Morgen des 17. Juni die Umrisse der gegen den „Patjomkin“ geschickten zaristischen Kriegsschiffe. Der revolutionäre Panzerkreuzer bereitete sich vor, ganz allein gegen das Geschwader zu gehen.

Währenddessen schickte Admiral Wischnjewjezki ein Telegramm an den „Patjomkin“.

„Meine lieben Matrosen der Schwarzen-See-Flotte“, lautete es, „wir kränken uns sehr über eure Handlungsweise. Was wollt ihr, ihr Wahnsinnigen? Ergibt euch! Den Kopf des Reuigen trifft das Schwert nicht! ...“

„Wenn Sie wissen möchten, was wir wollen, dann kommen Sie auf den „Patjomkin!“ — antworteten die Meuternden dem Admiral.

Auf dem Geschwader des Admirals Wischnjewjezki war es unruhig und als er bemerkte, daß der „Patjomkin“ seine Maschinen in Gang setzte, um ihm näher zu kommen, ließ er sofort ins offene Meer feuern. „Patjomkin“ fuhr, aus Angst, auf Minen zu stoßen, nach Odessa zurück. Das Geschwader Wischnjewjezki's, das vor dem „Patjomkin“ gestückelt war, kehrte gegen halb einmittags, gestärkt durch das aus Sewastopol kommende Geschwader des Admirals Krieger nach Odessa zurück, und sich im Halbkreis aufstellend, verperrte es den Ausgang der Bucht. Außer fünf Panzerkreuzern waren noch mehrere Minenboote gegen den „Patjomkin“ gekommen. „Patjomkin“ setzte seine Maschinen in Gang und begann sich in der Richtung des Geschwaders zu bewegen. Nachdem er zwei Wert gefahren war, blieb er stehen. Die Kriegsschiffe der vereinten Geschwader umringten ihn. Doch das Hinausströmen der ganzen Besatzung auf die Decks sämtlicher Schiffe der beiden Geschwader bewies deutlich, daß die Disziplin schon gelodert war. Wie es im Bürgerkrieg sehr häufig der Fall ist, machte die enge Berührung mit den Meuternden, die dadurch entstand, daß „Patjomkin“ mutig durch das ganze Geschwader fuhr,

einen außerordentlich revolutionierenden Eindruck auf die Matrosen der beiden Geschwader. Als die Schiffe der beiden Geschwader die auf sie gerichteten drohenden Geschütze des meuternden Panzerkreuzers sahen, als sie die strenge Disziplin bemerkten, die sich darin äußerte, daß die Besatzung des „Patjomkin“ sich nicht auf dem Deck befand, wie es auf allen Schiffen der beiden Geschwader der Fall war, als sie den Ruf vom obersten Deck des „Patjomkin“ zu hören belamen: „Es lebe die Freiheit! Hurraa!“ kamen sie in solche Begeisterung, daß sofort von drei Panzerkreuzern, „Sinop“, „Georgij“ und „Zwölf Apostel“ — wie ein Donner der mächtige, unheildrohende Schrei ertönte: „Hurraa! Hurraa! Hurraa! Es lebe die Freiheit!“ der alle zaristischen Admirale und Offiziere erzittern machte.

„Daraufhin“, meldete später der Oberkommandierende General Kuchanow, „begann eine unbegreifliche Evolution der Schiffe der Geschwader. Die Admirale gaben, als sie bemerkten, daß die Besatzung dreier Panzerkreuzer vollständig auf der Seite des „Patjomkin“ war, den Befehl, die Schiffe rasch umzuwenden. „Patjomkin“, der in der Richtung nach Odessa feuerte, fuhr zwischen den Panzerkreuzern „Kostiklaw“ und „Sinop“ durch. Wieder ertönte vom Deck der zaristischen Geschwader ein dröhnendes „Hurraa!“ als Gruß für die Meuternden. Die Besatzung des „Georgij“ geriet ins Schwanken. Ein Kampf spielte sich auf ihm ab. Er endigte mit dem Sieg der revolutionären Partei. „Georgij“ teilt sich vom zaristischen Geschwader ab und schließt sich „Patjomkin“ an. Der in Unruhe geratene Admiral auf „Kostiklaw“ telegraphiert dem „Georgij“: „Folgt dem Geschwader!“

„Ich kann nicht! Ich kann nicht! Ich kann nicht!“ antwortete „Georgij“, der dem „Patjomkin“ folgte.

Auch „Sinop“ gerät ins Schwanken. Man sieht vom „Patjomkin“ aus, wie er bald aus den Reihen des Geschwaders feuert. Bald dem Geschwader folgt. Auch dort spielte sich augenscheinlich ein Kampf zweier Parteien ab. Von seinem Deck ertönte ein besonders lautes „Hurraa!“, als „Patjomkin“ an ihm vorbeifuhr. Endlich war der Kampf beendet. Die der Obrigkeit ergebene Partei siegte. Der Panzerkreuzer „Zwölf Apostel“ bekommt den Befehl, die Geschütze auf „Patjomkin“ zu richten und ihn zu verjagen. „Patjomkin“ richtet seine Geschütze auf den „Zwölf Apostel“ und erteilt ihm den Befehl, zu halten.

(Fortsetzung folgt)

4-Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

53. Fortsetzung.

Sie verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Soldaten signalisierten ihrerseits dem „Patjomkin“: „Seht das Bombardement jetzt, morgen früh schließen wir uns euch an!“ Leider verhehlte die verräterische Weidemeier vor der Besatzung des Panzerkreuzers dieses Signal, das so einen großen Einfluß auf die Fortsetzung des Bombardements hätte haben können, auf das Bombardement, das so revolutionierend auf die Soldaten wirkte und vor dem, gerade aus diesem Grund, die Macht habenden der Stadt so zitterten. Kiriil schreibt in seinem „Elf Tage auf dem Patjomkin“: „Wäre eine Verbindung des Panzerkreuzers mit der Stadt dagewesen und hätten die Matrosen gewußt, was für einen Eindruck die vom Panzerkreuzer kommenden Schüsse auf alle, besonders aber auf die Soldaten gemacht haben, so hätten sie ganz bestimmt das Bombardement fortgesetzt. Da aber die Verbindung mit dem Meer unterbrochen wurde und niemand aus der Stadt zum Panzerkreuzer fahren konnte, verloren die Matrosen die Lust, das Bombardement fortzusetzen.“

Ein Panzerkreuzer gegen das ganze Geschwader

Während die „Vereinigte Kommission“ untätig blieb und keine Schritte unternahm, um den meuternden Panzerkreuzer als mächtige Treibkraft gegen die zaristische Regierung auszunützen, ruhte diese Regierung keinen Augenblick. Vom Meer und vom Land rückten Verstärkungen an. Am 16. Juni, spät in der Nacht, kamen nach Odessa Regimenter, die von vertriebenen Orten beordert worden waren, die Odesaer Garnison abzulösen. Ebenso nahm die eben angekommene 15. Artillerie-Brigade ihre Position am Lansheron, unter Bewachung von zwei Roten ein.

Am 17. Juni, um halb acht Uhr morgens, erschien beim Bolschoj Fontan das Geschwader des Admirals Wischnjewjezki, das ebenfalls zu Hilfe des Generals Kuchanow eilte.

ROTER ARBEITER-SPORT

„Stern“ Zirlau — Berglandmeister

„Stern“, Zirlau schlägt im zweiten Spiel „Sturm“, Sandberg mit 3:1 (2:0).

Reichlich 300 Zuschauer umsäumten den Freiburger Platz und wurden Zeuge eines flotten, fairen, den Arbeitersport fördernden Spieles. Mit dem Anstoß von „Sturm“ entfaltete sich sofort ein ausgeglichenes Feldspiel, jedoch ist „Stern“ sicherer am Ball, was ihnen nach und nach eine leichte Überlegenheit einbringt. „Sterns“ Sturm legt nun mächtig los und durch eine tadellose Flanke von rechts sendet der Mittelflächer unhaltbar zum ersten Treffer ein, welchen kurze Zeit danach der zweite Erfolg angereicht wird. Die Gäste übernehmen ihrerseits Gegenangriffe, sind jedoch vor dem Tor zu unentschlossen, um Erfolge zu erzielen. Nach dem Wechsel versuchen beide Mannschaften etwas Jährliches zu erreichen, jedoch beide Hintermannschaften halten ihr Heiligtum sauber. Saubere Einzelleistungen und Kopftreue gaben dem Spiel zeitweise eine schöne Note. Halbrochts von „Stern“ ist es, welcher durch unhaltbaren Fernschuß auf 3:0 erhöht. Das Spiel neigt sich dem Ende zu und mit der beginnenden Dunkelheit erzielt Halbrochs von „Stern“ den längst verdienten Ehrentreffer. Das Resultat 3:1 entspricht vollumfänglich dem Spielverlauf. Das Spiel der zweiten Mannschaften Fichte I - Hausdorf — „Stern“ II, Zirlau, um die Bezirksmeisterschaft der B-Klasse, sah „Stern“ mit 3:0 als glücklichen Sieger. Ein völlig versagender Sturm bei den Zirlauern ließ die Hausdorfer Elf zu einer guten Form auflaufen und immer einen ebenbürtigen Gegner ergeben. Das Resultat von 3:0 ist den gezeigten Leistungen der Sternstürmer etwas zu hoch. Beide Schiedsrichter leiteten zur vollsten Zufriedenheit.

Warum nicht Rot-Sport in Waldenburg

Aus Waldenburg erhalten wir folgende Zuschrift: Wir möchten beantwortet haben, warum gerade im Waldenburger Gebiet Rot-Sport so wenig vertreten ist. Wir finden das in sämtlichen Sportarten, z. B. Fußball, Wandern usw. Wieviele Kollegen möchten nach getaner Arbeit ihre Freizeit in der Natur

unter gleichgesonnenen Sportgenossen verbringen? Wenn die Leitung von Waldenburg besonders Interesse hätte, würde sie auch in herrlicher rege Unzufriedenheit über die Führung unter der Flagge der „Eisernen Front“. Warum gründet ihr nicht einen Verein, der sämtliche Sportabteilungen besitzt. In vielen reformistischen Vereinen sind Austritte erfolgt, und weitere werden noch erfolgen, da die Sportgenossen indirekt gezwungen waren, sich vor den Karren der „Eisernen Front“ zu spannen. Wir bitten um Auskunft in derselben Presse.

Mit proletarischem Gruß!
F. S. und B. Z.

Agitationsbezirk Eiegny

Fichte I Eiegny — Freie Sportfreunde I Zauer 1:5

Da man hier einen ausgeglichenen Kampf erwartete, so kam doch der Sieg der Freien Sportfreunde - Zauer über Fichte - Eiegny etwas überraschend. Bei Spielanfang zeigen beide Mannschaften ein offenes Spiel, mitunter zeigt Eiegny Schwache Überlegenheit, jedoch an der Zauerischen Hintermannschaft scheitert alles. Während der Sturm von den Freien Sportfreunden gutes Zusammenenspiel zeigte, konnte der Sturm von Fichte - Eiegny überhaupt nicht gefassen. Nach der Halbzeit zeigt Zauer völlige Überlegenheit, mithin mußte auch Eiegny diese Niederlage hinnehmen. Die Zuschauer waren auch von Fichte - Eiegny enttäuscht, und hoffen, daß Eiegny bei dem nächsten Spiel auf dem Haag wieder mit seinen alten Leistungen aufwartet.

Vorschau!

Fichte I Eiegny — Fichte I Bunzlau

Obige Mannschaften stehen sich um 14 Uhr auf dem Haag zum fälligen Freundschafts-Rückspiel gegenüber. In welcher Spielstärke

sich jetzt Bunzlau befindet, kann wir hier nicht sagen, jedenfalls wird Fichte - Eiegny mit anderen Leistungen aufwarten müssen, um das Spiel zu gewinnen. Wenn die Eiegnyer wollen, können sie schon ein gutes technisches Spiel zeigen.
Zuvor stehen sich die 2. Mannschaften beider Vereine gegenüber.

Greiffenberg — Halbau 5:2

Am 27. November wurde das Serienspiel zwischen Greiffenberg und Halbau ausgetragen. Greiffenberg war in diesem Spiel von Anfang an etwas überlegen, was sich nach der Halbzeit noch deutlicher bemerkbar machte. Resultat 5:2. Greiffenberg steht in der Serie im Görlitzer Bezirk an erster Stelle.

Agitationsbezirk Breslau

Gesellschaftsspiele am Sonntag, dem 4. Dezember

Favorit 1 — Ost 1 Rasensport - Carlowitz, 14,00 Uhr (Schiri 18).

Grün-Weiß 1 — Fortuna 1, Rot-Weiß-Platz, 13,45 Uhr (Schiri 42).

Am 7. Dezember findet bei Obricht, Leuthenstraße, die im Arbeitsplan festgesetzte Schiri-Vollversammlung statt. In dieser Versammlung müssen alle Schirien erscheinen.

Wir weisen die Vereine noch einmal auf den Arbeitsplan hin, monoch bis spätestens 5. Dezember 1932 die Adressen der Schiri-Obleute dem Bezirks-Schiri-Ausschuß mitgeteilt sein müssen, anderenfalls 50 Pfennig Strafe.

Bei dem am 11. Dezember steigenden Serienspiel Schwarz-Weiß I — Solf I, ist Schwarz-Weiß platzbauend.

Fichte, Wanderpartie

Sonntag, den 4. Dezember: Nachmittagsspaziergang. Treffen 14 Uhr, am Fichteheim. Abend im Fichteheim.

Dienstag, den 6. Dezember: Roter Klubabend. Musik, Gesang, Rezitation, Schallplatten. Alle Bekannte und Freunde sind dazu eingeladen.

Dienstag, den 13. Dezember: Lichtbildervortrag über „Italien“.

Revolutionäre Arbeiter

Heraus zum Solidaritätsspiel der roten Sportler

am Sonntag, dem 4. Dezember, 10 Uhr, auf dem Vorwärtspfad an der Langengasse. Um 10 Uhr Auswahlspiel der roten Fußballer. Um 11,30 Uhr, Auswahlspiel der roten Handballer, anschließend Schülerfußballspiel Ost-West. Eintritt 10 Pfennig, zur Unterstützung der im Hungerstreik befindlichen proletarischen, politischen Gefangenen.

Massenorganisationen

Rundfunk-Programm

Sonntag, 4. Dezember

- 6.35: Hamburg: Hafenkonzert. Glöden vom Großen Michel.
- 8.15: Chorleiter des Männergesangsvereins Laetitia.
- 9.10: Fünf Minuten für den Kleingärtner.
- 9.20: Schlußfunk.
- 11.00: Vortragsabend: grüßt Verhart Hauptmann, von H. C. Jacob.
- 11.30: Leipzig: Bach-Kantate: Meine Seele ruht und preist.
- 12.00: Aus Dorotheen. Mittagskonzert der Funkkapelle.
- 14.00: Mittagsberichte.
- 14.05: L. Conrad: Gereimtes — Ungereimtes.
- 14.20: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
- 14.35: Rektor Ritzke: Advent und Weihnacht im Volksbrauch.
- 15.05: Düsseldorf: Deutschland — Holland. Fußball-Länderspiel.
- 15.45: Rinderfunk: Der Nikolaus kommt! Musikalisches Spiel.
- 16.15: Gleiwitz: Barbarafest. Das Fest der Bergleute.
- 16.45: London: Blasfoniert des BBC-Funk-Militärorchesters.
- 18.00: General a. D. Stulpmann: Die sittliche Bedeutung des Wehrgebanens.
- 18.30: Geistliche Abendmusik.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- Anschl. Dreißig Minuten Heiterkeit.
- 20.00: Sportereignisse des Sonntags (Schallplatten).
- 20.30: Wien: Wein, Weiß und Gelbes. Funtrottpourri.
- 22.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Programmänderungen.
- 22.30: Wien: Tanzmusik. Schlager 1932.

Montag, 5. Dezember

- 10.10: Schlußfunk: Zur 175. Wiederkehr des Tages der Schlacht von Luthen. (Mit Schallplatten)
- 15.40: Buchberater für Weihnachten.
- 16.00: Dr. Schellberg: Die gegenwärtige Lage der bildenden Künste und des Kunsthandwerks in Schlesien.
- 16.20: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
- 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- Anschl. Amtsgerichtsrat Dr. W. v. der: Die Hausfrau geht einkaufen.
- 17.55: Dr. Seiffert: Berichte aus dem geistigen Leben.
- 18.15: Fünfminütige Minuten Englisch.
- 18.40: Der Zeitdienst berichtet.
- 19.00: Univ.-Prof. D. Dr. Köh: Die Wurzeln der modernen Zeit im Spätmittelalter.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- Anschl. Abendmusik auf Schallplatten.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.00: Leuthen. Zur 175jährigen Wiederkehr der Schlacht (5. 12. 1757). Hörspiel.
- 21.00: Abendberichte.
- 21.10: Fünfminütige Quartett spielt. Werke von Brahms, Semlitsch.
- 22.10: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- 22.25: Funktechnischer Briefkasten.
- 22.35: A. v. Bauwilk: Unbekanntes aus der Pferbericht.

Dienstag, 6. Dezember

- 10.10: Leipzig: Schlußfunk: Robert Schumann-Konzert f. d. Jugend.
- 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- Anschl. A. Conrad: Weihnachtslied und Weihnachtsstern.
- 15.30: Rinderfunk: Bewegungsspiele — Der Markivan-Klaus.
- 16.00: Schlesische Tonleiter Hermann Rilge. Witw.: Gerda Rilge. H. Rilge Klavier. H. Schide (Viola).
- 17.00: Buchberater für Weihnachten. Technil für Jung und Alt.
- 17.20: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- Anschl. Dr. Eiter: Biografische Biografie zum 100. Geburtstag.
- 17.55: Der Zeitdienst berichtet.
- 18.30: Dr. Kaffow: Reich und Reformation.
- 19.00: Beleuchtung von Rundfunkförderungen.
- 19.15: Abendmusik auf Schallplatten.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.15: München: Ein Walzertraum. Operette von Oscar Straus.
- 22.20: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- 22.50: E. Wagner: Aufführungen der Schlesischen Bühne.

Mittwoch, 7. Dezember

- 15.30: Lehrer Schmierstott: Schulleitung und Lebensbewahrung. — Rektor Neumann: Weihnachtsstimmung in Schule und Haus.
- 18.00: G. Kozlik: Ochsleistlicher Kalender 1933.

Vertrauenssache ist der Einkauf von Elektro- und Radioartikeln **Darum geh' zum Fachmann**
Fritz Jenner Ingenieurbüro für elektrische Licht-, Kraft- u. Radioanlagen
Reußenhohle 38 und Neue Weltgasse 5 Reparaturwerkstatt

- 16.15: London: Österreich-England. Fußballkampf. 2. Halbzeit.
- 17.10: Aus Operetten.
- 17.45: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- Anschl. Grubenwörter als Reiter. Zwei Bergmannsgeschichten aus alter Zeit, von Paul Sabatiska.
- 18.00: Charlotte Rung: Blumenstauden im Heim durchs ganze Jahr.
- 18.15: Sensationen von gestern. Der Pionier Damioc erzählt.
- 18.35: Polizei-Oberleutnant a. D. Jäschke: Vogelfütterung im Winter.
- 18.55: Dr. Laßowski: Verkanntes Oberösterreich.
- 19.20: Zur Unterhaltung.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.00: Anna. Eine kleine Rundfunk-Kantate von R. Blaul. Musik von F. Verhard.
- 21.00: Abendberichte.
- 21.10: Zum Lang. Konzert der Funkkapelle.
- 22.30: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- 22.50: Köln: Nachtmusik des Funtorchesters.

Donnerstag, 8. Dezember

- 9.00: Leipzig: Schlußfunk: Besuch beim Lärmer von St. Annen zur Weihnachtszeit.
- 10.10: Schlußfunk: Deutsche Brüder an der Wolga.
- 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
- 15.40: G. Fröhlich: Das Weihnachtswochenende naht!
- 15.50: Buchberater für Weihnachten.
- 17.10: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
- 17.00: Rinderfunk: Säneelöcher, Weichlöcher, schon kommt die gelchne!
- 17.25: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- 17.30: Musik der Bach-Ebene. Am Klavier: Emil Dieck.
- 17.55: S. Wittkowski: Heinrich Schütz, ein Führer in deutscher Notzeit.
- 18.20: Der Zeitdienst berichtet.
- 18.35: G. Dabel: Verwaltungsreform und Behördenangelegenheit.
- 19.00: Univ.-Prof. Dr. Köh: Martin Luther.
- 19.25: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Leipzig: Paul-Linde-Abend des Sinfonieorchesters.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.

- 20.30: Konzert der Sinfonien Harmonie.
- 20.45: Gesänge mit Orchester. Witw.: Gerda Glömann (Mit.). — Schlesische Philharmonie.
- 21.10: Abendberichte.
- 21.20: Joltan Rodahn zum 50. Geburtstag des Komponisten Schlesische Philharmonie.
- 22.10: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- 22.30: Fünf Minuten Esperanto.
- 22.40: G. Kaffow: Kreuz und quer durch Schweden.

Freitag, 9. Dezember

- 8.30: Fünf Minuten für die Hausfrau.
- 9.10: Berufsschulfunk: Jugend vor Gericht.
- 15.40: Jugendfunk: Ein Tag in einem Erbschüttenwerk.
- 16.10: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
- 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- Anschl. Univ.-Prof. Dr. Koeber: Politische und soziale Aufgaben der Reformationszeit.
- 18.00: Paul Fritschauer liest aus eigenen Werken.
- 18.30: Der Zeitdienst berichtet.
- 19.00: Univ.-Prof. Dr. Köh: Galil und Renaissance.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.00: Orlando Lassus. Konzert des Domchors Einführung: Dr. Blasse.
- 21.00: Abendberichte.
- 21.10: Gut ab vor Onkel Eddie! Luftspiel von Rudolf Kurb.
- 22.10: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- 22.30: Zu Unterhaltung und Tanz. Konzert der Funkkapelle.

Sonnabend, 10. Dezember

- 10.10: Köln: Schlußfunk: Szenen aus: Prinz von Somburg, von Heinrich v. Kleiff.
- 15.40: Die Filme der Woche.
- 16.00: Rapellmeister Behr: Die erste schlesische Sängerkirche in Breslau.
- 16.30: Berlin: Unterhaltungskonzert.
- 18.00: Buchberater für Weihnachten: Tierbücher.
- 18.20: Dr. Krause: Rückblick auf die Vorträge der Woche.
- 18.45: Der Zeitdienst berichtet.
- 19.15: Abendmusik auf Schallplatten.
- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.00: Lustiger Abend.
- 22.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
- ca. 21.00: Abendberichte.
- 22.30: Hamburg: Tanzmusik des Orchesters Bernard Etté.

Radio-Apparate

und sämtliche Zubehöre aller Marken-Fabrikate in großer Auswahl

Bequeme Teilzahlung!

Qualitäts-Anoden
60 Volt 360 90 540 100 595

Eigene Reparatur-Werkstatt

und Bau von Antennen

Billige Puppenstuben-Lampen

Elektrische Fahrradlampen

Osram-Glühlampen

Elektrischer-Apparate

Spielezeug-Motore

Große Auswahl in Feuerzeugen

Schwachstrom-Abteilung



Taschenlampen-Vertrieb G.m.b.H.
Breslau I, Januschstraße 42, Ecke Uralerstraße. Telefon 200 85

Moskau und andere Stationen

hören Sie mit den Apparaten der führenden Spezial-Geschäfte

Radio-Wachplatz

Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 16-18, Tel. 590 66

Radio-Dienst

Breslau, Grabschener Str. 75 — Alles auf Teilzahlung

„Noch billiger“ ist die Parole!

Alle Zubehörteile für Radio- und Rundfunkhörer, vom Bananenstecker bis zum besten Apparat zu außergewöhnlich niedrigen Preisen

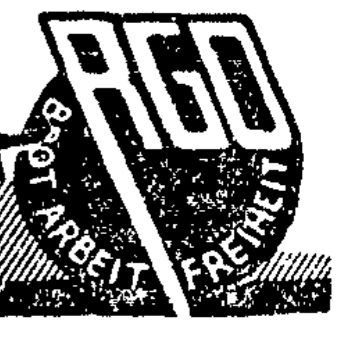
Bar.-Anod., 100 Volt nur Mk. 3,99! Akku, erstkl. Fabr. nur 2,95, Ottimm.-Dreko. 35 Pf. Perlinscepl., 20x30 cm . 62 Pf. Hörer extra lautstark . . nur 1,99

RADIO QUELLE



Nur Breslau I Reusche-str. 8

Betrieb und Gewerkschaft



Auf betriebliche Delegierten-Konferenzen kommt es an!

Am Betrieb gilt es, die Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten zur wirklichen Sammlung der Belegschaft zu einheitlichen Kampfhandlungen zu kontrollieren. Wir müssen die Belegschaft zum gemeinsamen Handeln erziehen und durch eine systematische Anwendung der Einheitsfrontpolitik im Betrieb, von der Weichlingsaktion über Protestaktionen bis zum Streik die kämpfende Einheitsfront schmieden. Der politische Inhalt unserer Betriebsarbeit muß in den Dienst der konkreten Kampfmobilisierung treten. Nicht mechanische Streikparolen, sondern konkrete Ausnutzung des in jedem Betrieb vorhandenen Konfliktpotentials für die Mobilisierung der Arbeiter, Schaffung des revolutionären Vertrauenskörpers im Betrieb und Einführung der Methode der parteilosen Beratungen, um die Schlagfertigkeit der Zelle im Betrieb zu sichern.

(Ernst Thälmann auf der Parteiarbeiterkonferenz im Oktober 1932.)

Die Angriffe der Unternehmer gegen die Belegschaften wurden in den letzten Wochen immer mehr von ganzen Industriezweigen auf die einzelnen Betriebe verlegt. Der Angriff hat zum Inhalt den direkten Lohnabbau mit Hilfe der Notverordnung, den indirekten Lohnabbau auf dem Wege z. B. der Nichtbeförderung oder Degradierung der Bergarbeiter, die Leistungssteigerung, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und der sonstigen Arbeitsbedingungen. Bei all diesen Angriffen der Unternehmer, sei es im Bergbau, in der Textil- oder Metallindustrie, sei es bei den Gemeindefeldern, Lehrern, Glas- oder Landarbeitern, steht der Betrieb in der Angriffsfront. Das verpflichtet uns, das Schwergewicht der Kampfmobilisierung in den einzelnen Betrieb und darüber in die kleinste Belegschafts-Zelle zu verlegen.

Wir müssen jetzt jeden Betriebspunkt, jede einzelne Abteilung zum Zentrum unserer Mobilisierungsarbeit machen!

Der Kampf am einzelnen betrieblichen Frontabschnitt gegen einzelbetriebliche Angriffe und um einzelbetriebliche Forderungen ist die wichtigste Voraussetzung für die Organisation größerer Kämpfe um die Durchsetzung der generellen Forderungen.

Dass die weiteren Angriffspläne der Industriekarone nur an dem entschlossenen Widerstandswillen, an der Kampf- und Streikbereitschaft der Bergarbeiter scheitern können, dürfte auch den meisten Arbeitern mittlerweile klar geworden sein. Die jährlichen Streikflüge im ganzen Reich, die unter revolutionärer Führung errungen wurden, wo hingegen die von den reformistischen Führern geführten Kämpfe meistens verloren gingen, geben ihre Wirkung nicht verfehlt. Für sie steht jetzt die Frage der Schaffung einer zuverlässigen und vertrauenswürdigen Kampfführung im Vordergrund aller Diskussionen. Diese zu schaffen, das ist unsere große Aufgabe, aber auch die größte Schwierigkeit in unserer Arbeit.

Warum betriebliche Delegierten-Konferenzen?

Die Durchführung betrieblicher Delegiertenkonferenzen bedeutet die Anwendung solcher Mobilisierungsmethoden, die uns ermöglichen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Die beste Möglichkeit zur Errichtung der allumfassenden betrieblichen Einheitsfront ist uns damit gegeben.

Durch die Konferenzen haben wir die größte Gewähr, einheitliche Auffassung und Klarheit über die zu treffenden Gegenmaßnahmen in die gesamte Belegschaft hineintragen, deren Widerstandswille zu wecken und zur höchsten Kampfbereitschaft zu steigern. Während wir mit der bisherigen Methode der Belegschaftsversammlungen nur an einen Teil (oft einen sehr kleinen) der Belegschaft herantraten, bieten uns die Delegiertenkonferenzen die Möglichkeit, alle Teile der Belegschaft zu erfassen und sie einer einheitlichen betrieblichen Führung zu unterstellen. Das bedeutet nicht, daß wir auf die Belegschaftsversammlung verzichten, sondern umgekehrt, daß wir für die Durchführung allumfassender Belegschaftsversammlungen die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Diese Führung muß zunächst der betriebliche Einheitsausschuss sein, welcher in der ersten betrieblichen Delegiertenkonferenz auf breiter Einheitsfrontgrundlage geschaffen und in der nachfolgenden Belegschaftsversammlung bestätigt werden muß.

Haben wir erst einmal verstanden, gut besicherte Delegiertenkonferenzen zu organisieren, so wird es uns auch nicht schwer fallen, auf solche Belegschaftsversammlungen durchzuführen. Die von den einzelnen Kameradschaften gewählten Delegierten werden uns dabei die beste Hilfe gewähren. Des Weiteren ist es uns dann auch viel eher als bisher möglich, durch Zusammenfassung aller Delegierten der einzelnen Betriebe große zentrale Konferenzen durchzuführen, um so für die einzelnen Industriezweige (Baldernburg, Bergbau; Langenscheidt, Textil; Bergbau, Glas; usw.) die erforderlichen Maßnahmen festzulegen und die einheitliche Führung zu schaffen und zu sichern.

Das erfordert, daß die Delegierten der Belegschaften nicht nur eine einmalige Aufgabe erfüllen, sondern daß sie ständig in Funktion bleiben, daß sie ständig, wenn es erforderlich ist, zusammentreten

können, um die notwendigen Kampfmaßnahmen zu beraten und stabsbedienliche zu fassen. Mit Hilfe der Delegierten sind wir besser in der Lage, auf alle Unternehmervorfälle sofort reagieren zu können. Die Delegierten müssen mit den Betriebsräten der Einheitsliste und den Betriebsvertrauensleuten unter Führung der RWG, mutige Organisatoren des betrieblichen und allgemeinen Kampfes der Arbeiter werden und den Einheitsausschuss als betriebliche Führung mit der gesamten Belegschaft fest verbinden.

Die Betriebsdelegierten sind kein Ersatz, keine andere Bezeichnung für die Betriebsvertrauensleute. Die Betriebsvertrauensleute gehören zu den roten Betriebsräten, sind das Bindeglied zwischen diesen und der Belegschaft. Sie müssen die roten Betriebsräte bei der Wahrnehmung der Belegschaftsinteressen unterstützen.

Die Betriebsdelegierten sind die Bindeglieder in der von uns zu organisierenden betrieblichen Einheitsfrontbewegung. Die Betriebs-

gruppen der RWG, müssen die organisierenden Faktoren sein. Sie müssen vor allem verstehen, eine wirkliche und erfolgreiche Einheitsfrontpolitik zu machen, um die freigewerkschaftlichen und christlichen sowie anders organisierten Arbeiter dem verdrängenden Einfluß der reformistischen und christlichen Bürokratie zu entziehen und so eine alle entscheidende Teile der Belegschaft umfassende Front des entschlossenen Kampfes gegen die Unternehmer errichten. In der Organisation der Delegiertenkonferenzen, dem Aufbau des Delegiertenbundes, der Schaffung der Einheitsausschüsse als betriebliche Führung müssen die RWG und der GVD, ihr Können, ihre Initiative und Tatkraft unter Beweis stellen und dadurch das Vertrauen der Arbeiter und diese selbst organisatorisch gewinnen. Das macht nicht zuletzt die Organisation und Durchführung einer klugen innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit erforderlich.

Wie organisieren wir die betrieblichen Delegierten-Konferenzen?

Nachdem wir oben versucht haben, den Sinn und Zweck der betrieblichen Delegiertenkonferenzen herauszuarbeiten, wollen wir uns jetzt der wichtigen Frage „Wie organisieren wir diese?“ zuwenden. Hier ist es mit einer mehr oder weniger öfteren Wiederholung der Worte „Wir müßt“ bestimmt nicht getan.

Die Organisation der Konferenzen muß auf der Basis des einzelnen Betriebes erfolgen. Es ist nicht statthaft, sie im Ortsbezirksbereich und für mehrere Betriebe zugleich zu machen. Das ist gleichbedeutend damit, den Weg des geringsten Widerstandes und Erfolges zu gehen.

Dann kommt es auf den Einfluß der organisatorischen Kräfte an. Dabei wird man am besten die Abteilung zur Grundlage nehmen. Es muß gelingen, alle Kräfte, auch die in der Organisation nicht erfassen Sympathisierenden zu erfassen. Die Durchführung von Stabensammlungen vor diesem Zweck sehr dienlich sein. Die roten Betriebsräte und Vertrauensleute müssen bei der Durchführung dieser Aufgaben ganz vorne stehen.

Die Wahl der Delegierten muß durch die Belegschaften getätigt werden, sei es im Betrieb, bei Schichtanfang oder Ende, sei es außerhalb des Betriebes in Stabensammlungen. Darauf muß alles konzentriert werden. Dafür muß auch durch eine wuchtig und einbringlich geführte Kampagne mittels Betriebszeitungen, Flugblätter, Plakaten und Beschriftungen sowie mittels Diskussionen vor dem Betrieb durch die Erwerbslosengruppen, die Eigeninitiative der Belegschaften geweckt werden.

Die gewählten Delegierten müssen, soweit sie bekannt sind, sorgfältig registriert und soweit als notwendig, durch einen GVD, oder RWG-Kameraden betreut werden.

Die Durchführung der Konferenz selbst muß ganz sorgfältig vorbereitet werden.

Dieses gilt besonders für die Wahl des Einheitsausschusses. Dabei kann nur die Betriebsgruppe Erfolg haben, die eine richtige Einheitsfrontpolitik durchzuführen verstand.

Die Aufgaben der Delegierten

Wir weisen schon darauf hin, daß die Aufgaben der Delegierten mit dem Stattfinden der Konferenz nicht erfüllt sein können, sondern daß diese dann erst richtig beginnen. Wichtig ist die Berichterstattung. Die Belegschaft der Konferenz müssen dem letzten Belegschaftsmittglied mitgeteilt und erläutert werden.

Auf Grund der Tätigkeit der Delegierten müssen die Unternehmer bald spüren, daß in der Belegschaft ein anderer Wind weht. Es muß Schluß sein damit, daß die Arbeiter weitere Maßnahmen widerstandslos hinnehmen. Es muß auf Kampf und Streik hingearbeitet werden.

Das sind die Waffen der Arbeiter gegen ihre Peiniger. Greift der Unternehmer an einer Stelle an, so muß das die ganze Belegschaft auf den Plan rufen.

Die Lösung „Einer für alle und alle für einen“ muß Nichtschmerz für die gesamte Belegschaft werden.

Dann werden die Arbeiter ihre Macht erkennen. Durch den Aufbau und Ausbau des betrieblichen Delegiertenkörpers und der Verantwortung des Einheitsausschusses als betriebliche Führung ist die organisatorische Voraussetzung dafür gegeben.

Die RWG und der GVD, stehen auf verantwortlichem Posten. Von der Initiative ihrer Funktionäre und Rader hängt es ab, ob die Arbeiterfront zum Gegenangriff gebracht werden kann.

Schon an die Organisation der betrieblichen Delegiertenkonferenzen! Durch unermüdbare, harthäufige, zielbewusste Tätigkeit, durch kluges und geschicktes Operieren sowie vor allem durch eine lebendige, erfolgreiche Einheitsfrontpolitik müssen wir uns gegen das Vertrauen und die Geselligkeit aller Arbeiter zu erwerben, um so in der Lage zu sein, diese in die unvermeidlichen Kämpfe um die betrieblichen Forderungen und darüber hinaus um die allgemeinen Lebensforderungen der gesamten Arbeiterschaft zu führen.

Generalversammlung der Breslauer Buchdrucker

Die am Sonntag, dem 27. November, abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Buchdrucker in Breslau zeigte, daß der neue Vorstand vielleicht noch etwas sozialdemokratischer geworden ist, als der alte war. Die ersten beiden Tagesordnungspunkte, Anfragen und Ausschluß von Redanten, wurden schnell erledigt. Die Redanten sind zum Teil ein Opfer des zu hohen Verbandsbeitrages. Darauf führte Kollege Keim die neuen Verbandsangehörigen, Kollegen Birnbach und Kollegen Steuer, in ihr Amt ein und betonte besonders die „schweren“ Aufgaben, die bevorstehen. Nun spricht Kassierer Steuer über die Kassenlage und siehe da, es stellt sich heraus, daß, nachdem Sporn, der frühere Bonze, den „Aufbau“ der Organisation vorgenommen hat, d. h. für sich 10000 Mark gebraucht hat, die „aufgebauten“ Kassen leer sind. Es folgten dann noch einige Zahlen, die zweifellos sehr interessant waren. Eine Beitragsenkung von 20 Pfennig pro Woche wird ab 1. Januar durchgeführt werden. Dafür wird man den Invaliden pro Tag ihre Unterstützung um 20 Pfennig kürzen. Der Vorstand begründet das damit, daß ein Invalide auch nicht mehr Zuschuß vom Ort erhalten kann als ein Erwerbsloser. Wir stellen dazu fest, daß das heißt, die Erwerbslosen gegen die Invaliden auszuspielen. In der Diskussion forderte dann der Revisor die Annahme des Vorschlages. Kollege Wilde führte dazu aus, daß die Beiträge trotz allem noch zu hoch wären. Er sprach dann u. a. auch Kollege Reim, welcher stehend die Annahme des Vorschlages empfahl, weil er ja dann, wenn er keine „Finanzpolitik“ mache, im nächsten Jahre nicht mehr gewählt würde.

Kollege Heinrich führte zu dem Punkte aus, daß man sich

für die berechtigten Forderungen der Invaliden einsetzen müßte. Beim ADGB befand man sich mit weiteren Forderungen der Unterstützten, was durch Gauborsteher Feige, welcher erklärte, daß man „lebendig“ eine Reform der Unterstützten vornehmen werde, bestätigt wurde. Wir kennen diese Reformen. Wir sehen dieselben noch deutlich in der Arbeitslosenversicherung, vorgenommen durch den sozialdemokratischen Minister Müller, und spüren auch, was von all der Reformierung heute noch übrig ist. Kollege Heinrich stellte den Antrag auf weitere Herabsetzung des Beitrages, bei gleichzeitiger Beibehaltung der alten Unterstützung. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Kollege Heinrich meldete sich zur Geschäftsordnung, aber Reim gab demselben nicht das Wort. Darauf wurde die Abstimmung vorgenommen, welche die Annahme der Vorschläge des Vorstandes ergab.

Nach vorgenommener Abstimmung meldeten sich mehrere Kollegen zur Geschäftsordnung, Reim gab jedoch keinem derselben das Wort und unterband jede Diskussion. Viele Kollegen protestierten gegen ein so „demokratisches“ Verhalten von Reim. Nun hielt Birnbach eine Rede zum Wirtschaftsprogramm und sprach über die Arbeitslosenversicherung, Hilfsbedürftigkeitssprache, Reform der Arbeitslosenversicherung, Subventionen, Krediten, Wietenrecht, Wieterschutzgesetz, Hauszinssteuer usw. Birnbach erklärte mündlich: Daß der ADGB die Anweisung durch den Einbruch in das Tarifrecht gegeben habe, daß

jeder Freigewerkschaftler die Aufgabe habe, sich gegen Lohnraub zu wehren.

Der Berliner Verlehrsarbeiterstreik hat gezeigt, wie man sich wehren muß. Er hat gleichzeitig aber bewiesen, wie der Gesamtverband die Anweisung des ADGB verstanden hat, nämlich im umgekehrten Sinne, d. h. den Streik einfach abzumürgen. Birnbach verteidigte ferner die Arbeitsdienstpflicht. Die Kollegen fragten sich, ob das Wirtschaftsprogramm des ADGB zu- bzw. Birnbach redet, daß ihm der Schweiß läuft, trotzdem hat sich ein Kollege nach dem andern verkrümelt, weil die Kollegen einfach nicht mehr an solche Programme wie das neue Wirtschaftsprogramm des ADGB glauben. Sie wissen genau, daß Tarnow und Leibarz ganz andere Pläne schmieden, um weiter „Arzt am kranken Kapitalismus“ zu sein.

In der Diskussion zeigten die Kollegen Fischer, Meißner, Kallinke und Heinrich ganz klar die Rolle des ADGB auf und sagten, nicht hineinwachsen in den Sozialismus, sondern erkämpfen wir man den Sozialismus. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk ihrer selbst sein. Kollege Heinrich forderte Taten und nicht Worte und unterbreitete der Versammlung ein Programm, in welchem er Stellung nimmt zum Lohnabbau und zum Kampf der Erwerbslosen. In diesem Programm wird der Weg gezeigt, der gegangen werden muß, um die letzten Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Der Antrag, dieses Programm allen Mitgliedern des Verbandes gedruckt zugehen zu lassen, wurde abgelehnt. Zum Schluß werden zwei Entwürfe auf Ablehnung eines Protesttelegramms nach Chemnitz verlesen. Beim ersten Antrag heißt es: Antifaschist Bartl. Reim nickt sich an dem Wort Antifaschist und heißt deshalb den zweiten Antrag, wo es heißt Arbeiter Bartl für „medmäßiger“. Die Ablehnung eines Protesttelegramms mit folgendem Wortlaut wurde beschlossene Sache.

Die Breslauer Buchdrucker protestieren gegen das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl und fordern die Aufhebung dieses Urteils.

Buchdrucker-Kollegen! Kämpft nicht für den „Umbau der Wirtschaft“ und für eine „zweite Republik“, sondern für den Sozialismus! Wehrt euch gegen jeden Angriff auf eure Löhne und eure Lebenshaltung! Kämpft mit der ADGB gegen jeden Versuch, Sozialismus!

Revolutionäre Kampfliteratur als Streithelfer

Die Betriebe sind immer noch die schwächste Stelle unserer Streikfront, obwohl wir wissen, daß ihre Eroberung und Umwandlung in kommunistische Betrieben die wichtigste Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse ist.

Es ist die Aufgabe unserer revolutionären Literatur, die Kollegen und Kollegen an der Werkbank auf die unvermeidlichen großen Kämpfe, denen sie entgegengehen, ideologisch vorzubereiten.

Die Betriebe freizufrei machen, d. h. auch ideologische Aufklärung der Belegschaften durch unsere revolutionäre Literatur! Je klarer die Arbeiter Ursachen und Zusammenhänge ihrer Ausbeutung und Unterdrückung erkennen lernen, desto zielbewusster werden sie auch lernen, ihre Kämpfe zu führen.

Unsere Betriebszellen und unsere Fraktionen in den reformistischen Verbänden müssen jede Möglichkeit restlos auszunutzen, um mit Hilfe unserer revolutionären Literatur aufklärend und somit auch wirkend zu wirken.

Aber auch dort, wo Belegschaften bereits im Kampfe stehen, darf der Streikvertrieb nicht eingestellt werden. Im Gegenteil! Überall werden die sozialfaschistischen Bürokraten, im Bunde mit den Bonzen der Christen und der Nazis, alles anzuhaben, um die Streikfront einzuschüchtern, zu zerbrechen und durch verlogene „Argumente“ zu erschüttern und den Streikvertrieb zu „rechtfertigen“ versuchen.

Nur eine ideologisch gefestigte Belegschaft wird die Streikbruch-Agenten der Bourgeoisie zurückweisen.

Es ist von außerordentlicher Bedeutung für die Stabilität und Stärkung der Streikfront, daß gerade während der Streiks unsere revolutionäre Literatur den Kampfenden das Rückgrat heißt und ihnen Mut hebt.

Ebenso bedeutungsvoll ist der Streikvertrieb in den Betrieben nach dem Streik, ganz gleich, ob sie mit einem Sieg, einem Teilerfolg oder mit einer vorläufigen Niederlage geendet haben.

In jedem Falle werden die Belegschaften nach dem Kampf Stellung nehmen, um Mängel und Schwächen festzustellen und die entsprechenden Lehren zu ziehen.

In allen diesen Fällen muß unsere revolutionäre Literatur den Betriebsarbeitern helfen, ihre Kampferfahrungen scharf und konsequent herauszuarbeiten; denn nur so wird es möglich sein, die kommenden Kämpfe auf einem höheren Niveau auszuführen und zu siegen.

Welche Literatur ist in diesen Tagen für die Betriebe besonders wichtig? Im Vordergrund stehen die beiden Broschüren, die die Weichlinge des 12. Plenums und der Parteikonferenz der KP(D) auswerten, und zwar:

Ernst Thälmann: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur.“

Wilhelm Florin: „Die Wahrheit über die Sowjetunion.“

Nicht minder wichtig aber ist für alle Betriebsarbeiter die Broschüre:

„Samburg — Streiksignal und Streikverrat“

sowie eine Broschüre über den Berliner Verlehrsarbeiterstreik, die in den nächsten Tagen erscheint. Unsere Zellen und Fraktionen werden durch Massenarbeit gerade dieser Kampfschriften in den Betrieben und in den Verbänden die Voraussetzungen schaffen, um die Werkstätten ideologisch auszurüsten.

Die RGO. im Angriff!

Auszug aus der Rede des Reichsleiters der RGO., Genossen Fritz Schulte, auf der Plenartagung des Reichskomitees der RGO.



Der Reichsleiter der RGO.
Genosse Fritz Schulte

Genosse Schulte rollte in seiner feischührenden Rede aus der wir die wichtigsten Abschnitte bringen, die verschiedenen Probleme auf. Nachdem er in klaren Ausführungen die Lage im internationalen Maßstab aufgezeigt hatte, ging Genosse Schulte ausführlich auf die Verhältnisse in Deutschland ein.

Die Lage in Deutschland

„Genossen und Genossinnen!“

Die Lage in Deutschland ist treffend gekennzeichnet durch die augenblickliche Regierungskrise, durch den Versuch, unter der Führung einer „nationalen Konzentration“ eine breitere Basis zur härteren Entfaltung der faschistischen Diktatur zu schaffen. Die verschärfte Wirtschaftskrise verschärft auch die Differenzen im Lager der Bourgeoisie immer mehr und beschleunigt gleichzeitig den revolutionären Aufstieg.

Das kapitalistische System ist reif zum Zusammenbruch. Die vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus ist zu Ende. Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft nur noch mit faschistischen Diktaturmethoden aufrechterhalten. Mit dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung ist auch das Ende der sozialen Reformen gekommen.

Die Ereignisse bekämpfen unsere richtige marxistische Politik und geben all unseren Voraussetzungen recht. Wir sind es gewesen, die neben der einzigen antikapitalistischen Partei, der RGO., erklärt haben, daß der Kapitalismus bald nicht mehr in der Lage sein wird, dem Proletariat ein trockenes Stück Brot zu bieten und sich die Massen für den revolutionären Kampf entscheiden müssen. Heute ist es soweit!

Daß die Massen immer mehr erkennen, daß nur unsere Politik zum endgültigen Sieg über die Feinde der Arbeiterklasse führen wird, das beweist der Ausgang der letzten Reichstagswahl. Ich frage: Ist es nicht von äußerster Bedeutung, daß der Wahlsieg der RGO. dort am größten war, wo es der RGO. gelungen ist, Streiks auszulösen und wo diese Streikämpfe gleichzeitig mit einem scharfen prinzipiellen Kampf gegen die SPD. und UGB.-Führer, gegen die christliche Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Nazis verbunden wurde? (Zustimmung.)

Zunächst, das zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, gemeinsam mit der Partei die Mehrheit des deutschen Proletariats zu erobern. Wir waren imstande, durch zähe unermüdete Mobilisierung und Organisation eine gewaltige Streikwelle auszulösen, die mit dem Streik der 22 000 Berliner Verkehrsarbeiter, der hart an die Schwelle des politischen Massenstreiks heranreichte, ihren bisherigen Höhepunkt fand.

Die Lehren der Streikkämpfe

Genossen, allein in der Zeit vom 16. September bis 15. November wurden in Deutschland 773 Streiks, darunter 400 mit vollem Erfolg, gegen den notverordneten Lohnabbau der Rappen-Regierung durchgeführt. Das bedeutet aber nicht, daß die Rappen-Notverordnung zu Fall gebracht und die Unternehmerrückenschlagung von uns r e s l o s abgewehrt wurde.

Wir stehen erst am Anfang der großen Kämpfe.

Die kommenden Kämpfe in den entscheidenden Großbetrieben werden noch viel schwieriger als die vergangenen sein. Die Bourgeoisie wird alle Machtmittel gegen die Streikenden einsetzen, denn die kommenden Streiks werden das kapitalistische System noch härter in seinen Grundfesten erschüttern.

Auf diese bevorstehenden Kämpfe muß die ganze Kraft der RGO. konzentriert werden.

Um aber das zu erreichen, ist es notwendig, die Lehren aus den vergangenen Streiks scharf und selbstkritisch zu ziehen.

Eine der wichtigsten Lehren bei dieser Streikwelle ist die Tatsache, daß erstmalig ein gewaltiger ideologischer Durchbruch gegen die betrügerische reformistische Theorie, daß in der Krise erfolgreiche Kämpfe nicht geführt werden können und daß die Erwerbslosen den Streikenden in den Rücken fallen, erreicht wurde.

Die 773 Streiks haben infolge dieses Durchbruchs die Richtigkeit der Politik und Taktik der RGO. den Massen durch ihre eigenen Kampferfahrungen aufgezeigt.

Ein weiteres äußerst wichtiges Merkmal ist, daß sich bei dieser Streikwelle viel klarer die einigende Rolle der RGO. zeigte. Zahlreich wurden wir als die Spalter beschimpft. Jetzt ist durch die Tat bewiesen, daß die RGO. die kämpfende Einheitsfront verwirklicht. Unter der Mäht dieser Tatsache wurde die Existenzberechtigung der RGO. als revolutionäre gewerkschaftliche Massenmacht erneut schlagend unter Beweis gestellt! Die These der Gewerkschaftsführer, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur im Rahmen der Gewerkschaften zu verwirklichen sei, wurde durch die Tatsache widerlegt. (Beifall.)

Jetzt stehen auch die Gewerkschaftscollegen, daß die Politik

des „kleineren Übels“ falsch und verderblich und die Politik der RGO. richtig ist! Das ist bestimmt keine Kleinigkeit. (Sehr richtig.)

Es trat bei diesen Streiks in viel größerem Maße als früher die organisierende und führende Kraft der RGO. in Erscheinung. Es ist klar, daß in Deutschland nur wenige Streiks organisiert und ausgelöst wurden, bei denen nicht die RGO. — ungeachtet aller Mängel und Schwächen — eine Rolle gespielt hätte.

Wo waren Streiks in der Regel siegreich?

Überall dort, wo wir die Frage der Streikmobilisierung unter Anknüpfung an die betrieblichen Fragen stellten, wo wir imstande waren, eine Mobilisierung aller Arbeiter unter stürzender Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder durchzuführen, wo wir

Unsere Hauptaufgabe: Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit

Neben den gewaltigen positiven Seiten des Kampfes zeigte sich im BVG-Streik als größte Schwäche vor allem die ungeheure Kluft zwischen unserem politischen Einfluß und der organisatorischen Bindung unseres Einflusses.

Unsere Hauptaufgabe schälte sich im BVG-Streik klar heraus. Sie heißt: tausendfache Verstärkung unseres Kampfes an der innergewerkschaftlichen Front! Eindringen in die Funktionärskader der reformistischen Gewerkschaften!

Daß im BVG-Streik die Sympathie der Massen nicht in betrieblichen Solidaritätsstreiks — mit Ausnahme der Müllabfuhr — zum Ausdruck gekommen ist, ist ebenfalls das Ergebnis unserer mangelhaften Arbeit in den Gewerkschaften.

Genossen, die heutige Reichsleitertagung muß eine scharfe Wendung in der innergewerkschaftlichen Arbeit herbeiführen. (Sehr richtig!)

Denn jede Gewerkschaftsgruppe im Betrieb, die fest in der Hand der Gewerkschaftsführer ist, die nicht von uns beeinflusst und durch eine organisierte Opposition gebunden ist, stellt eine große Gefahr für die kämpfenden Arbeiter dar.

Überhaupt muß mit aller Schärfe die organisatorische Ersaffung unserer Anhänger gestellt werden. Zwar haben wir zehntausende neuer Mitglieder als Ergebnis der Streikwelle aufgenommen, aber tausende Mitglieder sind uns in derselben Zeit verloren gegangen. Die verlorenen Mitglieder haben keineswegs ihren Austritt erklärt, sondern sind einfach nicht fastiert und erspart worden. Dieser Zustand kann nicht länger geduldet werden. Im Zusammenhang mit der völlig ungenügenden organisatorischen Auswertung der Streikwelle steht auch die verhältnismäßig geringe Verbreitung der RGO.-Presse, die ein organisierender Faktor bei der Kampfvorbereitung sein muß!

Genosse Schulte unterzog eine Reihe Streiks der jetzigen Streikkämpfe (Schuharbeiterstreik Weissenfels, Hochbahnstreik Hamburg, Seeresteurestreik, Streik in Torgau, BVG-Streik usw.) einer gründlichen Untersuchung und beschäftigte sich dann mit den

Schonungsloser Kampf dem Opportunismus

Genossen, neben der Enttarnung dieser Betrugsmanöver muß unser Augenmerk auch dem Rechtsopportunismus und der linkssektiererischen Einstellung in unseren Reihen gelten. Der Rechtsopportunismus als Hauptgefahr kommt zum Ausdruck in der Unterjähung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, im Vorkommen mit den Gewerkschaftsleitern, im Kapitulationen vor den reformistischen Betrugsmanövern, in der Angst vor dem Ausschluß aus den Gewerkschaften, im Verzicht auf schonungslose Selbstkritik.

Die linkssektiererische Einstellung weist als besondere Merkmale die ungenügende Einheitsfrontpolitik, die Verneinung der innergewerkschaftlichen Arbeit, die Unterjähung der Betrugsmanövern der Gegenseite, das freiwillige Herauslaufen aus den Gewerkschaften auf. Die Überwindung und schonungslose Bekämpfung des Rechtsopportunismus und der linkssektiererischen Einstellung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die innergewerkschaftliche Arbeit wirklich in Angriff genommen wird. Wir müssen leben, daß wir diesen Frontabschnitt in sträflicher Weise vernachlässigt haben.

Die bevorstehenden Ortsverwaltungs- und anderen Gewerkschaftswahlen werden ein Gradmesser dafür sein, wie wir es verstehen, von dieser Forderung aus entschlossen und kühn an der innergewerkschaftlichen Front vorzujtöhen. (Sehr richtig!)

Die Rolle der Teilstreiks

Genossen, ich komme nun zur Frage der Bedeutung der Teilstreiks. Wir müssen sehen, die Teilstreiks sind ein wichtiges Mittel zur Steigerung der Aktivität der Massen und zur Heranführung an größere Kämpfe. Durch die Anknüpfung an die kleinste betrieblichen Fragen müssen wir Teilstreiks auslösen. Vor uns steht die große Aufgabe, durch richtige Lösungen und gute ideologische und organisatorische Arbeit Teilstreiks auszulösen und sie zum Hebel für größere Streiks zu machen. Gerade in der jetzigen Situation haben die Teilstreiks eine außerordentlich große Bedeutung. Die Bourgeoisie will den Lohnraub und die politische Entrechtung der Arbeiter etappenweise durchführen. Das zeigt besonders deutlich der Kampf im Metall-Nordwest, um große Streiks zu verhindern.

Auf die Betriebs- und abteilungsweisen Vorstöße der Unternehmer muß mit Betriebs- und Abteilungstreiks geantwortet werden! Das muß die Richtschnur sein, nach der wir handeln.

Mehr auf Erwerbslosenarbeit konzentrieren

Wir haben während des Streiks gesehen, daß die Erwerbslosen dank unserer revolutionären Erziehungsarbeit

revolutionäre Einheitsfrontorgane auf breiter Basis geschaffen haben, wo die Streikführer in unserer Hand und alle Verurteile der Bürokratie, ihre Streikbruchmanöver durchzuführen, unschädlich gemacht wurden.

Genossen, der heroische Streik der Berliner Verkehrsarbeiter vermittelte uns die meisten Lehren. Durch die Schaffung von 20 revolutionären Einheitskomitees auf den Bahnhöfen hatte sich die RGO. feste Stützpunkte in der Belegschaft geschaffen. Zum ersten Male gelang es uns, in einem derartigen Riesenbetrieb gegen den Willen und Widerstand der Gewerkschaftsführer den geschlossenen Streik auszulösen. Während die Führung des Gesamtverbandes zum Streikbruch aufrief, folgten die 6000 Freigewerkschaftler nicht ihren Obleuten, sondern der Delegiertenkonferenz, die von der RGO. organisiert war. Die revolutionäre Streikleitung hatte, obwohl sie unter größten Verfolgungen arbeiten mußte, von der ersten Stunde an eine beispiellose Autorität.

wachsenden Betrugsmanövern der SPD. und UGB.-Führer und der Nazipartei.

Die Streikbruchpolitik der UGB.-Führer

„Genossen, die Kämpfe der letzten Monate haben der deutschen Arbeiterklasse einen lebendigen Anschauungsunterricht über die Rolle der SPD., des UGB. und der Nazipartei gegeben. Ihre wahre Rolle ist die Rettung des fluchwürdigen kapitalistischen Systems. Die SPD. und UGB.-Führer, die zur Wahl Hindenburg aufriefen, die die Notverordnungspolitik Brünings tolerieren und die durch die bedingungslose Kapitulation am 20. Juli dem Faschismus in den Sattel halfen, bringen jetzt ein ganzes System raffiniertester „linker“ Betrugsmanöver in Anwendung.

Sie gehen je nach der Lage, vom direkten Streikbruch, wie in Hamburg und Berlin, bis zur Anerkennung und Führung von Streiks, wo sie den Ausbruch des Streiks nicht mehr verhindern können. Immer mit dem Ziel, ihre eigenen Anhänger bei der Stange zu halten und von ihrer wahren Rolle abzulenken. Sie organisieren den offenen Streikbruch, wenn der Streik an die Grundfesten der bestehenden Gesellschaftsordnung, wie in Berlin und Hamburg, rückt.

Besonders auf die Gewerkschaftsmitglieder muß die Tatsache alarmierend wirken, daß die UGB.-Führer sich immer mehr der Ideologie der Nazis nähern. Man muß daran erinnern, daß der Naziführer Strasser auf die Rede Leipzigs in Bernau sinngemäß geantwortet hat, daß die NSDAP. mit dem UGB. zusammengehen kann, weil ihre Auffassungen in vielen wichtigen Fragen einheitlich sind.

Die Rolle der NSDAP.

Die NSDAP., in der sich die Forderung immer stärker bemerkbar macht, muß unter dem Druck der proletarischen SA-Leute zu immer neuen demagogischen Manövern greifen. Im BVG-Streik waren die Nazis gezwungen, sich für den Streik zu erklären. Dann aber haben sie genau so wie die UGB.-Führer den Streik gegen die Streikenden geführt. Die Nazipartei ist und bleibt eine Streikbruchpartei, trotz aller gegenteiligen Versicherungen. Wir müssen um jeden NSDAP.-Mann kämpfen, damit ihn seine Führung nicht als Streikbrecher mißbrauchen kann.

keine Streikbrecher gestellt haben. Unsere erwerbslosen Kollegen lassen sich nicht von den Kapitalisten bestechen. Das ist ein Erfolg unseres ideologischen Kampfes.

Wir müssen aber auch feststellen, daß wir die Kampfmobilisierung der Erwerbslosen für ihre eigenen Forderungen vernachlässigt haben, daß die RGO.-Arbeit in den Reihen der erwerbslosen Massen eine mehr zufällige als systematische ist und daß die Betriebsbelegschaften sich wenig oder gar nicht für die Forderungen der Erwerbslosen eingesetzt haben. Auf diesem Gebiet muß eine radikale Wendung durch diese Forderung herbeigeführt werden. Die große Winterkampagne gegen Hunger und Frost, für Brot, Kartoffeln und Kohlen muß von uns stärkstens unterstützt werden.

Energische Wendung zur Frauen-, Angestellten- und Jugendarbeit

Auch in der Frage der Mobilisierung und Führung der Massen des weiblichen Proletariats und der Jungarbeiter, in der Arbeit unter den Angestellten und unteren Beamten müssen wir eine entscheidende Wendung durchführen. Frauen, Jugend und Angestellte spielen bereits in der gegenwärtigen Streikwelle eine außerordentliche Rolle. Ihre Bedeutung im politischen Kampf gegen Lohnraub, Notverordnungsdiktatur und Faschismus wächst von Tag zu Tag!

Genossen, wir müssen jetzt Kurs nehmen auf die strategisch wichtigsten Betriebe, Großbetriebe, Metallindustrie, Bergbau, Eisenbahn, Chemie usw. Wir müssen die Einheitsfront gewaltig verbessern und festigen.

Es gilt, die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion viel stärker zu popularisieren und dauernd die wachsende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion aufzuzeigen.

Die Bourgeoisie hat da das Verbot der RGO. auf die Tagesordnung gesetzt. Wir antworten mit verstärkter Kampfrüstung und rufen die Massen zur Verteidigung der RGO. auf.

Genossen, ich bin davon überzeugt, wenn wir selbstkritisch aus der Vergangenheit die Lehren ziehen und energisch in allen Bezirken für die Durchführung der hier zufassenden Beschlüsse kämpfen werden, dann wird die RGO. zur Massenkampforganisation des deutschen Proletariats und sie wird in der großen Linie des sozialistischen Befreiungskampfes der deutschen Arbeiterklasse ihre aktivistischen Aufgaben erfüllen! (Sehr beifall.)

Die richtige **Weihnachtsfreude** bereitet immer **Wäsche von Braunthal**, denn sie ist gut und billig. Wir haben zu unserem

Weihnachts-Verkauf

die Preise derartig herabgesetzt, daß wirklich nur ein geringer Betrag zum Einkauf genügt.

Bezug mit 2 Kiss. aus vorzüglichen Linon	2.98	Taghemden a. feint Renforcé m. schön. Stick	0.58	Wochenendhemd a. Tourenflanel mit Knöpfen	1.95
Bezug 2 Kiss. a. vorz. Linon hocheleg. Seidenstick	3.95	Nachtjacken aus vorzügl. Renforcé mit breitem	0.98	Blinder in großer Auswahl aus guter K-Seide	0.55
Bezug mit 2 Kiss. aus schwerem Wallis	6.50	buntem Perkalbesatz	0.98	Normalherrenhemd wollgemischt mit schönem Einsatz	1.35
Deckbett 130/200, aus kräft. Linon zum Knöpfen	2.25	Hemdosen weiß und farbig, eleg. mit Spitze gerüstet	0.95	Küchenhandtücher vorzügliche Qualität	0.29
Kopfkissen aus gutem Linon, teils mit Spitze garniert	0.65	Unterkleid guter Seidentwist mit eleg. Motiven	1.25	Damasthandtuch. Lein. Qual.	0.69
Damastischdecke herbl. Blumenmuster, pa. Qual., 130 160 1.95 130 130	1.35	Schlüpfer sehr warm, Trikot angeraut	0.68	Bettdecke zweifelt. a. vorzüglich. Etamin, sehr eleg.	3.25
Taghemden aus vorz. Wäscheleint. sehr eleg. mit Spitze und Stickeren garniert, auch mit voller Achsel	0.95	Morgensack aus vorzügl. Flausch mit schöner Seidenstickerei	2.50	Taschentücher weiß, bl. Kaute	0.10
		Oberhemden aus vorzügl. Perkal, ganz moderne Muster mit pass. Kragen	2.35		

Strümpfe, Socken, Pullover, Westen für Damen, Herren u. Kinder
Größte Auswahl! Billigste Preise!

Berta Braunthal, Schmiedebrücke 53

Zahlungs erleichterung durch Kunden Kredit
G. m. b. H., Gartenstraße 67 (Capitol)

Jeder Kunde erhält beim Einkauf von 3,00 Mk. an einen eleganten Wandkalender.

Großer billiger Weihnachts-Verkauf

Jeder soll Tack-Schuhe schenken können



108 31-33
Mollig warmer Um- schlagschuh mit Filz- u. Ledersohle Gr. 36-42 1.28

545
Moderne Osenschuhe in verschiedenen hübschen Modellen in schwarz und Lack...

Warum zahlen Sie mehr?

Taschenuhr, gut gehend, Anterwerk, unzerbrechl. Glas 2.20
Damenarmbanduhr, Silber tunde kleine Form 5.50
Herrenarmbanduhr, goldplatt, 5 Jahre Gar., rechteckig 8.80
Weder, zuverlässig weckend 2.40 und ähnlich alle anderen Preise

Uhrenetage Ossig & Co.

Breslau, Ring 14 (Becherseite)

Lederwaren

Damenhandtaschen
Aktenmappen
Stadtkoffer
Brieftaschen
Zigarrentaschen und Büchertaschen
empfiehlt für das Fest

Emil Kämpf

Breslau, Friedr.-Wilhelm-Str. 84

Inserate

haben n unserer Zeitung **guten Erfolg**

Gummi - Ueberstiefel

unenfährlich bei schlechtem Wetter 3 85
in braun gerippt Gummi z. Knöpfen

Unsere Tacko - Fußstüßen geben schwachen und kranken Füßen Stütze und sicheren Halt.

Eine nette Weihnachtsgabe sind unsere guten Strümpfe im Geschenk-Karton!

Tack

Breslau Ohlauer Straße 15, Fernspr. 561
Reuschestraße 47/48, Fernspr. 274

Weitere Verkaufsstellen befinden sich in Schlesien in:
Beuthen, Gielwitz, Glogau, Görlitz, Grünberg, Hindenburg, Mirschberg, Liegnitz, Neisse, Oppeln, Ratibor, Schweidnitz, Waldenburg

Ihre Herren-Bekleidung

kaufen Sie am billigsten **nur bei Firma Adolph Jacobsohn**
Breslau, Klosterstraße 49

Achtung Bastler!
Leisten aller Art Tischfüße, Stuhlfüße, Möbelbeschläge, Polituren, Lacke, Sperrholz-Ausschnitt usw.
kaufen Sie am billigsten im Spezialhaus **Oswald Klotz**
Breslau, Neumarkt 37

Zigaretten / Zigaretten / Tabake

Größte Auswahl
Wth. Gondel, Breslau, Delsnerstr. 13

Billiges Fleisch-Angebot!

Schweinebauch m. B.	Pfd. 0.62 Mk.
Schulter u. Schuppraten m. B.	Pfd. 0.70 Mk.
Koteletten	Pfd. 0.80 Mk.
Schmorfleisch o. Knoch.	Pfd. 0.60 u. 0.70 Mk.
Rouladen	Pfd. 0.75 Mk.
Suppenfleisch	Pfd. 0.45 u. 0.50 Mk.
Gulasch	Pfd. 0.50 Mk.
Gehacktes (zum braten)	Pfd. 0.45 Mk.
Roastbeef	Pfd. 0.60 Mk.
Kalbbraten m. Kn.	Pfd. 0.52 u. 0.56 Mk.
Nierenbraten	Pfd. 0.65 Mk.
Kalbskeule o. Kn.	Pfd. 0.75 u. 0.85 Mk.

Außerdem alle Wurstwaren zu bekannt niedrigen Preisen

Adolf Weiß

Breslau 10, Moltastraße 13
Fernruf 456 09

Möbel

reell und preiswert kauft man bei **G. Thiem**
Inhaber: F. Franke
Gottesberg, Fürstensteiner Str. 19

Mäntel, Kleider

Anzüge, Schuhe kaufst du am billigsten im **Kaufhaus Pfoertner**
Gottesberg

Capitol Strehlen

Von Freitag bis Montag W. 6.45, 9, Sonntag 3, letzte Vorst. 9 Uhr
Der weiße Dämon
mit Gerda Maurus, Trude v. Molo und Alfred Abel

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren (Spirituosen, Tabak und Zigaretten) bei **PAUL FEIGE**
Gottesberg-Fellhammer-Friedland

Trinkt Milch

aus der **Gottesberger Molkerei**
R. Müller
Gottesberg
Schützenstraße

P. Gruber

Schweidnitz, Hohstr. 15
Damenputzgeschäft und Hutgeschäft

ff. Fleisch- und Wurstwaren **Paul Simon**
Schwarzwaldau, Bez. Landeshut

Leinenhaus Gotthard Völkel

Friedrich-Wilhelm-Str. 51 und Albrechtstraße 56, 2. Haus vom Ring
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in **praktischen Weihnachts-Geschenken**
Berufskleidung aus eigener Werkstatt
Gute Qualitäten! **Gute Wäsche jeder Art** Niedrigste Preise!

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Schüller
Gottesberg, Heydstr. 13
Reichssiedlung
Zillale Oberhermsdorfer Str. 11

Arbeiterverkehrslokal
Robert Heinzel's Kutscherstube
Gottesberg, Schützenstr. 56

Das größte Ereignis des Jahres ist unser **Räumungs-Verkauf**
wegen Geschäftsverlegung
Alle Bestände unseres großen Warenlagers verkaufen wir zu **Ausnahmepreisen** in unserem genehmigten Räumungs-**Verkauf**
Beginn Sonnabend früh
Kommen Sie bald, solange die Auswahl noch groß ist.

Kaufhaus Max Holzer

Molkerei Sohrneundorf

empfiehlt Milch und Molkereiprodukte
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen von Görlitz

H. Siegemund, Görlitz

Spezialhaus für Ceinen- u. Baumwollwaren, Tritofagen, Wäsche / 7% Rabatt in blauen Marken

Puppenwagen, Korbmöbel, sowie Korb- und Bürstenwaren in großer Auswahl
Gustav Jackisch
Gottesberg, Bahnhofstraße 5

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Stelzer's
Fleischerei
Gottesberg, Fürstensteiner Straße 11

Leiterwagen Kastenwagen

zum Kohlen holen

Schlitten

Buche oder Esche (auch mit Lehne für kleine Kinder)
Geräte für Siedler, Bastler und Schrebergärtner

billig bei **F. Zimmer** am Stadttheater
Görlitz

Bäckerei und Conditorei

I. F. H. Scheunert
Inh. Franz Scheunert
Görlitz, Hohestraße 27

Erwerbslose zahlen halbe Preise im **Friseursalon Olschowsky**
Görlitz, Neißstr. 20

Feder-Geschäft

A. Schlecht
Görlitz, Brüderstr. 3

Obst- und Gemüse-Halle
Billig und frisch
Kurt Müller
Görlitz, Breitestraße 19

Besucht die **Fledermaus-Lichtspiele** in **Gottesberg**

Deckt euren Bedarf an Kolonialwaren, div. Weine Tabak und Zigarren bei **A. Kühn, A. Speer, A. Güldner, L. Spitzer**
Gottesberg

Schöne Weihnachtsäpfel verkauft
Dienstag und Freitag
Max Grosser
Gottesberg, Gartenstr.

Parteilgenossen!
Kauft nur bei den Inserenten **Eurer Zeitung**

Rauch

Das leistungsfähigste Schuhhaus
Görlitz, Berliner Straße
Bunzlau, Markt 19, Zittau, Untere Bautzener Straße

Elektr., Kraft- u. Radioanlagen
E. Zichirich
Gottesberg, Fürstensteiner Str. 29

Achtung!
Genossen und Genossinnen!
Besucht nur die **Lichtspieltheater**
welche bei uns ihren Spielplan bekanntgeben
Haltet Disziplin!